Nr. 196. 29. Jahrg.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen: Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Freitag, den 23. August 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Die Freie Volksbühne unter Ausnahmerecht.

Als die Polizei im vorigen Jahre plötzlich das Bedürfnis fühlte, die Berliner Freie Volksbühne unter ihre Zensur zu nehmen, versäumte sie nicht, vor diesem angesehenen Kulturinstitut der Berliner Arbeiterschaft ihren tiefsten Bückling zu machen. Im Dreiklassenhause beteuerte Herr v. Dallwitz, niemand denke daran, die Freie Volksbühne in ihrer nützlichen Arbeit zu stören, und Herr v. Jagow erklärte einem Interviewer, wenn man diesen Verein der Polizeiaufsicht unterwerfe, so geschehe dies weniger der Zensur zuliebe als zum Schutz der Mitglieder vor Feuersgefahr. Auch sonst ließ man es an Versicherungen nicht fehlen, daß sich die Freie Volksbühne über den neuen „Rechtszustand" unter der Obhut des Zensors nicht zu beklagen haben werde.

Kaum aber hatte sich die öffentliche Meinung über diesen neuesten Polizeistreich einigermaßen beruhigt, kaum war durch das Urteil des Oberverwaltungsgerichts das Recht der Zensur über die Freie Volksbühne sichergestellt, als die Polizei mit ihren wahren Absichten und Gesinnungen gegenüber der Freien Volksbühne offen hervortrat. Ganz wider alles Erwarten, sozusagen gegen alle menschliche Berechnung erfolgte das Verbot von Rosenows Drama „Die im Schatten leben", eines Stückes, dessen Aufführung der Freien Volksbühne von der bürgerlichen Kritik als Ehrenpflicht gegenüber dem verstorbenen Dichter ans Herz gelegt worden war. In diesem Bergarbeiterdrama, das auf westfälischer Erde und in einer Zeit spielt, die vom Hauch der modernen Arbeiterbewegung noch gänzlich unberührt war, hatte außer den amtlich berufenen Aergernisnehmern kein Mensch etwas Aufreizendes, die öffentliche Ordnung und Ruhe Gefährdendes gefunden. In Stuttgart und Frankfurt a. M. wurde es öffentlich aufgeführt. In Berlin verbot es der Zensor.

Hundert andere Stücke, die nicht mehr oder weniger „aufreizend" sind, Stücke aus dem sozialen Milieu der neueren Zeit, sind in Berlin aufgeführt worden, ohne daß die Zensur daran dachte, sie zu unterdrücken. Warum auf einmal dieses unverständliche Verbot? Und warum ein solches Verbot gerade gegen die Freie Volksbühne?

Der Bescheid, den der Verein jetzt auf seine Beschwerde vom Oberpräsidenten erhalten hat — natürlich lautet er ablehnend — löst das Rätsel vollständig. Die Aufführung wird der Freien Volksbühne nicht gestattet, eben weil sie die Freie Volksbühne ist, weil sie ihre Aufgabe darin erkannt hat, der Arbeiterschaft den Weg zu künstlerischer Kulturentwickelung zu öffnen. Für Arbeiter soll die Zensur anders, strenger gehandhabt werden als für Bourgeois, das geht aus dem Bescheid des Oberpräsidenten klar hervor. Dieses neueste Potsdamer Kulturdokument hat den folgenden Wortlaut:

Der Oberpräsident
der Provinz Brandenburg. Potsdam, den 14. August 1912.
O. P. 11 984.

Ihrer namens des Vereins Freie Volksbühne eingelegten Beschwerde gegen das Verbot der öffentlichen Aufführung des Stückes „Die im Schatten leben" von Emil Rosenow vermag ich nicht stattzugeben.

Nach dem Inhalt des Stückes steht außer Zweifel, daß die darin gegebene Schilderung des Bergarbeiterlosses eine gewisse Allgemeingültigkeit beansprucht und daß die darin auftretenden Personen danach weniger als Einzelpersonen, sondern als Vertreter gewisser Gesellschaftsgruppen in Betracht kommen. Von diesem Standpunkt muß es Bedenken erregen, daß den Kreisen des Unternehmertums und der Werkverwaltung durchweg eine Gesinnung unterlegt wird, welche auf eine gewissenlose Ausnutzung der wirtschaftlichen Abhängigkeit und der Notlage der Bergarbeiter und ihrer Angehörigen herauskommt. Ihre Höhepunkte erreicht diese Tendenz in der während der Beerdigung der verunglückten Bergarbeiter spielenden Verführungsszene und in dem gegen die Angehörigen der Verführten später ausgeübten Zwange, sich mit der lügenhaften Darstellung des Verführers abzufinden. Wenn derartige Vorgänge einer hauptsächlich aus Arbeiterfamilien bestehenden Zuhörerschaft nicht etwa als Einzelerscheinungen, sondern als Vorfälle vorgeführt werden, die für die Behandlung des abhängigen Arbeiters und seiner Angehörigen typisch seien, so muß notwendig in den Zuhörern ein ingrimmiger Haß gegen bestimmte Stände und Gesellschaftsgruppen hervorgerufen werden, dessen Entladung bei geeigneter Gelegenheit erwartet werden kann.

Hierzu kommt, daß die aufreizende Wirkung der zuletzt angegebenen Szene nur durch eine Verfälschung des bestehenden Rechtszustandes erreicht wird. Obwohl das Stück offenbar in der Gegenwart spielt, wird es so dargestellt, als ob der Werksinvalide Schniermann, die Witwe des bereits früher im Bergwerk verunglückten Lückel und die Witwe des verunglückten Bergmanns Biggen mit ihren unmündigen Kindern einzig auf die willkürlich entziehbaren Wohltaten der Werksverwaltung angewiesen und ohne diese der bittersten Not preisgegeben seien. Nach der Schilderung des Dramas ist aber zweifellos, daß die Witwe Lückel, als Witwe eines beim Betriebe verunglückten Bergmannes, und die Witwe Biggen in gleicher Eigenschaft mit ihren Kindern nach § 6 des Unfallversicherungsgesetzes vom 6. Juli 1884 oder § 6a der Fassung vom 30. Juni 1900 Hinterbliebenenrente beanspruchen können, welche für Frau Biggen und ihre Kinder zusammen 60 Prozent des Arbeitslohnes darstellt. Abgesehen von dem Unfall des Ernährers kämen die rechtlich verfolgbaren Ansprüche aus § 272 des Allgemeinen Berggesetzes vom 24. Juni 1865 (G. S. S. 705 oder 172a der Fassung vom 19. Juni 1906 G. S. S. 289 in Frage, nach denen auch der Invalide Schniermann Knappschaftszinsen beziehen würde.

Wenn hiernach der herrschende Rechtszustand zu Unrecht so dargestellt wird, als ob der Arbeiter und seine Angehörigen keine gesetzlichen Rechte hätten, sondern lediglich auf jederzeit entziehbare Wohltaten angewiesen seien, so muß dies aufreizend und erbitternd wirken.

Der Staat kann im Interesse der öffentlichen Ordnung nicht dulden, daß der von ihm zur Förderung des sozialen Friedens geschaffene Rechtszustand in öffentlichen Aufführungen verfälscht und hiermit zu Unrecht eine Entrüstung über die herrschenden Rechtszustände hervorgerufen wird. In ähnlichen Fällen hat das Oberverwaltungsgericht Aufführungsverbote wegen ungerechtfertigter Angriffe auf die Strafrechtspflege oder den Militärdienst aus Gründen der öffentlichen Ordnung für zulässig gehalten.

J. A.: v. Gneist.

Anders als sonst in Menschenköpfen malt sich die Welt in den Räumen unterhalb preußischer Pickelhauben.

Zwanzig Jahre lang haben die Arbeitermitglieder der Freien Volksbühne ohne jede polizeiliche Bevormundung Theater besucht, keine „Aufreizung" ist ihnen durch den Einspruch des Zensors erspart geblieben — und Berlin und Preußen stehen noch immer. Jetzt auf einmal muß ein Theaterstück in ihnen so „ingrimmigen Haß" erregen, daß seine „Entladung" — nicht etwa sofort, sondern „bei geeigneter Gelegenheit — erwartet werden kann."

Den Berliner Arbeitern geht es nach polizeilicher Auffassung wie den Arbeitern des ganzen Reiches ausgezeichnet. Grund zu Unzufriedenheit ist gar nicht vorhanden. Da kommt ein Stückeschreiber mit einem Stück, das irgendwo in Westfalen spielt — und plötzlich werden die Leute so aufgeregt, daß die öffentliche Ruhe und Ordnung in Gefahr gerät.

Aber der tote Dichter ist nicht nur ein Hetzer, er ist auch ein „Fälscher", dem die Polizei glücklich auf die Spur gekommen ist. Es hat den § 6 des Unfallversicherungsgesetzes vom 6. Juli 1884 und außerdem noch vier andere einschlägige Paragraphen anzuziehen schuldhaft unterlassen. Die Zeit ist vorbei, wo ein Schiller sagen durfte: „Freiheit ist nur in dem Reich der Träume", sie ist auch dort nicht mehr! Früher hatte der Dichter das Recht, die Welt nach seinem Willen zu gestalten, zu erfinden, zu übertreiben. Lächerlich, sagt der Zensor, der Kerl muß sich an die polizeilich beglaubigte Wahrheit halten, er muß vor allem die Paragraphen der Gesetze kennen, und wehe ihm, wenn er einen Schnitzer macht!

Hat nun aber der arme Rosenow wirklich das Verbrechen der dichterischen Freiheit begangen, dessen ihn der Oberpräsident beschuldigt? Nein — und das setzt dem Ganzen die Krone auf — auch dies ist nicht einmal der Fall. Rosenow hat die Gesetze genauer gekannt als irgend ein anderer dramatischer Dichter, dafür sorgte schon seine sozialdemokratische Erziehung. Allerdings für die Unkenntnis des Gesetzes vom 19. Juni 1906 ist er hinreichend entschuldigt, da er bereits am 7. Februar 1904 — starb. Auch das Gesetz vom 30. Juni 1900 konnte er nicht mit anziehen, da er das Stück — schon früher schrieb. Aber, sagt der Oberpräsident triumphierend, wie ist es mit dem Gesetz vom 6. Juli 1884? Mit Verlaub, hätte man in Potsdam das Drama mit einigem Verständnis gelesen, so würde man bemerkt haben, daß die Handlung ihrem ganzen Inhalt nach spätestens Anfang der achtziger Jahre spielen kann. Von einer Arbeiterbewegung ist, wie schon gesagt, in diesem Arbeiterdrama überhaupt noch gar nicht die Rede. Von dem Unfallversicherungsgesetz von 1884 logischer Weise auch nicht!

Trotzdem wird in dem Stück von Renten, Entschädigungen usw. wiederholt gesprochen. Hier macht sich eben der Einfluß des Berggesetzes vom 25. Juni 1865 bemerkbar, was auch dem Oberpräsidenten bei etwas genauerem Studium nicht hätte entgehen dürfen.

Was also bleibt von dem Vorwurf, die „aufreizende Wirkung des Stückes" sei „nur durch eine Verfälschung" des bestehenden Rechtszustandes erreicht worden übrig? Nichts als eine neue, allerdings ungewöhnlich große Polizeiblamage!

Mit dem gleichen Recht und nach derselben Logik müßten auch die „Weber" verboten werden, deren aufreizende Wirkung nur dadurch erreicht wird, daß der Fälscher Gerhart Hauptmann die Existenz des Heimarbeiterschutzgesetzes vom 20. Dezember 1911 hartnäckig ignoriert!

Aber was liegt der Behörde daran, sich wieder einmal blamiert zu haben, wenn sie nur ihrer staatserhaltenden Aufgabe treu bleibt und die Kulturbestrebungen des Proletariats an die preußische Polizeikandare nimmt!? „Aufreizung und Erbitterung" sollten durch das Verbot des Rosenowschen Stückes verhindert werden, aber noch ganz anders aufreizend und erbitternd als die Aufführung eines noch so leidenschaftlich empfunden sozialen Dramas wird dieses Verbot selber wirken! Dort lebt man in einer Welt des Scheins, was sich hier den Augen offenbart, ist krasse preußische Polizeiwirklichkeit. Polizeiwirklichkeit und Polizeiwillkürlichkeit, der die abenteuerlichsten Vorwände gerade noch gut genug sind, wenn es gilt, ein anerkanntes, in aller Welt angesehenes Kulturinstitut der Arbeiterschaft, die „Freie Volksbühne", unter Ausnahmerecht zu stellen!

Simplicissimus-Kultur und Klerikalismus

im bayerischen Offizierkorps.

In der bayerischen Kammer der Abgeordneten gab es heute wieder eine „große" Debatte, die mit einer derben Abfertigung des Zentrums und ihres Redners, des Freiherrn v. Franckenstein, endete.

Der bayerische Kriegsminister Freiherr von Kreß nahm sofort wieder das Wort und führte, gegen die sozialdemokratische Fraktion gewendet, aus, es liege im Interesse des Heeres, und es sei Pflicht der Heeresverwaltung, darüber zu wachen, daß eine Stärkung der sozialdemokratischen Idee bei den Heeresangehörigen nicht stattfinde. Den Offizieren falle es aber nicht ein, Soldaten, die sich etwas haben zu Schulden kommen lassen, zu fragen, ob sie Sozialdemokraten seien oder nicht. Eine Statistik, eine Berichterstattung und eine Kontrolle über die Sozialdemokraten im Heere würden nicht geführt. Es lägen keine Beobachtungen vor, daß im bayerischen Heere die Sozialdemokraten, die sich zweifellos auch darin befinden, irgendetwas Bemerkenswertes gemacht hätten. Mit dem Erlasse betreffend das Verbot der Beteiligung von Offizieren bei den Wahlen handle es sich nicht um einen Eingriff in das geheime Wahlrecht, sondern es sollte damit das öffentliche Eintreten der Offizier zugunsten der Sozialdemokratie getroffen werden. Der Erlaß sei ausgegeben worden, lange bevor der Landtag aufgelöst worden sei und lange vor den Neuwahlen. Das Recht, über den Krieg zu entscheiden — bemerkte der Kriegsminister den Sozialdemokraten gegenüber — sei durch die Bestimmungen der Reichsverfassung festgelegt und setze auch die Zustimmung des Bundesrates voraus. Auch in republikanischen Staaten entscheide nicht das Volk über den Krieg.

Abg. Freiherr v. Franckenstein (Z.) betonte, die Entscheidung über Krieg und Frieden müsse der verantwortlichen Stelle, dem Kaiser, überlassen bleiben. Die Kriegsverwaltung müsse sich innerhalb der Verfassung gegen die Sozialdemokratie wenden. Der Kriegsminister hätte seine programmatische Erklärung nach dieser Richtung hin noch schärfer unterstreichen sollen. (Unruhe links.) Wir müssen, fuhr der Redner fort, auf das bestimmteste verlangen, daß von den Kasernen die Sozialdemokratie fern bleibe. Es wäre das Höchste, wenn in einer Kaserne, wo der Fahneneid geleistet worden ist, gegen den Fahneneid von der Sozialdemokratie agitiert würde.

Zuruf des Abg. v. Vollmar: Das ist eine Unverschämtheit! (Große Unruhe links.)

Präsident Dr. v. Orterer ruft den Abg. v. Vollmar zur Ordnung.

Abg. v. Franckenstein (fortfahrend): Ich nehme kein Wort von dem zurück, was ich gesagt habe. Durch die sozialdemokratische Presse, die in die Kaserne kommt, werden die Disziplin und die Liebe zum Königshause untergraben.

Abg. Rollwagen (Soz.) ruft unter ständig wachsender Unruhe links: Das ist eine Verleumdung!

Er wird vom Präsidenten zur Ordnung gerufen.

Abg. v. Franckenstein (fortfahrend): Der Erlaß des früheren Kriegsministers, daß die Reserveoffiziere sich nicht für die Wahlen sozialdemokratischer Kandidaten betätigen dürfen, sei von den Liberalen und von den Sozialdewokraten verurteilt worden. Einen derartigen Erlaß halte seine Partei für selbstverständlich. Wer als Offizier des Beurlaubtenstandes den Fahneneid geschworen habe, habe auch für seinen König treu einzutreten. Wer die Uniform des Königs trage, von dem halte er es für ausgeschlossen, daß er für eine Partei eintrete und sich dafür betätige, die ein offener Gegner des Königs sei. Seine Partei verlange vom Kriegsminister ausdrücklich Antwort, ob der Erlaß auch jetzt noch Geltung habe. Er warne davor, in weiten Volkskreisen die Anschauung entstehen zu lassen, als ob ein großer Teil der Offiziere mit der Sozialdemokratie sympathisiere. Ein solcher Stand dürfe auch nicht sympathisieren mit einem Organ, wie es der „Simplicissimus" sei, das in jeder Nummer die Geistlichkeit und die Staatsautoritäten verhöhne. In dem preußischen Offizierkorps und in einem preußischen Offizierkasino dürfe der „Simplicissimus" nicht ausliegen. Die bayerischen Offiziere dürften nicht zur „Simplicissimus"-Kultur neigen. Der Kriegsminister müsse nach dieser Richtung Vorsicht üben. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Dr. Dirr (lib.) wendet sich dagegen, daß der Vorredner scharf machen wolle gegen die Offiziere des Beurlaubtenstandes. Es sei politisch und logisch vom Standpunkt des Interesses des Heeres unverständlich, den Fahneneid in die politische Diskussion zu ziehen. Er würde die Offiziere bedauern, die sich in ihrer politischen Ueberzeugung beeinflussen ließen. Im Kriegsfalle brauche man geübte und erfahrene Landwehroffiziere, und deswegen dürfe die Kriegsverwaltung keinen Mann wegen politischer Betätigung aus den Reihen des Offizierkorps hinausdrängen. Dagegen sei er gegen jede politische Agitation in den Kasernen selbst. Der Kriegsminister habe ja selbst erklärt, daß von einer Agitation der Sozialdemokratie in den Kasernen ihm nichts bekannt sei. In dem ganzen Vorgehen des Zentrums liege System. Man wolle jetzt auch noch den Kriegsminister scharf machen gegen die politischen Freiheiten. Der Simplicissimus scheine dem Abg. v. Francken-

stein noch gefährlicher für die Armee zu sein, als die Sozialdemokratie. Die Offiziere brauchten keine Bevormundung, was sie lesen dürften oder nicht.

Kriegsminister Frhr. v. Kreß: Meine Stellung zur Sozialdemokratie habe ich meines Erachtens genügend klar gekennzeichnet. Ich mische mich nicht in Ihre Parteiangelegenheiten; ich vertrete hier lediglich die militärischen Interessen der Armee und in deren Interesse weise ich den schweren Vorwurf, den der Abgeordnete Frhr. v. Franckenstein dem Offizierkorps gemacht hat, auf das allerentschiedenste zurück. (Bravo! links; hört, hört! rechts.) Er hat von Simplicissimuskultur gesprochen, der ein großer Teil des bayerischen Offizierkorps huldige. Er hat auf einen Zuruf es ausdrücklich dahin revidiert, daß es sich nicht um das Lesen, nicht um das Halten des Blattes handele, es handele sich um die ganze Stimmung. Ich muß es auf das tiefste bedauern, daß eine derartige Verdächtigung, die der Herr Abgeordnete ... (Stürmisches Bravo! links; Unruhe und Bewegung rechts).

Vizepräsident Frank: Ich möchte Seine Exzellenz ersuchen, dieses Wort nicht weiter zu gebrauchen. Der Kriegsminister untersteht ja nicht meiner Korrektur, ich möchte aber bemerken, daß ich einem Abgeordneten gegenüber dieses Wort als nicht statthaft bezeichnet hätte.

Kriegsminister Frhr. v. Kreß (fortfahrend): ... wofür der Herr Abgeordnete auch nicht die Spur eines Beweises versucht hat. Das bayerische Offizierkorps hat, so glaube ich, dem Herrn Abgeordneten nicht im mindesten Anlaß gegeben, an seiner Königstreue, Loyalität und seinem inneren Gehalt zu zweifeln und ich bin überzeugt, daß es in diesen Eigenschaften durch die Lektüre des Simplicissimus nicht wankend gemacht wird. (Sehr gut und Bravo! links, hört, hört, rechts.) Der Abgeordnete von Franckenstein hatte sich aber mit den Vorwürfen, die er der Armee und dem ganzen Offizierkorps gemacht hat, nicht genügen lassen. Er hat auch mir in nicht mißzuverstehender Weise seine Mißbilligung ausgesprochen, daß ich die Aeußerungen des Abgeordneten Simon nicht in seinem Sinne zurückgewiesen habe. Meine Ausführungen bewegten sich auf dem Boden der Reichsverfassung, die über die Frage der Kriegserklärung sich in einer ganz zweifellosen Weise ausspricht. Einen staatsrechtlichen Exkurs daran zu knüpfen, habe ich keine Veranlassung. Der Abgeordnete von Franckenstein ist auch neuerdings auf den heute bereits mehrfach erwähnten Erlaß zu sprechen gekommen; er hat von mir eine ausdrückliche Erklärung verlangt, daß ich mich mit diesem Erlaß identifiziere. Ich kann ihm nur erwidern, daß der Erlaß noch in Kraft ist, woraus zur Genüge hervorgeht, daß ich mit ihm einverstanden bin. Der Aufforderung hätte es weiter nicht bedurft. (Sehr richtig, links.) Eine Bemerkung des Abgeordneten Dr. Casselmann hat dann dem Abgeordneten von Franckenstein Veranlassung gegeben, die Disziplin in der Armee anzuzweifeln. Es ist mir nicht bekannt, welche Beobachtungen dem Abgeordneten v. Franckenstein zu seinen Aeußerungen Veranlassung gegeben haben. Ich glaube auch kaum, daß Sie erwarten, daß ich daraus Veranlassung zu einer hochnotpeinlichen Untersuchung machen werde. Sie werden mir daher gestatten, nach wie vor überzeugt zu sein, daß die Erlasse des Kriegsministeriums von den unterstellten Behörden strikte ausgeführt werden, in diesem Falle wie in jedem anderen. (Lebhaftes Bravo! links, Unruhe im Zentrum.)

Nach weiteren Ausführungen des Abgeordneten Held (Z.), der sich wegen der fortdauernden Unruhe im Hause und fortwährender Unterbrechungen durch die linke Seite des Hauses nur mit Mühe Gehör verschaffen kann, ist die Generaldebatte zu Ende.

Wider die Nahrungsmittelwucherer.

Der Einfluß der Grenze.

„Es muß endlich mit Energie der Verteuerungspolitik am Lebensmittelmarkt entgegengetreten werden" schreibt — die „Kreuz-Zeitung". Aber das Junkerblatt versteht darunter nur den Kampf gegen die Fleischer, die allein an der ungeheuerlichen Preissteigerung schuld seien. Daß nur diese eine Ursache der enormen Steigerung der Fleischpreise anerkannt werden könne, zeige die große Differenz zwischen den Groß- und Kleinhandelspreisen. Wir leugnen die Mitschuld des Zwischenhandels nicht, empfehlen der „Kreuz-Zeitung" aber, nicht wie blind auf diese Differenz zu starren, sondern einmal den Unterschied zwischen den Viehpreisen in verschiedenen europäischen Staaten aufmerksam zu studieren. Da wird sie finden, daß schon die Viehpreise des Inlandes wesentlich höher stehen, als die der zollfreien Auslandsstaaten. Je höher die Rohpreise um so größer die Zwischengewinne und die Detailpreise, denn das im Vieh- und Fleischhandel angelegte Kapital will keinen geringeren Profit als das anderen Erwerbsquellen zugewandte Kapital. Soviel nationalökonomische Weisheit wird auch die „Kreuz-Zeitung" besitzen, um diese Zusammenhänge einzusehen. Auch hindert gerade die Sperre für ausländisches Fleisch jede Konkurrenz und fordert zu Extraprofiten heraus.

In den Grenzgebieten zeigt sich der Unterschied zwischen ausländischen und inländischen Fleischpreisen am deutlichsten. Gewöhnlich ist im Grenzverkehr die zollfreie „Einfuhr" von kleinen Quantitäten gestattet. So berichtet unser Freiburger Parteiblatt, daß von der badischen Grenze aus die Leute in Scharen nach Riehen (in der Schweiz) ziehen, um Fleisch einzukaufen. Täglich werden von dort mindestens zehn Zentner über die Grenze geschleppt; am letzten Sonnabend wurden sogar 20 Zentner im Kleinverkehr hinübergebracht. Große Scharen suchen die Großmetzgerei Bell Söhne in Riehen auf, die billiges argentinisches Fleisch vertreibt. An einzelnen Tagen mußte die Polizei den Zugang zum Fleischerladen bewachen. Dieser große Andrang wird durch die Differenz der Preise in Lörrach (Baden) und Riehen (Schweiz) erklärlich. Man muß pro Pfund zahlen:

in Lörrach:			in Riehen:		
für Ochsenfleisch:					
Ohne Knochen .	120—130 Pf.	I. Qual.	90 Cent	=	72 Pf.
Mit „ .	96 „	II. „	80 „	=	64 „
		III. „	70 „	=	55 „
für Kalbfleisch:					
Vorderes	90 Pf.	II. Qual.	90 Cent	=	64 Pf.
Schlegel	100 „	I. „	100 „	=	80 „
Bug	100 „				
Schnitzel ohne Knochen	160 „				

Nicht die willkürliche Verteuerungspolitik der Fleischer in Lörrach schafft diese Differenz, sondern die der Agrarier. Sobald es erlaubt ist, auch in Baden argentinisches Fleisch zu verkaufen, würden die Leute, die jetzt den weiten Weg, selbst mit der Eisenbahn, nicht scheuen, bei deutschen Metzgern kaufen.

Die „Kreuz-Zeitung" fordert die Arbeiterschaft sogar zum Boykott der Fleischer auf: „Wenn es der Sozialdemokratie ernst wäre im Kampfe gegen das frivole Spiel um die Fleischpreise, dann wüßte sie wohl wirksamere Mittel" als den Protest. Nun wir können schon heute mit einer Mitteilung dienen über den

Fleischkrieg in Württemberg.

In zahlreichen Städten Württembergs ist eine starke Bewegung gegen die Fleischermeister im Gange. Die württembergischen Metzger haben die auf den Viehmärkten eingetretene Erhöhung der Preise sich in einer Weise zunutze gemacht, die vor allem bei der Arbeiterschaft, aber auch bis weit in bürgerliche Kreise hinein, helle Empörung hervorrufen mußte. Der Fleischaufschlag, der in vielen Gemeinden in den letzten Wochen von den Metzgerinnungen diktiert wurde, übersteigt stark die Grenze, die sich aus den gegenwärtigen Viehpreisen rechtfertigen läßt. In Landstädten, in denen bei weitem nicht die Unkosten in Betracht kommen, die der moderne Metzgereibetrieb in der Großstadt erfordert, ist kaum noch ein Pfund Fleisch unter 95 Pf. zu bekommen, vielfach kostet es 1 M. Dabei werden meist geringe Qualitäten geführt. Die Arbeiterfrau bekommt so leicht keine erstklassige Ware, denn der kleinstädtische Metzger, der sein Publikum genau kennt, weiß, was er der Frau Amtmann, der Frau Regierungsrat, der Frau Sekretär und der Frau Hoftapezierer schuldig ist. In zahlreichen Städten, so in Waiblingen, Backnang, Hall, Göppingen, Geislingen, Gmünd, Lorch haben nun stark besuchte Versammlungen sich mit der Fleischteuerung beschäftigt und beschlossen, solange die Metzger zu boykottieren, bis sie mit dem Preise wieder heruntergehen. In Gmünd, Lorch und einigen anderen Orten ist bereits ein voller Erfolg zu verzeichnen, der Aufschlag wurde im ganzen Umfang rückgängig gemacht. In anderen Städten nimmt der Kampf heftige Formen an, besonders in Göppingen, wo die Metzgerinnung ihre Mitglieder durch Androhung einer Konventionalstrafe von 1000 Mark verpflichtet hat, an den bekanntgegebenen Preisen festzuhalten. Der Boykott entfaltet aber selbst nach den Berichten der bürgerlichen Presse eine Wirkung, bei der es vielen Metzgern wenig angenehm zumute ist. Die Wirtschaften mit Metzgerei sind völlig verödet und in den übrigen Arbeiterwirtschaften wird kein Bissen Fleisch konsumiert. Die christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften haben sich den freien Gewerkschaften, die die Führung in diesem Kampfe haben, angeschlossen. Den Arbeitern fällt die Durchführung dieses Boykotts nicht übermäßig schwer, denn der Preishochstand zwang sie vorher schon zur Einschränkung des Fleischgenusses in einem Maße, von dem es bis zur vollen Fleischenthaltsamkeit kein großer Schritt mehr ist. Auch niedere Beamte und kleine Gewerbetreibende nehmen zum Teil offenkundig an dem Kampfe teil. Es fehlt auch nicht an humoristischen Erscheinungen. In Waiblingen zum Beispiel hatte ein Metzger am Tage nach dem Boykottierungsbeschluß alle Fleischwaren aus seinem Fenster entfernt und dafür frische Rettige und Gurken ausgestellt. Soviel steht jetzt schon fest: Den Metzgern ist zum Bewußtsein gebracht worden, daß die Konsumenten eine Kontrolle darüber üben, ob die Ladenpreise im angemessenen Verhältnis zu den Viehpreisen stehen.

Selbstverständlich wird in den Versammlungen, die stärker besucht sind als bei anderen Gelegenheiten, nicht versäumt, die wucherische Zoll- und Absperrpolitik gebührend zu beleuchten und die Oeffnung der Grenzen zu fordern.

Die Wirren in der Türkei.

Das Schicksal des Kabinetts ist noch ganz ungewiß. Mit dem Justizminister ist der letzte Vertreter einer gemäßigten Politik gegenüber den Jungtürken ausgeschieden und der Großwesir ganz isoliert. Das Portefeuille der Justiz ist dem Senator Halim Bei angeboten worden, der sich zur Annahme bereit erklärt hat. Das Ministerium des Innern ist Ferid Pascha angeboten worden, doch steht dessen Antwort noch aus. Wie es heißt, steht der Rücktritt Kiamil Paschas und des Scheich ul Islam unmittelbar bevor. Dagegen verlangen die Alttürken den Rücktritt des Gesamtkabinetts und ein Ministerium Kiamil Pascha, das eine energische Politik gegen die Jungtürken einschlagen, das heißt ganz in das alte reaktionäre Fahrwasser einlenken soll. In den Moscheen wird gegen die Jungtürken gepredigt. Ermutigt wird diese Strömung zweifellos durch die geringe Kraft des jungtürkischen Widerstandes. Der seit heute wieder erscheinende „Tanin" bestätigt, daß angesichts der bedrohlichen Lage des Landes das jungtürkische Komitee an alle Filialklubs ein Schreiben gerichtet hat, in welchem erklärt wird, daß sich das Komitee unter der Bedingung, daß es die Regierung in einem späteren geeigneten Moment zur Rechenschaft ziehen wird, in das Geschehene fügt und daß die jungtürkische Partei als Oppositionspartei auf das Wohl des Landes hinarbeiten will.

An der montenegrinischen Grenze dauern die Unruhen fort. In Berane selbst sind türkische Truppen unter Oberst Hassan Izzut einmarschiert. Die Montenegriner sind abgezogen.

Der Rückzug der Albaner scheint sich nicht ganz kampflos zu vollziehen. Die aufständischen Arnauten haben Durazzo in der Absicht, sich der Waffendepots zu bemächtigen, nochmals angegriffen, sind aber zurückgeworfen worden. Die türkischen Beamten und zahlreiche Einwohner der Gegend von Kastrati sind infolge des drohenden Auftretens der Malissoren nach Skutari geflüchtet.

Der Ministerrat hat beschlossen, daß den Albanesen, die Uesküb verlassen haben, eine Entschädigung ausgezahlt werden soll.

Die Haltung der Balkanstaaten.

Cettinje, 22. August. Aus amtlicher Quelle wird gemeldet: Die aus Konstantinopel stammenden Anschuldigungen gegen Montenegro sind unbegründet. Da sich Montenegro an die Großmächte gewendet hat, damit sie sich mit der unerträglichen Lage befassen, die durch die fortwährenden von türkischen Truppen hervorgerufenen Grenzzwischenfälle geschaffen worden ist, wird es geduldig den Erfolg dieses Schrittes abwarten und ist entschlossen, bis dahin alles zu vermeiden, was die schon genügend ernste Lage noch verwickeln könnte. Unsere Leute haben strengen Befehl erhalten, nur dann zu schießen, wenn die Angreifer die Grenze überschreiten.

Sofia, 22. August. Wie die „Agence Bulgare" meldet, sind die kriegslustigen Aeußerungen, die das hiesige Blatt „Retsch" dem Arbeitsminister Frangia in den Mund legte, von dem es erklärte, er habe eine sehr aggressive Rede gegen die Türkei gehalten, nicht authentisch.

Der Bandenkrieg.

Uesküb, 22. August. In Kotschana ist alles abgesperrt. Die Mohammedaner, die sich nicht auf die Straße getrauen, erbaten vom Vali angesichts der Vorbereitungen auf bulgarischer Seite telegraphisch Truppenverstärkung. Die Bandenbewegung nimmt außerordentlichen Umfang an.

General Booth.

Das „korybantische Christentum", wie Professor Huxley die Heilsarmee getauft hat, hat durch den Tod seines Führers des Generals Booth, einen schweren Verlust erlitten. Es wäre vielleicht richtiger, von dem General Booth als dem Papst der Heilsarmee zu schreiben; denn das tolle, wilde Christentum wurde von ihm in absolut autokratischer Weise regiert: seine Worte waren ihm Befehl, wer sich ihnen widersetzte, wurde exkommuniziert, der eigene Sohn des Generals wurde von dem Bannstrahl getroffen, die Gelder der Organisation wurden von dem Oberhaupt nach eigenem Gutdünken angelegt und verwendet und nie hat man den Papst der Heilsarmee bewegen können, über die Verwendung der reichlich fließenden Spenden seiner frommen Soldaten und reichen Gönner öffentlich Rechenschaft abzulegen. Als in den Anfängen der Bewegung eine Konferenz der Heilsarmee Miene machte, die Taten des Generals zu kritisieren, schickte dieser das Heilsarmeeparlament einfach nach Hause.

Dieser autokratische Zug war wohl das Hauptmerkmal des Boothschen Charakters; er machte sich schon früh in seinem Leben bemerkbar, als Booth sich nacheinander als Prediger mit verschiedenen nicht staatskirchlichen religiösen Sekten zankte, sich ihrer Disziplin nicht unterwerfen wollte und den Gedanken faßte die religiöse Propaganda auf eigene Faust zu betreiben. Aber dieses Machtgelüst allein würde wohl kaum die weitverzweigte religiöse und geschäftliche Organisation geschaffen haben, die die Welt unter dem Namen Heilsarmee kennt. Der Mann war zweifelsohne ein ehrlicher religiöser Fanatiker von großer Ueberredungskunst, ausgestattet mit jener Pfiffigkeit in geschäftlichen Angelegenheiten, die man bei devoten Gemütern so häufig antrifft. Leisteten ihm diese Eigenschaften in dem Milieu der entsetzlichsten und hoffnungslosesten Misere der englischen Großstädte, das Booth sich als Wirkungsfeld erkoren, treffliche Dienste, so setzten sie ihn anderseits außerstande, die sozialen Probleme, über die er in Ostlondon auf Schritt und Tritt stolperte, in ihrem wahren Wesen zu begreifen. Der Mangel an Geist und Kenntnissen führte ihn auf die Bahnen jener sozialen Reaktion, die aus dem ehemals von jedermann verspotteten General der Heilsarmee einen Liebling der Kaiser und Könige und der Reaktionäre der ganzen Welt machte.

Wäre General Booth bei seinem ursprünglichen Gedanken der rein religiösen Propaganda geblieben, so würde man heute von der Heilsarmee nicht mehr viel hören. Sie hätte sich vielleicht schon längst zu einer interessanten christlichen Sekte krystallisiert, deren Zeremoniell von frommen Seelen mit mehr oder minder Ehrfurcht betrachtet würde. Denn schließlich unterscheiden sich die Sitten und Gebräuche und die Sprache der Heilsarmee nicht wesentlich, sondern nur dem Grade nach von den Sitten und Gebräuchen und der Sprache anderer religiöser Gemeinschaften, über die man sich nicht besonders aufhält. Einen Menschen, der, fern von religiösen Einflüssen erzogen, plötzlich in unsere Mitte versetzt würde, würde das Zeremoniell und die Sprache mancher seit langem bestehenden religiösen Gemeinschaften ebenso sonderbar anmuten, wie es uns anmutet, wenn wir einen Heilsarmeesoldaten mit Ueberzeugungstreue singen hören: „Und mit meiner Hallelujakanone schicke ich dem Teufel eine blaue Bohne und singe und schreie Halleluja." Was der Heilsarmee Bedeutung gibt, ist ihr Wirken auf dem sozialen Gebiet.

Es war gegen die Wende der achtziger Jahre des letzten Jahrhunderts, als dem General Booth die Erleuchtung kam, daß das „Retten der Seelen" allein keinen dauernden Erfolg verbürge, daß auch etwas getan werden müsse, um die soziale Lage der alleruntersten Volksschichten zu heben. Kurz nach dem Tode seiner Gattin, einer klugen und beredten Frau, der er nicht wenig verdankte und die, nebenbei bemerkt, schon vor mehr als dreißig Jahren für die Gleichberechtigung der Frauen eintrat, veröffentlichte er (1890) sein Buch „Das dunkelste England und der Ausweg". Der mit der „Titanic" untergegangene Journalist Stead half ihm bei der Abfassung. In diesem damals viel besprochenem Werke entwickelte er die Ideen über soziale Hilfetätigkeit, die er unmittelbar darauf, nachdem er von dem frommen Publikum, dem eine billige Lösung der Armutsfrage versprochen wurde, über 100 000 Pfund erhalten hatte, in die Praxis umsetzte. Es wurden Stadtkolonien, Landkolonien und überseeische Kolonien gegründet. Zu den Stadtkolonien gehörten Nachtasyle, Werkstätten, Fabriken, in denen Arbeitslose gegen wenig Lohn und viel Erbauung beschäftigt wurden.

In den Landkolonien wurden Leute zu Landarbeitern herangebildet, um nach den überseeischen Kolonien verschifft zu werden oder später den kanadischen Farmern als billige Arbeitskraft zu dienen. In den letzten Jahren hat sich die Heilsarmee auch mit der Besiedelung englischer Landstriche mit Kleinpächtern befaßt. Wie dieses Unternehmen von der Heilsarmee gehandhabt wird, hat erst vor kurzem der Skandal illustriert, von dem in unseren Spalten berichtet wurde, als die Pächter der Heilsarmee massenweise mit Frauen und Kindern in kalter Winterszeit auf die Straße gesetzt wurden, weil sie sich das autokratische Wesen und die unverschämte Aufbauschung der frommen Gesellschaft nicht länger gefallen lassen wollten.

Aber charakteristisch für die Art der sozialen Hilfe, die die Heilsarmee auf ihr Banner geschrieben hat, sind die Zustände in ihren städtischen Kolonien. Seit Jahren kämpfen die Londoner Bautischler gegen das in den Holzfabriken der Heilsarmee herrschende Schwitzsystem, das die korybantischen Christen in Stand setzt, alle Konkurrenz aus dem Felde zu schlagen. Der Modus operandi ist folgender: In England muß ein Tischler, will er Arbeit finden, sein eigenes Werkzeug stellen. Kommt nun ein armer Kerl durch Krankheit und Unglück so weit herunter, daß er sein Handwerkszeug versetzen muß, so ist seine Lage wahrhaft kläglich. Es bleibt ihm nichts übrig, als zur Heilsarmee zu gehen und in ihren Fabriken gegen Beköstigung und Wohnung zu arbeiten. Der Geldlohn, den er erhält, ist so gering, daß er manchmal Jahre warten muß, ehe er sich wieder Handwerkszeug anschaffen kann. Und während so die Heilsarmee in sehr interessierter Weise einem armen Teufel Arbeit gibt, macht sie einen anderen Arbeiter, der von einem anständigen Meister beschäftigt wird, arbeitslos. Nach demselben System arbeitet sie bei der Auswanderung, die sie in großem Maßstabe betreibt. Sie nimmt einen Arbeitslosen von den Straßen Londons oder Manchesters und setzt ihn auf die Straßen Sidneys oder Montreals.

Es ist schwer zu sagen, ob in dem Werke, das der General Booth hinterlassen, die geistige Blödigkeit oder der böse Willen die Hauptrolle spielt. Als dem General einst vorgeworfen wurde, daß er das Sündengeld der Brauer angenommen habe, erwiderte er: „Ist das Sündengeld? Dann will ich es im Blute des Lammes reinigen." War der Mann ein Einfältiger oder ein brutaler Zyniker?

Der Tod ihres Papstes wird die Heilsarmee schwer treffen, aber zerstören wird er sie nicht. Sie hat eine solide wirtschaftliche Grundlage, solide in dem Sinn, daß ihre auf der unbezahlten Arbeit der Allerärmsten beruhenden Unternehmungen gesichert sind. Verschwinden wird sie erst mit dem gesellschaftlichen Morast, auf dem sie als Sumpfpflanze mit ihren schillernden kreischenden Farben gedeiht.

London, 21. August 1912. Km.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 22. August 1912.

Oertel kontra Oertel.

Man könnte dieser Notiz auch die Spitzmarke geben: „Wer andern eine Grube gräbt, fällt selbst hinein". Am vergangenen Sonntag veröffentlichte Herr Oertel in seiner „Deutschen Tageszeitung" einen eigenhändig geschriebenen und mit der bekannten Kognakmarke versehenen Leitartikel unter der Ueberschrift „Eine wirkliche Lebensfrage", der sich wiederum mit dem Geburtenrückgang in Deutschland beschäftigt. Selbstredend, daß Herr Oertel in diesem Artikel eine mächtige Pauke hält gegen die Unmoral und besonders die einer „gewissen" Presse. Er schrieb:

„Es darf bei der Frage des Geburtenrückganges ein Punkt nicht unberührt bleiben, der recht heikel ist und bei dessen Erörterung sich eine Zeitung eine gewisse Zurückhaltung auferlegen muß. Wir meinen die in erschreckender Weise zunehmende künstliche Verhinderung der Geburt und der Empfängnis. Fast täglich bringen die Blätter Berichte über Bestrafungen von Verbrechen gegen das keimende Leben. „Gewisse" Zeitungen entblöden sich nicht, Anzeigen zu veröffentlichen, in denen derartige verbrecherische Hilfe mehr oder minder deutlich angeboten wird. Noch viel unverfrorener und kecker ist die Anpreisung von Mitteln, die bestimmt sind, die Empfängnis zu verhindern. In marktschreierischer Anreißerweise werden diese Waren in „gewissen" Zeitungen angepriesen und angeboten . . ."

Wir blätterten weiter in derselben Nummer der „Deutschen Tageszeitung", in der der Chefredakteur so wortgewaltig gegen „gewisse Zeitungen" vom Leder zog — und was entdecken wir da? Ein interessantes Inserat einer früheren Oberhebamme der königlichen Charité, die gegen Einsendung von 50 Pf. jedermann, oder richtiger gesagt, jeder Frau „das für die Familie wichtigste hygienische Buch" nebst einem Katalog in liebenswürdigster Weise zu übersenden sich bereit erklärt! Wir spendierten die 50 Pf. — und erhielten nun postwendend:

1. Eine Schrift unter dem Titel: „Die Frau", ein unentbehrlicher Ratgeber für Ehefrauen.

2. Eine ganze Reihe von Reklamezetteln aus dem „Versandgeschäft für Schutz- und diskrete Bedarfsartikel", die nichts anderes enthalten als Empfehlungen von Mitteln, welche — um mit Herrn Oertel zu reden — dazu bestimmt sind, „die Empfängnis zu verhindern". Es wird zunächst ein Pulverbläser „Omega" empfohlen. Billig! Nur 8 M. Weiter: Heins verbessertes Pessarium. Es bietet angeblich der Frau ganz sicheren Schutz vor Schwängerung und wird keinem der Ehegatten hinderlich oder . . . Herr Oertel hat recht: es sind Dinge, die „recht heikel sind und bei deren Erörterung sich eine Zeitung (wie die „Deutsche Tageszeitung") eine gewisse Zurückhaltung auferlegen muß!" Ist doch die Gebrauchsanweisung für dieses Pessar bis in die kleinsten Details geschildert.

Auch Desinfektionstabletten („sie wirken kräftigend auf die Unterleibsorgane", 50 Stück nur 1,20 M.) sind zu haben und ebenso: „Büstenwasser". Aber auch für Männer hat die gute in einer „Deutschen Tageszeitung" inserierende Frau ein mitfühlendes Herz: Sie heilt chronischen Tripper mit ihren „Radikalkatheter nach Cawe", Stück nur 4,50 M.

Und dieselbe ehrsame, verschämte „Deutsche Tageszeitung", die im Leitartikel mit höchster Entrüstung gegen eine „gewisse" Presse eifert, welche sich „nicht entblödet", allerlei die Empfängnis verhindernde Mittel zu empfehlen, nimmt also im Anzeigenteil selbst unbedenklich derartige Inserate auf! Ja, Flora Gaß kannte ihre Leute.

Die neue preußische Steuernovelle.

Der Bericht der 11. Kommission des Abgeordnetenhauses über die erste Lesung der Einkommen- und Ergänzungssteuernovelle, dessen Drucklegung sich verzögert hatte, ist jetzt den Abgeordneten zur Information zugestellt worden.

Der Bericht läßt erkennen, daß in vielen Punkten zwischen den Ansichten der Regierung und der Kommission noch Meinungsverschiedenheiten herrschen und eine Reihe der bisherigen Beschlüsse nur provisorischen Charakter hat. Die zweite Lesung im Herbst wird ergeben, ob der Landtag die Novelle verabschieden wird, oder ob er zunächst auf ein Jahr das bestehende Provisorium verlängern und dem neugewählten Landtage die endgültige Entscheidung überläßt. In der Kommission war die Meinung vertreten, der Staat könne bei den guten Finanzen Preußens auf die sechzig Millionen Mark Steuerzuschlag verzichten, während die Regierung gegen diesen Verzicht Widerspruch erhob mit der Begründung, die jetzt günstigen Finanzen könnten sich recht bald wieder verschlechtern, in guten Jahren müsse man für die schlechten Jahre sparen. Die Kommission beschloß, die Zuschläge als provisorische vorläufig beizubehalten, bis eine Neuordnung der Tarife erfolgt sei. Ein Termin wurde nicht gestellt. Versuche, die Steuerpflicht erst bei 1200 oder 1500 Mark beginnen zu lassen, scheiterten an dem Widerstande der Mehrheit!

Entrüstungsmache.

Wie es scheint, beabsichtigt man in Zentrumskreisen, die sogenannte Jesuitenfrage dazu zu benutzen, um die katholische Volksseele nach bekanntem Rezept wieder mal zum Kochen zu bringen. Aus Mitteilungen der klerikalen Presse ergibt sich, daß die Jesuitenpetition des bayerischen Episkopats an den Bundesrat erst der Auftakt ist zu einer im großen Stile beabsichtigten Massenkundgebung. „Aus dem Kreise des Klerus" läßt sich das Münchener Hertling-Organ, der „Bayr. Kurier", schreiben:

„Am Klerus und an dem katholischen Volke liegt es jetzt, ihrer Liebe und Treue zu den Bischöfen dadurch Ausdruck zu geben, daß sie vor der Oeffentlichkeit ihre Solidarität mit den Oberhirten dartun durch Kundgebungen, in denen sie ihre Zustimmung zu der episkopalen Eingabe an den Bundesrat erklären."

Natürlich geht es dabei, wie es sich gebührt, hübsch „secundum ordinem", dem Range nach, zu:

„Die ersten, welche dazu berufen sind, sind die Domkapitel, denen dann die Dekanatskonferenzen und die Volksversammlungen folgen sollten. Die Art und Weise der Durchführung einer solchen Aktion muß den berufenen Faktoren vorbehalten bleiben."

Es scheint hiernach, als ob die „Akteure" sich hinsichtlich der Stimmung im katholischen Klerus und Volke noch nicht recht sicher fühlen. Darum soll zuvor der Klerus von oben bis unten gehörig bearbeitet und erst dann die Sache vor das „Volk" gebracht werden.

Die Beamten und die Teuerung.

Die unheimlich wachsende Teuerung der Lebensbedürfnisse peitscht auch die Beamten zum Protest gegen die herrschende Wirtschaftspolitik auf. Von allen Seiten kommen Nachrichten über Kundgebungen von Beamtenorganisationen gegen die Teuerung, die verständigerweise das Uebel an der richtigen Stelle suchen: indem herrschenden agrarischen Wirtschaftssystem. Die Konservativen sind natürlich recht wenig erbaut von dieser Bewegung. Ihre Gefolgschaft im Beamtentum droht fahnenflüchtig zu werden. Man versuchte es erst mit Mahnungen und mit Hinweisen auf die „patriotische Pflicht" der Beamtenschaft, und als das nicht zog, wurde man grob: man warf den Beamten vor, daß ihnen jedes Verständnis für wirtschaftspolitische Vorgänge abgehe, und daß sie keine Rücksicht auf die übrigen Berufsstände, insbesondere auf die landwirtschaftliche Bevölkerung nähmen.

Die Berliner „Beamten-Korrespondenz" fertigt diese konservativ-agrarischen Angriffe wie folgt ab:

„Verständnis für volkswirtschaftliche Fragen haben selbstverständlich nur Leute, die auf agrarische Wirtschaftspolitik eingeschworen sind, und die jeden Zusammenhang zwischen dieser Wirtschaftspolitik und der herrschenden, kaum noch einer Steigerung fähigen Teuerung leugnen. Sie können es sich nicht erklären, daß man jetzt fast täglich Veteranen findet, die buchstäblich verhungert sind oder doch dauernd an Unterernährung leiden. Der agrarische Wirtschaftspolitiker findet es sehr richtig, daß der Unterbeamte mit noch nicht 100 M. Monatsgehalt im Juli und August für 10 Pfund Kartoffeln 60 bis 70 Pf. bezahlen muß, und hat sogar den traurigen Mut, dem armen Unterbeamten, der sich bitter darüber beschwert, daß ihm auch das letzte Nahrungsmittel so enorm verteuert wird, nachdem er auf Fleisch, Butter und Schmalz schon lange hat verzichten müssen, diesem armen Unterbeamten noch vorzuwerfen, er nähme keine Rücksicht auf andere Berufsstände, insbesondere auf die Landwirtschaft. Kann man den Hohn wohl noch weiter treiben. Die Statistik des deutschen Volkes für 1912 weist nach, daß die Preise für folgende Nahrungsmittel in den letzten 20 Jahren, also seit 1892, durchschnittlich um 31,3 Proz. gestiegen sind, und zwar: Roggen 30,3, Weizen 40,0, Hafer 24,5, Mais 26,1, Gerste 28,7, Kartoffeln 25,0, Rindfleisch 24,5, Schweinefleisch 21,8, Kalbfleisch 40,0, Hammelfleisch 45,8, Roggenmehl 24,4, Weizenmehl 30,1, Butter 15,8, Rüböl 34,1, Heringe 20,6, Reis 21,7, Schmalz 39,3, Rohtabak 70,5 Proz. Durch unsere Wirtschaftspolitik ist ganz zielbewußt auf diese Preissteigerungen hingewirkt worden, und wir sind noch lange nicht am Ende. . . . Das Beamtentum hat durch Vorstellung, Bitten und Warnungen nichts erreicht, weil die herrschende Wirtschaftspolitik eine Frage der Machtverteilung im Staate ist. Solange das Beamtentum die jetzige Wirtschaftspolitik unterstützt, handelt es gegen seine ureigensten Interessen. . . ."

Die treffende Abfuhr, die die Beamten den Agrariern zuteil werden lassen, trifft natürlich nicht nur im Hinblick auf die Lage der Beamten, sondern überhaupt zu. Die Arbeiterschaft ist sogar noch weit schlimmer daran, denn wie viele sind ihrer, die monatlich noch nicht über ein Einkommen von 100 M. verfügen und die obendrein ständig der Unsicherheit des Arbeitsmarktes ausgesetzt sind. Wenn nur die Beamten auch die Konsequenzen aus der Sachlage ziehen wollten, die die Arbeiter längst gezogen haben, und es bei ihrem Kampfe gegen das Wirtschaftssystem nicht nur bei Worten bewenden ließen.

Vornehme Gegner.

In der Woche vom 22. bis 27. Juli fand in Braunschweig der zweite deutsche Blindentag statt. Die Tagung warf ihre Schatten schon im vorigen Winter voraus. In dem Blatt der Hammersteine, der „Kreuz-Zeitung" und in der bürgerlichen Presse Braunschweigs erschienen Artikel und Eingesandts, die den bevorstehenden zweiten Blindentag als eine sozialdemokratische Veranstaltung denunzierten und vor der Teilnahme an dem Kongreß warnten. Der Vorsitzende des Braunschweiger Blindenvereins, ein Privatsekretär Hartmann, war die Seele dieses Treibens, das auf dem Blindentage selbst eine kräftige Abfertigung erfuhr.

Am Sonnabend hielt der Blindenfürsorge-Verein für das Herzogtum Braunschweig eine Versammlung ab, und in ihr wurde noch ein besonderer Streich der Sozialistentöter an das Licht der Oeffentlichkeit gezogen. Dr. med. Hoffmann führte aus:

„Der hiesige Blindenfürsorge-Verein nehme Anregungen und Wünsche, die vom Blindentage ausgehen, gern entgegen und werde sie nach Möglichkeit zu berücksichtigen suchen. Der zweite deutsche Blindentag habe einen ungetrübten Verlauf genommen. Unerhört seien daher die grundlosen Angriffe, die hier von gewisser Seite fortgesetzt trotz wiederholter Abwehr gegen den Blindentag während der Vorbereitung desselben erhoben worden seien, zuletzt noch in der „Kreuz-Zeitung" in dem Eingesandt des Vorsitzenden des hiesigen Blindenvereins: „Warnung vor den Blindentagen". Der ganze Verlauf des zweiten deutschen Blindentages in Braunschweig habe die Haltlosigkeit aller Beschuldigungen und Verdächtigungen überzeugend und schlagend bewiesen."

Der Inspektor der herzogl. Blindenanstalt in Braunschweig, Herr Fischer, brachte noch einen weiteren „sehr schönen" Versuch des Vorsitzenden Hartmann vom Braunschweiger Blindenverein zur Sprache, der den Blindentag, noch mehr aber die Blinden selbst schädigen sollte, die den Blindentag besuchen wollten. Er führte aus:

„daß hier auch versucht sei, die Eisenbahnverwaltung zu beeinflussen, damit den blinden Teilnehmern am Blindentage die erhoffte Fahrpreisermäßigung nicht gewährt werde. Es habe eine hierauf abzielende mündliche Unterredung des Vorsitzenden des hiesigen Blindenvereins (Hartmanns) mit einem Stationsbeamten stattgefunden, deren Inhalt bekannt geworden sei. Dies bedauernswerte Vorgehen habe ebenso wie der Artikel in der „Kreuz-Zeitung" die größte Erbitterung bei den Teilnehmern des Blindentages hervorgerufen."

Der Haß gegen die Sozialdemokratie zeitigt, wie man sieht, bei den Rotkollerigen recht duftige Blüten.

Der nachhelfende Feldwebel.

In Nr. 174 des „Vorwärts" wurde berichtet, daß der Feldwebel Höfer von der 6. Kompagnie des 71. Infanterieregiments in Erfurt vom Kriegsgericht zu sieben Tagen gelinden Arrest verurteilt worden war, weil er beim Strafexerzieren am 8. Juni eine Abteilung Soldaten 1¼ Stunde lang feldmarschmäßig, ohne eine Pause zu gewähren, exerzieren ließ, wobei ein Rekrut ohnmächtig wurde und in die Kaserne gebracht werden mußte. Auf die Klagen des Rekruten, daß er nicht mehr könne, nahm der die Aufsicht führende Feldwebel keine Rücksicht. Vor dem Kriegsgericht sagte er zur Rechtfertigung seines, den strikten Befehlen zuwiderlaufenden Verhaltens: „Wenn eben ein Soldat schlecht exerziert, muß nachgeholfen werden."

Gegen das Urteil hatte der Gerichtsherr Berufung eingelegt, zu deren Verhandlung das Oberkriegsgericht Kassel in Erfurt am Dienstag eine Sitzung abhielt. Die Verhandlung ergab dasselbe Bild, wie vor dem Kriegsgericht. Die Berufung hatte aber insofern „Erfolg", als das Strafmaß von sieben auf zehn Tage gelinden Arrest erhöht wurde.

Ein Erfolg des militärischen Erziehungssystems.

Seit einigen Tagen wurde der bei dem Göttinger Infanterieregiment Nr. 82 im ersten Jahre dienende Musketier Aurin vermißt. Als am vierten Tage die Kompagnie Bajonettfechten hatte und die Bajonette und Panzer vom Boden geholt werden sollten, fand man den Vermißten unter einem Berg von Panzern halbverhungert vor. Aurin hatte tatsächlich verhungern und auf diese eigenartige Weise seinem Leben ein Ende machen wollen, weil er von einem Mann des älteren Jahrgangs so schwer mißhandelt worden war, daß sein ganzer Körper wie zerschlagen aussah und über und über mit Spuren der Mißhandlungen bedeckt war.

Gegen den Schinderknecht ist eine kriegsgerichtliche Untersuchung eingeleitet worden.

Rußland.

Die Gärung in der Flotte.

Aus Petersburg wird uns vom 19. August geschrieben:

Daß die revolutionäre Bewegung in jüngster Zeit von neuem gewisse Teile der russischen Marinemannschaften erfaßt, ist längst kein Geheimnis mehr. Jener Monstreprozeß gegen 67 Matrosen und andere Marinechargen, der sich vor etwa zwei Wochen abgespielt hat, bot ja auch einen realen Beleg dafür. Gleichwohl war man hier darauf nicht gefaßt, daß die Regierung mit solcher Ueberstürzung zu den berüchtigten Unterdrückungsmaßnahmen ihre Zuflucht nehmen würde. So kam die gleichzeitige Proklamierung des Kriegszustandes in Kronstadt und Sebastopol allen völlig unerwartet und überraschend. Erst vor sieben Monaten hatte Kronstadt die Befreiung vom Ausnahmerecht, mit dem es sechs Jahre geplagt worden war, gefeiert; sämtliche Stadtväter hatten damals zusammen mit dem Bürgermeister aus Anlaß der Aufhebung des Kriegszustandes einen Dankgottesdienst veranstaltet und schon von neuem muß Kronstadt die Härten des Ausnahmerechts nebst strengster Beaufsichtigung aller Ankömmlinge auskosten. Recht seltsam und geheimnisvoll klingt die Mitteilung einer südlichen Zeitung, laut welcher auf der Schwarzmeerflotte die Order erteilt worden ist, daß die Offiziere selbst den nächsten Verwandten und sogar ihren Frauen über die Vorkommnisse auf den Schiffen nichts mitteilen dürfen. Was mag dort alles vor sich gehen? Die Gärung in der Marine scheint aber die zentrale und lokale Verwaltung in starke Besorgnis zu versetzen.

Die „Voss. Zeitung" veröffentlicht folgendes Telegramm aus Petersburg, das die von unserem Korrespondenten zuletzt angeführte Maßregel allerdings sehr verständlich erscheinen lassen würde: Gerüchten zufolge hat die Mannschaft des Kreuzers „Kagul" der Schwarzmeerflotte gemeutert und ihre Offiziere ermordet. Da es kein anderes Mittel gab, die Meuterei zu unterdrücken, wurde der Kreuzer durch das Feuer der Küstengeschütze zerstört und ging mit seiner ganzen Besatzung unter.

Todesurteile gegen Soldaten.

Taschkent, 22. August. In dem Prozeß gegen die an der Meuterei im hiesigen Sappeurlager beteiligten Unteroffiziere und Soldaten wurden heute 15 der Angeklagten zum Tode durch den Strang, 112 zu Zwangsarbeit, 79 zu Zuchthaus und 15 zur Einreihung in ein Disziplinarbataillon verurteilt. 7 Angeklagte wurden freigesprochen.

Marokko.

Der Gegensultan in Marrakesch.

Paris, 22. August. Aus Mazagan wird unter dem 20. August gemeldet: El Hiba ist am 16. August vor Marrakesch eingetroffen und hat bis zum 18. August mehrere Kämpfe geliefert. Nachdem dann die einheimische Polizeiabteilung zu ihm übergegangen war, zog El Hiba am 18. August in die Stadt ein, bemächtigte sich hier der Kasbah und wurde zum Sultan ausgerufen. El Glaui, der treu geblieben ist, wird mit dem französischen Konsul Maigret, dem Vizekonsul, einem Kapitän und einem Leutnant in seinem Hause belagert. El Hiba soll nur über zweitausend Mann und zwei minderwertige Geschütze verfügen. An alle Stämme im Dukkalagebiet soll er Sendboten geschickt haben.

China.

Frieden in Tibet.

Simla, 22. August. In Gyantse ist die zuverlässige Nachricht eingetroffen, daß in Lhasa der Frieden zwischen dem Dalai Lama und den Chinesen geschlossen worden ist. Alle chinesischen Truppen, mit Ausnahme der üblichen Wachen für den Amban, sollen Tibet auf dem Wege über Indien verlassen. Ihre Waffen und Munition bleiben, nachdem sie von beiden Seiten versiegelt worden sind, in Lhasa. Die chinesischen Händler bleiben in Tibet.

Präsident und Nationalversammlung.

Peking, 21. August. Yuanschikai hat die Forderung der Nationalversammlung abgelehnt, daß er und der Kriegsminister vor der Versammlung erscheinen und Rechenschaft über die Hinrichtung der Generäle in Hankau geben soll. Der Präsident lud die Vertreter der Provinz von Hupeh zu sich ein und setzte ihnen in freundschaftlicher Weise die Haltung der Regierung auseinander. Die Besucher erboten sich darauf freiwillig, den Versuch zu machen, die Nationalversammlung zu bewegen, von dem geplanten Tadelsvotum gegen die Regierung Abstand zu nehmen. Wenn nicht eine Reaktion eintritt, ist die Krisis vorüber.

Amerika.

Intervention in Nicaragua.

Washington, 21. August. Staatssekretär der Marine v. Meyer hat dem Kreuzer „California" Befehl gegeben, von San Diego nach Panama in See zu gehen, wo er 750 Soldaten an Bord nehmen soll, um sie nach Nicaragua zu bringen. Das Marinedepartement hat die Absicht, dort eine Streitmacht von 2000 Seesoldaten innerhalb zehn Tagen an Land zu bringen, um das Eigentum der Fremden zu schützen und die Verbindung zwischen Managua und der Küste aufrechtzuerhalten.

Ein neuer politischer Skandal.

New York, 22. August. Der bekannte Anhänger Tafts, Senator Penros, ist der Mittelpunkt eines schweren politischen Skandals. Hearst veröffentlicht einen Brief des Standard-Oil-Kapitalisten Archbold, laut dem Penros im Jahre 1904 25 000 Dollar von diesem erhalten hat. Penros erklärt, diese Summe sowie weitere 100 000 Dollar als Kampagne-Beitrag für Roosevelts Wahl bekommen zu haben, worüber indessen der Brief, der ganz persönlich gehalten ist, nichts enthält. Penros' Verteidigung in öffentlicher Senatssitzung war mehr einem Geständnis ähnlich. Er brachte keine Beweise für Roosevelts Verbindung mit der Affäre bei. Jedoch scheint aus der Korrespondenz des Oiltrusts mit dem jetzigen Anhänger Roosevelts, Flinn, die der Oiltrust Penros augenscheinlich zur Verfügung gestellt hat, hervorzugehen, daß Flinn damals die Unterstützung des Oiltrusts suchte, um Bundessenator zu werden. Der Senat wird eine Untersuchung einleiten. Roosevelt weist darauf hin, daß Dokumente verlängen, laut denen seine Kampagneleiter ausdrücklich angewiesen seien, kein Geld von irgendeinem Trust anzunehmen.

Gewerkschaftliches.

Der gelbe Damm gegen die rote Flut.

Die gelben Unternehmerschützlinge und Arbeiterverräter sind in letzter Zeit arg mitgenommen worden und zwar von Leuten, bei denen man immerhin eine gewisse Seelenverwandtschaft mit den Gelben voraussetzen kann. Christliche Gewerkschaften und evangelische Arbeitervereine sind merkbar von den Gelben abgerückt. Ja, selbst der konservative „Reichsbote" hat sich in abfälliger Weise über sie ausgelassen. Nun ist den Gelben ein Verteidiger aus den Reihen der Unternehmer entstanden. Natürlich. Sind doch die Unternehmer die eigentlichen Väter der gelben Werkvereine und an ihrem Wohl und Wehe am meisten interessiert. In der „Deutschen Arbeitgeberzeitung" tritt Fabrikdirektor Ernst in Brandenburg unentwegt für die Gelben in die Schranken. Er nimmt diese Schutzgarde des Unternehmertums gegen die abfälligen Bemerkungen des „Reichsboten" in Schutz mit den Worten:

„In dem von mir geleiteten Betrieb arbeiten viele sogenannte „Gelbe" — durchweg aufrechte Männer, und wenn wirklich einmal auch ein Mann nicht ganz einwandfreien Charakters Aufnahme im „gelben" Werkverein finden würde —, wie dürfte deshalb die ganze Bewegung verurteilt werden?! Der Segen der Werkvereine, vor allen Dingen für die Arbeiter selbst, kann nicht ernstlich bestritten werden. Die „Gelben" sind ein Damm gegen die rote Flut und darum sollte kein konservatives Blatt ihre Bedeutung verkleinern, sondern anerkennen, diese Bewegung fördern."

Der Herr Fabrikdirektor sieht natürlich, was er zu sehen wünscht. Die Gelben — durchweg aufrechte Männer! — Na, wer sie kennt, wird diese Kennzeichnung nicht anders als mit Lachen aufnehmen. Wenn Herr Ernst sagt, die gelben Werkvereine seien ein Segen vor allen Dingen für die Arbeiter selbst, so meint er vermutlich, was ein Segen für den Unternehmer ist müsse auch für den Arbeiter segensreich sein. Das ist ja unzweifelhaft: Für die Unternehmer sollen die gelben Gründungen ein Segen sein. Den Unternehmerinteressen sollen sie dienen und dienen sie auch, soweit es an den Leitern und Schöpfern der gelben Vereine liegt. Daß es so und nicht anders ist, das sagt ja Herr Fabrikdirektor Ernst selber: „Die Gelben sind ein Damm gegen die rote Flut." Aus dem sprachlichen Bilde in nüchterne Worte übertragen heißt es: Die Gelben sollen die klassenbewußte Arbeiterbewegung eindämmen, hindern, wenn möglich tot machen.

Sie sollen es nach dem Wunsche der Unternehmer. Aber sie können es nicht und werden es nie können. Und warum nicht? Weil es keinen Damm gibt, der „die rote Flut" aufhalten könnte, denn „die rote Flut" — die moderne klassenbewußte Arbeiterbewegung — entspringt aus einer unversiegbaren Quelle. Diese Quelle ist die Erkenntnis, daß zwischen den Interessen der Arbeiterklasse und den Interessen der Kapitalisten eine unüberbrückbare Kluft klafft, daß es zwischen beiden eine wirtschaftliche Interessengemeinschaft nicht gibt. Diese Erkenntnis beruht auf den Tatsachen des heutigen Wirtschaftslebens. Sie ist es, die den denkenden Arbeiter zum Klassenbewußtsein bringt. Wer sich einbildet, „die rote Flut", die elementare Bewegung der klassenbewußten Arbeiterschaft durch den Damm gelber Werkvereine aufhalten zu können, der hat keine Kenntnis von den tatsächlichen Verhältnissen. Dieser Damm, den die Unternehmer aufzurichten sich bemühen, ist ein wackliges Bauwerk, aufgeschichtet aus morschen Bausteinen auf sandigem Boden. Die Leute, welche sich für die gelben Vereine ködern lassen, sind keine aufrechten Männer. Schwächlinge sind es, die dem Druck der Kreaturen des Unternehmertums nur allzu willig nachgeben, oder Egoisten, die aus dem Anschluß an den gelben Verein persönliche Vorteile in Gestalt von Begünstigungen im Arbeitsverhältnis erwarten. Nur den eigenen Vorteil erstreben diese Leute. Das Geschick ihrer Arbeitsbrüder ist ihnen gleichgültig. Mit kaltem Blute sind sie zu jedem Verrat bereit, wenn ihnen ein augenblicklicher Nutzen winkt.

Das sind nicht die Elemente, mit denen man die steigende „rote Flut" eindämmen kann. Mögen sie auch den klassenbewußten Arbeiterorganisationen hier und da einige Schwierigkeiten bereiten — überwinden können sie sie nicht. Der klassenbewußte Arbeiter erstrebt ein hohes Ideal, eine bessere Zukunft und auch in der Gegenwart bessere Verhältnisse für alle Angehörigen seiner Klasse. Solcher Idealismus kann nicht vernichtet werden durch den krassen Egoismus der gelben Unternehmerschutztruppe.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Töpfer! Durch großen Zuzug nach Leipzig sind in den dortigen Geschäften verschiedene Mißstände eingerissen. Unter anderen stetes Warten auf Material und mangelhafte Bedienung. Die Unternehmer sind seitens ihrer Arbeiter und der Verbandsleitung aufgefordert worden, die Mißstände abzustellen. Jedoch sind sie dem nicht nachgekommen, auch lassen sie sich trotz Aufforderung auf keine Verhandlung mit dem Verbande ein, sondern erklären schlankweg: „Wir haben es gar nicht nötig, die Mißstände zu beseitigen, denn es gibt genug andere Gesellen, die unter diesen Verhältnissen arbeiten, speziell von Berlin." Wir ersuchen darum die Groß-Berliner Kollegen nicht nach Leipzig zu gehen.

Deutsches Reich.

Differenzen in einer Halberstädter Wurstfabrik.

Bei der Spezialfabrik von Halberstädter Würstchen, Heine u. Co. in Halberstadt, die ihre Produkte in ganz Deutschland umsetzt, sind Differenzen ausgebrochen. Die zuständige Organisation, der Zentralverband der Fleischer und Berufsgenossen Deutschlands, hat im Auftrage der Beschäftigten der Firma einen Tarifvertrag unterbreitet, der eine Lohnaufbesserung von 1,20 bis 2 M. pro Woche fordert. Des weiteren wurde gefordert die Einhaltung der in der eigenen Arbeitsordnung des Betriebes festgelegten Arbeitszeit, ferner einige Tage Ferien, sowie Anerkennung der Organisation.

Was war nun die Antwort auf diese bescheidenen Forderungen? — Die glatte Ablehnung jeder Verhandlung über den eingereichten Tarif. Bemerkt muß dabei werden, daß die Firma mit zirka 400 Beschäftigten die größte Fabrik dieser Branche ist, und trotzdem ist in ihrem Betriebe die längste Arbeitszeit von allen Halberstädter Wurstfabriken, nämlich 10 Stunden und 55 Minuten, also fast 11 Stunden. Auch der Lohn ist bei dieser Firma mit am schlechtesten von allen Fabriken, erhalten doch verheiratete Arbeiter nur 18 M. pro Woche ohne Kost. Gelernte Fleischergesellen werden zum Teil noch mit 20 und 22 M. pro Woche entlohnt, ohne Kost und Logis, ein Lohn, der im ganzen Fleischergewerbe seinesgleichen an Niedrigkeit sucht. Die Firma hat weiterhin verstanden, zu den Arbeiten, welche in anderen Wurstfabriken von Gesellen verrichtet werden, Jugendliche im Alter von 14—17 Jahren heranzuziehen, denen sie mit wenigen Ausnahmen den beneidenswerten Lohn von 7 bis 9 M. pro Woche zahlt.

Infolge der schlechten Entlohnung und der langen Arbeitszeit wirft das Geschäft für die Firma riesenhafte Gewinne ab. Trotzdem lehnt die Firma jede Verhandlung über diese bescheidenen Forderungen ab. Ihr ist es vollkommen gleichgültig, daß die Lebensmittel in den letzten Jahren um 50 Proz. gestiegen sind, und ob ihre Arbeiter infolge des niedrigen Lohnes hungern müssen, wenn nur ihr Profit dabei gewahrt wird; das ist für die menschenfreundliche Firma die Hauptsache.

Der Firma sind die organisierten Arbeiter in ihrem Betriebe ein Greuel, weil sie eine Verbesserung der Verhältnisse erstreben. Der Organisationsleitung hat der bekannte günstige Wind eine Entlassungsliste zugeführt, in der bei der Firma gewissenhaft registriert wird, warum die Entlassungen aus dem Betriebe erfolgt sind. Wir finden da in der Liste eine Reihe Arbeiter, die aus folgenden Gründen entlassen sind: „Wegen Sozialdemokratie", „Wegen Aufwiegelung seiner Mitarbeiter" usw. usw.

Die Organisation kann sich selbstverständlich mit dem ablehnenden Bescheide der Firma nicht zufrieden geben. Ist der Firma ein Kampf lieber, als die Gewährung und die tarifliche Festlegung der bescheidenen Forderungen der Arbeiter, so ist das ihre Sache. Die Firma setzt ihre Produkte zum großen Teil in Arbeiterkreisen in fast allen Städten Deutschlands ab; ändert sie ihre Stellungnahme nicht, dann dürfte der Kampf unausbleiblich sein.

In der Zwieback-, Waffel- und Kakesfabrik von Harry Trüller in Celle besteht der Konflikt mit der Arbeiterorganisation nach wie vor. Bekanntlich bestreitet Herr Trüller, daß er die Arbeiter zum Unterschreiben eines Reverses veranlaßt, durch den sie sich verpflichten, dem Zentralverband der Bäcker und Konditoren nicht anzugehören. Die Verhängung des Boykotts gegen seine Firma sei grundlos, behauptet Herr Trüller. Es ist auch versucht worden, diese Behauptung durch eine Versammlung der bei der Firma Beschäftigten bestätigen zu lassen. Die Versammlung, die angeblich ohne Zutun der Firma von einem Maschinenschmierer einberufen und geleitet wurde, nahm auch eine Resolution an, welche gegen die Verhängung des Boykotts protestiert, weil durch ihn die Beschäftigten arbeitslos würden. Mit dieser Resolution geht nun die Firma in der bürgerlichen Presse krebsen. — Wie die Boykottkommission erfahren hat, kann die Annahme der Resolution keineswegs als ein freiwilliger Willensausdruck der Versammlung angesehen werden. Ein Arbeiter hat in jener Versammlung ausdrücklich bestätigt, daß Reverse der bezeichneten Art bestehen. Im Anschluß hieran wurde aus der Versammlung verlangt, Herr Trüller solle an Ort und Stelle persönlich erklären, daß er nichts dagegen habe, wenn die bei ihm Beschäftigten dem Verbande der Bäcker und Konditoren angehören. Eine solche Erklärung war aber nicht zu erlangen. Später wollte der Bezirksleiter des Verbandes ersuchen, eine dahingehende Erklärung von Herrn Trüller zu erhalten. Dieser lehnte es jedoch ab, den Bezirksleiter zu empfangen. Das sagt genug. — Die Boykottkommission ersucht die Arbeiterschaft um Beachtung des Boykotts der Trüllerschen Fabrikate, der so lange bestehen bleibt, bis Herr Trüller die bestimmte Erklärung abgibt, daß er niemanden hindere, dem Zentralverbande der Bäcker und Konditoren anzugehören.

Ausland.

Ausstand der Seeleute in Marseille beendet. Zwischen der Direktion der Messageries Maritimes und den eingeschriebenen Seeleuten sind die bestehenden Streitigkeiten beigelegt worden. Der Verband der eingeschriebenen Seeleute hat diesem Abkommen seine Zustimmung gegeben, die Besatzungen werden an Bord zurückkehren. Ministerpräsident Poincaré wird die Schiedsrichter ernennen, deren Entscheidung sich die beiden Parteien beugen werden.

Ein Kriegsschiff gegen Streikende.

London, 22. August. (B. H.) Aus Santos (Brasilien) wird berichtet, daß die Situation in dieser Stadt sich noch verschlimmert hat. 3000 streikende Arbeiter unternahmen einen Angriff auf die Truppen, die den Hafen bewachten. Ein Kriegsschiff soll nach der Stadt entsandt worden sein.

Metallarbeiterausstand in Spanien.

Madrid, 22. August. (H. B.) In Oviedo haben die Metallarbeiter den Ausstand erklärt. Auch die Grubenarbeiter sind ersucht worden, sich dem Streike anzuschließen.

Soziales.

Sichert euch die tariflichen Vorteile!

Um sich vor wirtschaftlichen Schaden zu bewahren, sollten Arbeiter eines Berufes, für den Tarifverträge abgeschlossen sind, vor Antritt einer neuen Beschäftigung den Unternehmer oder dessen gesetzlichen Vertreter jedesmal darauf hinweisen, daß sie nur zu tariflichen Bedingungen arbeiten. Machen die Arbeiter ihre Forderungen erst im Wege der Klage geltend, dann berufen sich die Unternehmer gewöhnlich darauf, daß nichts darüber vereinbart worden sei. Wenn nun auch die Gerichte sich meistens auf den Standpunkt stellen, daß im Zweifelsfalle der Tarif gilt, sofern dieser ortsüblich, d. h. von der Mehrzahl der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer anerkannt ist, so liegen die einzelnen Verhältnisse doch zu verschieden, um hierin eine Sicherstellung des Arbeiters in jedem Falle zu erblicken. Diese Sicherheit ist besonders dann nicht gewährleistet, wenn die Beschäftigung durch Umschauen oder Vermittelung eines Arbeitsnachweises erfolgt ist, der nicht nur zu tariflichen Bedingungen vermittelt.

Vor dem Gewerbegericht klagte der **Maler Z.** gegen den **Malermeister Teichert** aus Fichtenau, der nicht der Malerinnung angehört. Der Beklagte hatte für das Café Klose Malerarbeiten angenommen, und da der Geschäftsbetrieb nicht gestört werden sollte, war vereinbart worden, daß nur bis nachmittags um 2 Uhr gearbeitet würde. Der durch den städtischen Arbeitsnachweis in der Gormannstraße vermittelte Kläger war damit einverstanden, daß die Arbeitszeit von 5 Uhr morgens bis 2 Uhr nachmittags dauere; als Stundenlohn wurden 75 Pf. vereinbart. Am Wochenschluß berechnete der Kläger aber den Tag nicht zu 8, sondern zu 9 Stunden, der tariflichen Arbeitszeit. Er motivierte dies damit, daß er die eine Stunde für den ihm tariflich zustehenden Nachtaufschlag von 50 Proz. für die Stunden von 5—7 Uhr morgens angerechnet habe. Der Beklagte berief sich darauf, daß eine derartige Abmachung nicht getroffen worden sei.

Die **Kammer 3,** unter Vorsitz des Magistratsrats Dr. **Schalhorn,** wies den Kläger mit seiner Klage ab. Dieser sei damit einverstanden gewesen, daß nur 8 Stunden täglich gearbeitet werde und könne nun deshalb nicht 9 Stunden bezahlt verlangen. Den Nachtaufschlag habe Kläger beim Antritt der Beschäftigung auch nicht geltend gemacht und es stehe ihm daher ein Anspruch darauf ebenfalls nicht zu.

Ein weiterer Fall: Vor dem Innungsschiedsgericht klagte der **Schuhmacher L.** gegen den Schuhmachermeister **Otto Retjewski** auf Zahlung eines Restlohnes von 3,50 M. Der Kläger war von außerhalb zugereist und beim Beklagten gegen Stücklohn in Arbeit getreten. Erst später wurde er von Berufskollegen darüber belehrt, daß die ihm gezahlten Akkordpreise niedriger als die tariflich festgelegten seien. Er verlangte nun vom Beklagten die Differenz nachbezahlt, was aber mit der Begründung verweigert wurde, der Tarif gehe ihn nichts an.

Das Innungsschiedsgericht konnte dem Kläger einen rechtlichen Anspruch auch nicht zubilligen. Es belehrte aber den Beklagten, daß der Tarif sowohl im Interesse der Arbeitnehmer als auch der Arbeitgeber abgeschlossen worden sei, und erreichte damit, daß ein Vergleich zustande kam.

Aus der Frauenbewegung.

Bürgerliche und proletarische Frauenbewegung.

In jenen Ländern, wo noch bevor die proletarische Frauenbewegung erstarkt war, schon eine zahlreiche bürgerliche Frauenbewegung bestanden hat, haben die Arbeiterinnenvereine, die erste Form, in der überall die proletarische Frauenbewegung sich organisiert, Anlehnung und Gemeinschaft bei den bürgerlichen Frauenvereinen gesucht. Die mangelnde Erziehung und namentlich die mangelnde theoretische Bildung dieser ersten Pionierinnen des weiblichen Proletariats haben oft in gemeinsamen Komitees mit den bürgerlichen Frauen gearbeitet. Dieses Verhältnis haben wir in den nördlichen Ländern und haben wir auch in der Schweiz gesehen. Die Schweizer Genossinnen haben hier und da mit den bürgerlichen Frauen gemeinsam gearbeitet. Nun aber wo die Arbeiterinnenvereine immer größer werden und ihr Bekenntnis zum Sozialismus durch den Beschluß der sozialdemokratischen Partei beizutreten und sich ihrer Parteiorganisation einzufügen dokumentiert wurde, war es nur eine natürliche Folge, daß auf der letzten Konferenz der Arbeiterinnenvereine der Antrag Zürich angenommen wurde, welcher den sozialdemokratischen Frauenvereinen die Mitgliedschaft bei allen anderen Frauenvereinen untersagt. Das hat nun zur Folge, daß die Arbeiterinnenvereine nicht mehr Mitglieder des Bundes der sämtlichen schweizerischen Frauenvereine sein können.

Diese reinliche Scheidung ist gewiß im Interesse der proletarischen Frauenbewegung lebhaft zu begrüßen, weil die Propaganda und die Erziehung unter den Frauen durch die prinzipielle Klarheit nur gewinnen kann. Diese Beschlüsse sind aber auch ein Beweis, welch schöne Erfolge unsere schweizerischen Genossinnen gemacht haben. Sie gewinnen mehr und mehr an der eigenen Kraft und dienen immer besser der weiblichen Internationale.

Aus der internationalen Frauenbewegung des Proletariats.

Auf dem Parteikongresse, welche die sozialdemokratische Partei der Vereinigten Staaten im Mai dieses Jahres abgehalten hat, haben die Genossinnen einen ausführlichen Bericht erstattet. Im Anfang dieses Jahrhunderts, kurz nach der Gründung der Socialist Party, waren nur wenige Frauen in der Bewegung tätig. Erst 1904 bis 1908, als in den verschiedenen Staaten immer mehr von dem Frauenwahlrecht gesprochen wurde, und als die politische Tätigkeit unter den Frauen mehr und mehr zugenommen hat, wurde ein Frauenkomitee gewählt, und in das Parteiprogramm wurde aufgenommen, „wir fordern unbeschränktes, gleiches Wahlrecht für Männer und Frauen und verpflichten unsere Mitglieder zu einer regen Propaganda für diese Forderung.

Sofort nach dem Kongreß gingen die Mitglieder des nationalen Frauenkomitees daran, einen Agitationsplan auszuarbeiten. Sie veröffentlichten eine ganze Reihe von Flugschriften, die alle Seiten der Frauenfrage behandelt haben. 1910 wurde auf dem nächsten Kongreß das nationale Frauenkomitee zu einer ständigen Einrichtung innerhalb der Parteileitung. Gleichzeitig wurde in dem nationalen Parteisekretariat in Chicago ein Frauenbureau errichtet, und der ständigen Leitung einer Sekretärin unterstellt, die vom Frauenkomitee gewählt wird. Daran anschließend wurden viele lokale Frauenkomitees gebildet. Tausende von Flugschriften wurden für die Frauen herausgegeben, in fünf Staaten und in 270 Bezirken haben die Frauen das Amt als Parteisekretär inne. Ein Mitglied des nationalen Parteivorstandes und zwei Mitglieder des nationalen Parteiausschusses sind Frauen. Eine Genossin fungiert als internationale Korrespondentin. Acht Frauen bereisen als nationale Agitatorinnen und Organisatorinnen das Land. Leider ist es nicht möglich, die Zahl der weiblichen Mitglieder festzustellen, doch dürften sie ein Zehntel der gesamten Mitgliedschaft betragen.

Viel arbeiten die Genossinnen auch auf dem Gebiet der Kindererziehung. Es gibt mehrere sozialistische Schulen in New York, in Rochester gibt es eine Schule, die von 200 Kindern besucht wird. Auch in Los Angeles gibt es eine große und erfolgreiche sozialistische Schule. In New Jersey wurde ein besonderes Unterrichtskomitee eingesetzt, welches einen vorzüglichen Plan für eine sozialistische Schule ausgearbeitet hat.

Der Frauentag am 28. Februar verlief außerordentlich glänzend. Es erschienen Flugschriften und massenhaft besuchte Versammlungen fanden statt.

Letzte Nachrichten.

Die russische Regierung dementiert.

Petersburg, 22. August. Die Petersburger Telegraphenagentur dementiert kategorisch die Meldung auswärtiger Blätter, daß die Mannschaft des Kreuzers „Kagul" der Schwarzenmeer-Flotte gemeutert und ihre Offiziere ermordet habe und daß der Kreuzer durch die Küstengeschütze zerstört worden und mit seiner ganzen Besatzung untergegangen sei. Die Nachricht entbehre jeder Begründung. (Vergl. Rußland.)

Amerikanische Kampfzölle.

Washington, 22. August. (W. T. B.) Das **Schatzamt** hat einen **Ausgleichszoll auf deutsches Weizenmehl, Roggenmehl und auf Spitzerbsen,** die eine Ausfuhrprämie genießen, angeordnet. Die Verfügung tritt nach 30 Tagen in Kraft. Es wird erklärt, sie betreffe vornehmlich die Spitzerbsen, die infolge der Ausfuhrprämie ein gefährlicher Konkurrent der Spitzerbsenindustrie Minnesotas seien.

Bestialitäten aus Nicaragua.

Washington, 22. August. (W. T. B.) Wie gemeldet wird, sind zwei Amerikaner, die in dem Kampfe bei **Leon** in Nicaragua verwundet worden waren, **im Hospital durch die Aufständischen ermordet** worden, als diese die Garnison umbrachten. Die Aufständischen fahren fort, Städte zu besetzen und zu plündern.

Kämpfe in der Mandschurei.

Peking, 22. August. (W. T. B.) Nachrichten aus chinesischer Quelle zufolge sind 2000 Mongolen in die Mandschurei eingefallen. Mit Maschinengewehren ausgerüstete chinesische Truppen aus Mukden haben die Mongolen am 20. August angegriffen. Der Kampf, dessen Ausgang noch unbekannt ist, dauerte bis zum 21. August.

Großfeuer in Wien.

Wien, 22. August. (P.-C.) Verflossene Nacht ist die Wiener Niederlassung der Prag-Rudniker Korbfabrik von einem riesigen Feuer heimgesucht worden, durch das der größte Teil des Etablissements eingeäschert wurde. Das Feuer entstand um ½2 Uhr früh im zweiten Stockwerk des Gebäudes und muß lange Zeit unbemerkt gewütet haben. Die Bewohner der umliegenden Häuser mußten ihre Wohnungen ausräumen. Bei den Rettungsarbeiten erlitten **fünf Personen teils schwere, teils leichtere Verletzungen.** Erst nach mehrstündigen Anstrengungen der Feuerwehr gelang es, den Brand zu lokalisieren.

Auf der Suche nach Arbeit verunglückt.

Paris, 22. August. (P.-C.) Aus Reims wird gemeldet: Ein „blinder Passagier", der die Absicht hatte, sich nach Deutschland zu begeben, um dort seinem Gewerbe als Anstreicher nachzugehen, hatte die Unvorsichtigkeit, heute auf einem Zug, der nach Epernay ging, auf einen Wagen hinaufzuklettern. Als der Zug durch einen Tunnel fuhr, stieß der Unglückliche mit dem Kopfe so stark gegen die Tunnelmauer, daß er auf der Stelle getötet wurde. Es handelt sich um einen ungarischen Arbeiter namens Bola Hampfelde.

Verantw. Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Dem Völkerfrieden entgegen.

Die Redensart von dem „Gallischen Erbfeind" ist schon seit langem etwas in Mißkredit gekommen, jetzt ist England an die Stelle gerückt. Das „perfide Albion" sei der Feind, um dessentwillen das friedfertige Deutschland rüsten müsse. Denn die Engländer ständen der Expansionspolitik unserer Imperialisten hindernd im Wege. Auf englischer Seite dasselbe Schauspiel, die gleiche Verhetzung mit denselben Mitteln. Und so ist in den letzten Jahren mehr als einmal die Gefahr eines Krieges zwischen den beiden Völkern in greifbare Nähe gerückt gewesen. Aber es ersteht den Mordspatrioten in den Kulturländern ein Gegner in der Masse des klassenbewußten Proletariats. Und dieser Feind jeder brutalen Gewalt wird immer mächtiger, der Wille zum Frieden stärker und entschiedener. Die Furcht vor dieser wachsenden Macht ist es vor allem, die die Gewalthaber und Großen der Erde abhält, den folgenschweren Schritt zu wagen.

An diese Gedanken konnte der Genosse Scheidemann anknüpfen, als er am Mittwochabend im Namen des Parteivorstandes eine größere Anzahl englischer Besucher willkommen hieß, die sich im Gewerkschaftshause mit Berliner Genossen zu einer Begrüßungsfeier zusammengefunden hatten. Er erinnerte an die Tatsache, daß schon einmal die englischen Genossen im Unterhause und unsere deutschen Abgeordneten im Reichstag durch Einbringung von Resolutionen sich um die friedliche Verständigung zwischen den beiden Ländern bemüht hatten. Unter großem Beifall der englischen und deutschen Teilnehmer der Feier betonte Scheidemann, daß die deutsche Sozialdemokratie nicht aufhören werde — soweit es in ihrer Macht liege — den Frieden unter den Völkern zu fördern. Für die große Masse des deutschen Volkes liege keine Veranlassung vor, feindliche Gesinnung gegen das britische Volk zu hegen, mit dem so zahlreiche Interessen uns verbänden. Diese Ueberzeugung dürften die englischen Genossen mit nach Hause nehmen, in diesem Sinne möchten sie Grüße von den deutschen Sozialdemokraten an die englischen Freunde übermitteln.

Es handelte sich diesmal um Mitglieder der „Independent Labour Party" (Unabhängige Arbeiterpartei) und zwar von der Ortsgruppe Bradford, die Berlin einen Besuch abstatteten. Sie alle sind auch gewerkschaftlich organisiert. Die englischen Gäste hatten die Zentrale des Berliner Konsumvereins besucht, die „Vorwärts"-Druckerei, Redaktion, Parteiarchiv, die Bureaus des Parteivorstandes und einiger Gewerkschaften sich angesehen. Neben Potsdam hatten sie auch die Stätten des Elends, die Berliner Nachtasyle besucht, also auch die Kehrseite großstädtischen Glanzes kennen gelernt.

Genosse Barber, Sekretär des Gewerkschaftskartells von Bradford, drückte seine Freude aus über den herzlichen Empfang, den er und seine Begleiter gefunden. Sie hätten viel gesehen und gelernt. Bewundernswert sei die vorzügliche Organisation der deutschen Partei und der machtvoll aufstrebenden Gewerkschaften. Sie in England werden bestrebt sein, den Deutschen nachzueifern, eine so gute kraftvolle Parteiorganisation würden sie aber so bald noch nicht schaffen können. Im übrigen finden seine Ausführungen ihren Ausdruck in den beiden nachstehenden Resolutionen, die er im Auftrag seiner englischen Freunde und Genossen unterbreitet:

Grüße an die deutschen Genossen!

„Die Mitglieder der Bradforder Organisation der Unabhängigen Arbeiterpartei, durch die englische Arbeiterpartei der großen internationalen sozialistischen Bewegung angeschlossen, sendet den deutschen Sozialdemokraten den Ausdruck innigster Gefühle der Gemeinschaft, der Zuneigung und Freundschaft.

Wir sehen mit Freude der Zeit entgegen, da die gemeinsame Bewegung der Sozialisten von Großbritannien und Deutschland, wie der übrigen Länder des Festlandes eine solche Macht erlangt haben wird, daß Kriege zur Unmöglichkeit werden, und versprechen, mit den deutschen Sozialisten zusammen alles zu tun, um dieses schöne Endziel zu erreichen.

A. Sutton, Sekretär."

Die zweite Resolution lautet:

„Das Gewerkschaftskartell des Bezirks Bradford, in Vertretung von 24 000 Gewerkschaftsangehörigen der Stadt Bradford sendet unseren Gewerkschaftskollegen und Parteigenossen in Deutschland herzliche brüderliche Grüße mit dem Ausdruck ihrer innigsten Gefühle der Freundschaft und der Solidarität. Wir sehen der Zeit entgegen, wo die Arbeiter Groß-Britanniens und Deutschlands in wahrer Verbrüderung zusammengeschweißt sind, und solche Macht besitzen, um jede Kriegsgefahr zu beseitigen. Wir werden zu allen Zeiten gewillt sein, uns mit unseren deutschen Genossen zu verbinden, um alle die Bewegungen, die als ihr Ziel die Förderung des Krieges haben, niederzuringen.

W. Barber, Sekräter des Gewerkschaftskartells."

Neben dem Genossen Ernst, der in humorvoller Weise den Abend eingeleitet hatte, sprach noch der Genosse Legien als Vertreter der deutschen Gewerkschaften und für die Frauen die Genossin Zietz. Der Genosse Cahen Redakteur der New Yorker jüdisch-sozialistischen Zeitung „Vorwärts", der zufällig in Berlin anwesend ist, beteiligte sich ebenfalls an der Feier. Er konnte die erfreuliche Mitteilung machen, daß das genannte Blatt eine Auflage von über 100 000 habe. Berlin, das „Rom des Sozialismus", wie er es nannte, habe sich in den 19 Jahren, seitdem er hier gewesen, großartig entwickelt. Die Entfaltung der sozialistischen und gewerkschaftlichen Macht erfülle ihn mit großer Freude. Die Genossen aller Länder hätten von den Deutschen zu lernen, und in Amerika gehe es in Riesenschritten vorwärts. Genosse Legien hatte vor allem die Notwendigkeit betont, daß die politische und wirtschaftliche Arbeiterbewegung in gegenseitiger Verständigung nebeneinander wirke.

So klang auch diese Zusammenkunft von Arbeitervertretern der beiden großen Kulturländer aus in eine entschiedene Absage an den Krieg und die Völkerverhetzung; es war eine Demonstration für die Solidarität der Arbeiterklasse, für den Frieden unter den Nationen.

Die Wahlen zur Angestelltenversicherung.

Für die Wahlen zur Angestelltenversicherung ist nunmehr die Wahlordnung bekanntgegeben. Die wichtigsten Bestimmungen sind folgende:

Die Wahl wird von der unteren Verwaltungsbehörde angeordnet. Der Wahltag wird von jeder Verwaltungsbehörde besonders festgesetzt, es kann auch der Sonntag als Wahltag bestimmt werden. Der Wahltag muß mindestens sechs Wochen vorher bekanntgegeben werden. Die Wahlen erfolgen für Unternehmer und Angestellte getrennt. Jeder Wahlberechtigte hat eine Stimme. Jedoch haben Unternehmer, die mehr als 50, aber nicht mehr als 100 versicherte Angestellte beschäftigen, zwei Stimmen. Für je weitere angefangene 100 versicherte Angestellte erhöht sich die Zahl um eine Stimme, jedoch darf kein Unternehmer mehr als 20 Stimmen haben. Als Unternehmer gelten auch die Vorsitzenden von Krankenkassen, Gewerkschaften, Aufsichtskommissionen der Arbeitersekretariate, politischen oder anderen Vereinen, sofern von diesen Korporationen mindestens ein versicherungspflichtiger Angestellter beschäftigt wird und der Vorsitzende nicht selbst zu den Versicherungspflichtigen gehört. Ist das letztere der Fall, so empfiehlt es sich, daß der Vorstand durch Beschluß einem anderen Mitglied des Vorstandes die Ausübung des Wahlrechts überträgt.

In den größeren Städten wird es sich empfehlen, auch eine Liste der Unternehmer aufzustellen. Legitimiert für die Wahl wird der Unternehmer durch eine Bescheinigung, die von der Gemeindebehörde einzufordern ist. Für den Versicherten genügt die Versicherungskarte, die von der Ausgabestelle vor der Wahl gelöst werden muß.

Vorgesehen ist die Proportionalwahl. Ueber die Aufstellung der Listen besagen die Vorschriften der Wahlordnung Folgendes:

Die Wahlberechtigten sind aufzufordern, Vorschlagslisten bis spätestens drei Wochen vor dem Wahltag dem Wahlleiter einzureichen. Die Vorschlagslisten sind für Unternehmer und Angestellte getrennt aufzustellen. Jede Vorschlagsliste soll mindestens soviel Namen enthalten, als Vertrauens- und Ersatzmänner zu wählen sind. Mehr Vorschläge als die doppelte Zahl der zu Wählenden darf sie nicht enthalten. Wo nähere Angaben fehlen, wird angenommen, daß die an erster Stelle Aufgeführten als Vertrauensmänner vorgeschlagen sind. Die Vorschlagslisten müssen von mindestens fünf Wahlberechtigten unterschrieben sein. Die Vorschlagsliste soll die Wählervereinigung, von der sie ausgeht, kenntlich machen. Tritt der Charakter der Wählervereinigung nicht klar hervor, so kann der Wahlleiter dem Vorschlag eine Bezeichnung beilegen. Ist eine Person auf mehreren Listen vorgeschlagen, so hat sie sich auf Aufforderung für eine bestimmte Liste zu entscheiden. Unterbleibt die Entscheidung, wird sein Name auf allen Listen gestrichen. Hat ein Wähler mehrere Vorschlagslisten unterschrieben, so wird seine Unterschrift auf allen Vorschlagslisten gestrichen. Frühestens neun und spätestens drei Tage vor dem Wahltag sind die giltigen Vorschlagslisten vom Wahlleiter öffentlich bekannt zu machen. Wird innerhalb der gesetzlichen Frist nur eine Vorschlagsliste von Unternehmern oder Versicherten eingereicht, so findet keine Wahl statt. Die in der Vorschlagsliste verzeichneten Personen gelten als gewählt.

Aenderungen der Liste darf der Wähler nicht vornehmen. Wird jemand bei der Wahl zurückgewiesen, so ist dies unter Angabe des Grundes in der zu führenden Liste zu vermerken. Hat ein Unternehmer mehrere Stimmen, so hat er jeden Stimmzettel in einen besonderen Umschlag zu legen. Die Umschläge werden von der Reichsversicherungsanstalt geliefert und sind im Wahlraum den Wahlberechtigten zur Verfügung zu stellen. Den Unternehmern ist es gestattet, ihren Stimmzettel dem Wahlleiter brieflich einzusenden.

Für die Wahl wird ein Wahlbureau gebildet, deren Beisitzer aus dem Kreise der Unternehmer und Angestellten angehören müssen. Die Giltigkeit der Wahl kann binnen einem Monat nach der Bekanntmachung des Wahlergebnisses bei der unteren Verwaltungsbehörde angefochten werden. Auf Beschwerde entscheidet die höhere Verwaltungsbehörde endgiltig.

Für jeden Bezirk einer unteren Verwaltungsbehörde sind sechs Vertrauensmänner und für jeden Vertrauensmann zwei Ersatzmänner zu wählen. Für die größeren Städte ist die Zahl der Vertrauensmänner erhöht, und zwar wählt Berlin 88, Köln 14, Breslau 14, Frankfurt a. M. 12, Düsseldorf, Charlottenburg, Hannover, Essen und Magdeburg je 10, Königsberg, Neukölln, Stettin, Duisburg, Dortmund, Kiel, Halle, Schöneberg, Altona, Danzig, Elberfeld, Gelsenkirchen, Barmen, Posen, Aachen, Kassel, Bochum und Krefeld je 8 Vertrauensmänner und die entsprechende Zahl von Ersatzmännern.

Da das Gesetz noch nicht in Kraft getreten ist, so vollziehen sich die ersten Wahlen unter der besonderen Anordnung, daß schon gegenwärtig bei den „Ausgabestellen der Angestelltenversicherung" (es sind das durch besonderen Anschlag kenntlich gemachte Stellen der Ortspolizeibehörden oder der Gemeindeverwaltungen) die Aufnahmekarte von den Versicherungspflichtigen gefordert werden kann. Diese Aufnahmekarte wird später gegen die Versicherungskarte umgetauscht. Diese Karte dient dann als Legitimation für den Angestellten, der an der Wahl teilnehmen will. Es muß deshalb in den Kreisen der Angestellten darauf hingewirkt werden, daß die Angestellten die Karte schon jetzt lösen und nicht bis nach der Wahl warten.

Die der Generalkommission der Gewerkschaften angeschlossenen Verbände, der Zentralverband der Handlungsgehilfen und -gehilfinnen Deutschlands und der Verband der Bureauangestellten und der Verwaltungsbeamten der Krankenkassen und Berufsgenossenschaften Deutschlands, deren Mitglieder zu einem erheblichen Teil der Angestelltenversicherung beitreten müssen, haben sich mit der Freien Vereinigung für die soziale Versicherung der Privatangestellten dahin verständigt, gemeinsam eine Vorschlagsliste aufzustellen. Die Wahlen sollen in der zweiten Hälfte des Oktober stattfinden.

Kleines Feuilleton.

Worauf die amerikanische Schauerdramatik hinarbeitet. „Das Rückenmark ist der Sitz, der reservierteste Sitz der Erregungen und doppelt so schwer zu reizen wie der Verstand." Aus diesem Elementarsatz leitet A. H. Woods, einer der bekanntesten Schauerdramenfabrikanten Amerikas, die hohe Bedeutung seiner Tätigkeit her. In einem Aufsatz der Associated Sunday Magazines veröffentlicht er seine Beobachtungen und Bekenntnisse „über die Kunst, aus dem Rückenmark Kapital zu schlagen". Das gewöhnliche Schauerdrama, der sogenannte „50 Cents-Reißer" hat sich seit einigen Jahren in das „Zwei Dollar-Melodrama" verwandelt, d. h. kostspielige Ausstattung und Bühnenluxus spielt bei diesen Vorführungen eine große Rolle, und das Publikum zahlt gern einen recht beträchtlichen Preis, um seine geliebten Nervensensationen im prächtigsten Gewande zu erhalten. Der Schauerdramatiker pocht darauf, daß die von ihm gepflegte Gattung ewig sei wie die Leidenschaften selbst und wie der Hunger nach spannender Unterhaltung. „Das Melodrama verliert niemals an Geltung, mögen auch die äußeren Formen sich der Mode fügen. Die Geheimnisse der Sensation, die Tricks, um auf das Rückenmark zu wirken, bleiben dieselben in den alten Schauerdramen wie in den neuen Sensationsstücken. Die Menschennatur gibt freudig jeden Abend in der Woche ihr gutes Geld aus, um drei Stunden in einem Theater zu sitzen und zu lauern, bis es die Genugtuung hat, den Schurken um 11 Uhr bestraft zu sehen. Die Menschennatur des jungen Amerika wird die Schauhäuser aus eben diesem Grunde füllen. Gebt mir eine gute spannende Zeitungsgeschichte, ein Paar Lackschuhe und einige Zigaretten für den Schurken und eine blaue Arbeitsbluse für den Helden, und ich will Euch garantieren, daß ich oder ein anderer Fabrikant das Rückenmark der Nation in Geld verwandeln kann. Lacht darüber, so viel Ihr wollt! Die Liebe zum Melodrama wird immer mit uns sein." In Woods Schauerdramenfabrik ist seit Jahren eine ganze kleine Schar von Mitarbeitern beschäftigt, aus den Zeitungen die neuesten Sensationsgeschichten herauszuschneiden. Alle die großen Erfolge mit melodramatischen Reißern im letzten Jahrzehnt sind nach der Angabe des Verfassers durch die Zeitungen inspiriert worden. Freilich häufig sind die wirklich effektvollen Geschichten nicht; man findet auch bei angestrengtem Suchen höchstens eine im Monat, die sich zur Verarbeitung im Melodrama eignet. Unser Schauerdramatiker hat das, was er das „nationale Rückenmark" nennt, genau studiert und ist zu der Ansicht gekommen, daß dieser merkwürdige Stoff in den verschiedenen Teilen der Vereinigten Staaten verschieden geartet sei, daß immer wieder besondere Mittel vonnöten sind, um die rechte Wirkung jenes schrecklich schönen Erschauerns, das das Ideal all seiner Bestrebungen ist, hervorzubringen. „Das Rückenmark in dem Teil unseres theatralischen Gebietes, das zwischen New York und Pittsburg liegt, ist das am leichtesten erregbare. Hier liegt der Schauer gleichsam an der Oberfläche und ist so leicht hervorzurufen, daß richtige Reißer 10 000 bis 11 000 Dollar pro Woche aus diesem östlichen Rückenmark herausgezogen haben. Das sogenannte theatralische Rückenmark des mittleren Westens kann nur durch die ruhige Form des Melodramas gewonnen werden und wird richtig aufgeregt nur durch einen sentimentalen Reißer. Der Effekt, der erzeugt wird durch die gewaltsame Trennung von Held und Heldin infolge der Intrigen eines Schurken, ist derart, wie ihn das Rückenmark von Pittsburg bis St. Louis braucht. Das westliche Rückenmark von St. Louis bis San Francisco braucht Handlungen und inkliniert nicht für szenische und maschinelle Effekte. Worte sprechen lauter als Taten westlich vom Mississippi." Nach dieser „Geographie der Wirbelsäule" wendet sich Woods der näheren Schilderung der Effekte zu, deren das Schauerdrama bedarf, und führt dafür ein interessantes Beispiel an. In einem seiner Produkte wird auf der Szene ein Mädchen vom Dach eines brennenden Hauses durch einen Feuerwehrmann gerettet, der sie an den Telephondrähten auf ein anderes Dach in Sicherheit schleift. Zunächst wurde ein dicker Draht verwendet, an dem die Heldin hinübergezerrt wurde. Die Wirkung auf das Rückenmark blieb aus. Man nahm dünneren Draht. Kein Erfolg. Nun wurde die Szene höher verlegt; durch geschickte Dekorationen erschien alles doppelt so hoch. Die Flammen mußten um den Draht herum lodern, so daß die „doppelte Gefahr von Feuer und Elektrizität" die beiden bedrohte. „Das Rückenmark blieb kalt." „So verbrachten wir unsere Zeit mit beständigen Versuchen, das Rätsel des Reißers zu lösen, bis eines Tages der Regisseur bemerkte, daß wir das Hauptelement der Erregung übersehen hatten. „Weder die Flammen noch die Elektrizität sind die Hauptsache," argumentierte er, „sondern die Furcht, daß der Draht unter der Last zerreißt und die beiden in die Tiefe stürzen." Nun wurde eine Reihe von Drähten herabgerissen und während des Feuers mußte ein Mann noch andere Drähte herabfallen lassen, was durch ein zischendes Geräusch begleitet wurde, wie wenn das Feuer die Drähte ergriffen hätte. Der Erfolg war schlagend. Das Rückenmark verstand, daß die noch schwebenden Drähte in jedem Moment zerreißen konnten, und es ließ seinen silbernen Tribut in unsere Kasse strömen. . . .

Nahrungsmittelverfälschung. Unter den die Grundlage unserer Ernährung bildenden Lebensmitteln sind Milch und Brot diejenigen, die am häufigsten verfälscht werden. In einem beachtenswerten Artikel der „Revue des Deux Mondes" werden zur Erbauung der Käufer die von gewissenlosen Fabrikanten und Händlern in großem Maßstabe angewandten Verfälschungssysteme dargelegt. Milch wird künstlich hergestellt, Mehl wird ebenso künstlich schwerer und „feiner" gemacht. Heutzutage kommt kein Fälscher mehr auf den Gedanken, dem Mehl Talk hinzuzufügen: diesen Stoff kann man nämlich leicht entdecken, wenn man ein Prischen Mehl verbrennt. Jetzt „verbessert" und bleicht man schlechtes Mehl „wissenschaftlich" mit Stickstoffoxyden. In größtem Maßstabe pflegt man Weizenmehl mit gewissen Abfällen, die man beim Reisschälen erzielt, zu vermischen. Naive Leute sind der Ansicht, daß wir unsern Honig den Bienen zu verdanken haben. Gar nicht daran zu denken! Man kennt jetzt einen „Phantasiehonig", der aus Gummi, Glykose und gelöstem Zucker fabriziert wird. Und was ist Schokolade? Sie sollte eigentlich eine Mischung von Kakao und Zucker sein. Der moderne Kakao ist aber ein Gemisch von Stärkemehl und Mandeln, und der Hauptbestandteil des Zuckers ist Glykose. Eine gute Schokolade sollte 32 Teile Kakao und 68 Teile Zucker enthalten. Kakao ist aber recht teuer: sieben- oder achtmal teurer als Zucker. Da man nun nicht immer das Gesetz umgehen kann, hat man in Frankreich einen sogenannten Kakaozucker in den Handel gebracht. In dieser merkwürdigen Komposition dient der Kakao nur als Deckblatt für mehr oder minder echte Zuckerstücke. Das Publikum läßt sich täuschen und kauft. Hauptsache ist und bleibt die Illusion.

Notizen.

— Wilhelm Kienzl, der Komponist des „Evangelimann" und des „Kuhreigen", der nächstens in der Kurfürstenoper seine Erstaufführung haben wird, hält am 9. September, abends 8 Uhr, im Bürgersaal des Berliner Rathauses einen Vortrag über das Thema „Der Künstler und die Welt".

— Für die Weingartnerkonzerte in Fürstenwalde sind vier Sinfonien Beethovens mit dem Blüthner-Orchester in Aussicht genommen und als Aufführungstage der 15. Oktober, 5. und 25. November und 10. Dezember bestimmt. Proletarier freilich können sich die Konzerte nicht leisten, denn sie kosten 20 bis 50 M. im Abonnement.

— Als Kandidaten für den literarischen Nobelpreis bringen sich jetzt allerhand obskure Tintenfische in Vorschlag. Wie schade, daß Karl May schon in die ewigen Jagdgründe gewandert ist! Aber noch leben ja die Herren Alfred Holzbock, Otto Borngräber, Rudolf Lencer u. Co.?

— Ein Wagnerverein in Amerika ist das neueste. Er hat sich die Aufgabe gestellt, in allen großen Städten der Union Musikfeste zu veranstalten, die im Zeichen der Wagnerschen Kunst stehen und zugleich für regelmäßige Veranstaltung würdiger Instrumental- und Vokalkonzerte, die aus Werken des Bayreuther Meisters bestritten werden sollen, zu sorgen. Stiefelwichserdienste für seine Erben, wie sie unsere deutschen Wagnervereine seit Jahrzehnten getan haben, wird der amerikanische Namensbruder keinesfalls übernehmen.

Aus der Partei.

Eine syndikalistische Kriegserklärung.

Paris, 20. August. (Eig. Ber.)

Die Optimisten, die auf eine baldige Ueberwindung der Gegensätze innerhalb der französischen Arbeiterbewegung gehofft und ihre Erwartungen auf die ja in der Arbeiterschaft selbst unleugbar vorhandene Ueberdrüssigkeit an dem nicht endenden und oft so kleinlichen Gezänke gegründet haben, werden wohl noch eine geraume Zeit auf die Erfüllung warten müssen. Es zeigt sich, daß das oft bis zur Selbstverleugnung getriebene Entgegenkommen vieler leitenden Parteigenossen den Haß, den die bekanntesten Führer der Arbeitskonföderation gegen die sozialistische Partei hegen, nicht zu besänftigen vermag, und daß diese um so heftiger die demagogische, gegen den Sozialismus gerichtete Seite des Syndikalismus hervorzuheben bestrebt sind, je stärker die Stimmung in den Massen wird, die zu einer einheitlichen Aktion des Proletariats in allen Formen hintreibt. Charakteristisch dafür ist ein von fünf bekannten Syndikalisten, darunter Jouhaux, Griffuelhes, Savoie, in der heutigen „Bataille Syndicaliste" veröffentlichtes Manifest, das unter dem Vorwand, die angeblich bedrohte Autonomie der Konföderation zu verteidigen, einen sachlich durchaus unmotivierten gehässigen Angriff auf die sozialistische Partei ausführt. Den unmittelbaren Anlaß geben die Bemühungen Hervés, die „Abrüstung" in den mit einander streitenden Organisationen und Richtungen der revolutionären Arbeiterschaft zu propagieren. Die „Guerre Sociale" wird gerade in jenen Schichten des Pariser Proletariats, die die Kerntruppe des revolutionären Syndikalismus stellen und lange auch für die gegen die politische Partei gerichtete Demagogie besonders empfänglich waren, gerne gelesen und Hervé ist dort besonders populär. Daher erklärt sich, warum die Attacke besonders gegen ihn gerichtet ist. Die Kritik des Hervéismus, die in dem übrigens recht konfusen Artikel einen hervorragenden Platz einnimmt, ist besonders dort ungerecht, wo sie richtige Elemente enthält. Wenn die Verfasser den phrasenhaften „Antipatriotismus" — der übrigens von Hervé selbst ausdrücklich preisgegeben worden ist — bezichtigen, sich an die Stelle des wahren proletarischen Antimilitarismus drängen zu wollen, so ist dem gegenüber festzustellen, daß just der „Antipatriotismus" in der syndikalistischen Bewegung nicht nur ein Lieblingsschlagwort war, sondern auch auf Gewerkschaftskongressen den Ton angegeben hat, vor allem in Marseille vor vier Jahren. Ehedem hätten die Syndikalisten gern der sozialistischen Partei Hervé und den „Antipatriotismus" als Prügel zwischen die Beine geworfen. Heute wollen sie nicht nur Hervé auf die von ihm überwundene Formel festnageln, sondern womöglich gleich die sozialistische Partei mit dem Hervéismus identifizieren, genau wie es die Bourgeoispolitiker tun. Seit 20 Jahren, heißt es in dem Manifest, seien die Treibereien der Politiker am Werk. Nach 12 Jahren einer von einer sozialistischen Fraktion unterstützten korrumpierenden Regierung, sei vor sechs Jahren eine, jeder Idee bare Hetzerei unter dem Deckmantel des Antipatriotismus gekommen — ein Bastardprodukt übertriebener Reklame. Zugleich seien die Bestrebungen sozialistischer „Politikaster", sich der Gewerkschaftsbewegung zu bemächtigen, wieder in Gang gekommen. Die sozialistische Partei habe, „von kompromittierenden Freunden unterstützt," unter gemütlichen Formen die Wachsamkeit und Gutgläubigkeit der Gewerkschaften zu übertrumpfen versucht. An die Stelle der organisierten Aktion der Gewerkschaften wolle man den persönlichen Akt in theatralischer Pose oder in gewaltigem, oft rohen Ausdruck setzen. Aus dem „Browning" und der „Mamzelle Eisaille" (Fräulein Schere, das Hervésche Symbol für die Sabotage der Telegraphen- und Eisenbahnsabotage) habe man eine Fahne gemacht, während sie doch nur Mittel für den äußersten Notfall seien. . . Gegen die Exzesse dieser Propaganda ohne Stützpunkt müsse eingeschritten werden.

Daß dieser wilde Angriff nach dem Geschmack der Mehrzahl der organisierten Arbeiter sei, darf füglich bezweifelt werden. In vielen Gewerkschaften, wo man ehedem auf die Formeln des antiparlamentarischen Syndikalismus schwur, wollen diese nicht mehr recht verfangen. Charakteristisch ist der überraschend breite Platz, den die Gewerkschaftsgruppen in der Sammelliste für den Ausbau der „Humanité" einnehmen. Indes kommen bekanntlich die wirklichen Stärkeverhältnisse in der Konföderation und auf ihren Kongressen nicht zum Ausdruck. Jedenfalls aber wird das Manifest, das just als Fanfare vor dem Gewerkschaftskongreß in Hâvre losgelassen worden ist, nicht dazu beitragen, die ohnehin auf den Konföderationskongressen so schwierige Diskussionsführung zu erleichtern.

Aus den Organisationen.

Der soeben erschienene Jahresbericht der sozialdemokratischen Partei des Herzogtums Braunschweig für 1911 teilt mit, daß die Organisation 11 807 Mitglieder, darunter 1806 weibliche, habe, gegen das Vorjahr eine Zunahme von 1663. Im Berichtsjahre fanden 895 Versammlungen und 220 Besprechungen statt. Flugblätter wurden in 478 750, der „Volksfreund-Kalender" in 40 000, die Monatsschrift „Empor" monatlich in 4800 Exemplaren verbreitet. Weiter wurde die achtseitige Flugschrift „So sind sie! Wer? Die Sozialdemokraten!" in 82 000 Exemplaren verteilt. In den Gemeindekörperschaften zählt die Partei 30 Stadtverordnete und 83 Gemeinderatsmitglieder gegen 28 und 88 im Vorjahre. Der Bildungsverein jugendlicher Arbeiter und Arbeiterinnen zählt etwa 650 Mitglieder in der Stadt Braunschweig. Weiter besteht eine Jugendbewegung in Wolfenbüttel und in 6 Orten sind gute Anfänge vorhanden.

Der „Volksfreund" zählt 15 090 zahlende Abonnenten gegen 13 085 im Vorjahre. Die Landesparteikasse hatte einschließlich eines aus dem Vorjahre übernommenen Bestandes von 3055,92 M. eine Einnahme von 26 674,18 M. und eine Ausgabe von 24 065,87 M. An die Hauptkasse in Berlin wurden abgeführt 6780,60 M. Infolge der rührigen Agitation vermehrten sich unsere Reichstagswahlstimmen von 37 203 im Jahre 1907 auf 48 245, während die bürgerlichen Stimmen von 55 537 auf 45 809 zurückgingen.

* * *

Im Wahlkreise Mühlhausen-Langensalza machte die Partei im verflossenen Jahre wieder erhebliche Fortschritte. Die Zahl der Organisierten ist von 1100 auf 1400 gestiegen. Es bestehen im Kreise sieben Ortsvereine. Die Wahlstimmen konnten bei der Reichstagswahl von 6000 auf 8800 erhöht werden. Es gelang aber nicht, das Mandat zu erobern, da die Liberalen trotz Stichwahlabkommens versagten. Auch das „Mühlhauser Volksblatt" hat sich gut entwickelt. In einer Resolution zum Parteitag wird der Zehnpfennig-Wochenbeitrag gutgeheißen, statt des Parteiausschusses aber Erhöhung der Beisitzerzahl im Parteivorstand verlangt. Die Reichstagsfraktion soll wie bisher auf dem Parteitage vertreten sein.

Aus Industrie und Handel.

Gründung einer Gewerkschaftsbank — in England.

In Nr. 189 vom 15. d. M. brachten wir eine Notiz „Gründung einer Gewerkschaftsbank", bei der leider die Angabe des Ursprungslandes (England) fortgeblieben ist, so daß die Mitteilung fälschlicherweise von mehreren Blättern auf deutsche Verhältnisse bezogen worden ist.

Aus London wird uns dazu geschrieben: Der Jahresbericht des Parlamentarischen Komitees des Trade-Union-Kongresses, der am 2. September zusammentritt, wird dem Kongreß die baldige Einrichtung einer Gewerkschaftsbank empfehlen. Der Abgeordnete Bowerman, Sekretär des Parlamentarischen Komitees, erklärt, daß das Komitee sich schon eingehend mit der Frage befaßt hat und von der Nützlichkeit und Durchführbarkeit des Planes überzeugt ist. Wenn die Großeinkaufsgenossenschaft eine eigene Bank haben kann, dann werden, sagte Bowerman, wohl auch die Gewerkschaften dazu imstande sein. Bei fast allen großen Streiks der letzten Jahre hatten die Gewerkschaften unter ihrer Abhängigkeit von den kapitalistischen Banken zu leiden. Es wurden ihnen immer Schwierigkeiten gemacht, wenn sie ihre deponierten Anlagepapiere für Streikgelder flüssig machen wollten, und sie stießen erst recht auf Schwierigkeiten und Hindernisse, wenn sie zu solchem Zwecke Anleihen machen wollten. Die Gewerkschaftsbank würde unter Innehaltung solider Geschäftsregeln in erster Linie die Interessen der Gewerkschaften pflegen.

Gerichts-Zeitung.

Schwindeleien in allen möglichen Arten

wurden dem Buchhändler Walter Honig zur Last gelegt, der gestern aus der Untersuchungshaft der 7. Ferienstrafkammer des Landgerichts I vorgeführt wurde. — Der aus einer vermögenden Familie stammende Angeklagte eröffnete im Jahre 1908 mit einem größeren Kapital, das ihm seine Mutter zur Verfügung gestellt hatte, in Dresden eine Buchhandlung. Dieses Unternehmen reüssierte nicht, trotzdem er wiederholt größere Unterstützungen erhielt. Es kam schließlich soweit, daß H., nachdem er verschiedene geschäftliche Fehlschläge erlitten hatte, den Offenbarungseid leisten mußte, bei dem er als eigenes „Vermögen" die Summe von 1,50 M. angab. Wie die Anklage behauptet, soll er nun zu allen möglichen Schwindeleien Zuflucht genommen haben. Die Sache fing damit an, daß er durch Kreditschwindeleien mehrere Geschäftsleute in Dresden um zum Teil recht erhebliche Beträge schädigte. Als ihm schließlich niemand mehr etwas borgen wollte, nahm er zu einem neuen Mittel sich Geld zu verschaffen, Zuflucht, das die Anklage ebenfalls als Betrug auslegt. Er erließ Inserate, in denen er sich zur Beschaffung von „Nebenverdiensten bis zu 10 M. täglich" anbot. Den sich meldenden Personen nahm er erst 5 M. ab und händigte ihnen dann geringwertiges Material zum Uebermalen von Photographien aus mit der Versicherung, daß er ihnen später lohnenden Verdienst beschaffen würde. Als auch dieses Mittel nicht „zog", nahm er, wie behauptet wird, zum Adoptionsschwindel seine Zuflucht. Er erließ im „Pirnaer Anzeiger" und in einer Chemnitzer Zeitung Inserate, in denen er sein eigenes vierjähriges Kind bei Zahlung einer Abfindungssumme von 3—5000 M. zur Adoption ausbot. Den sich meldenden Personen teilte er mit, daß er es auf ärztlichen Rat wegen eines nervösen Kopfleidens seiner Frau bei anständigen Leuten unterbringen und dafür 3000 M. zahlen wolle. Am Schlusse dieses mit Klagen über sein Unglück erfüllten Briefes kam dann der übliche Passus, daß er sich natürlich erst über die Vertrauenswürdigkeit derjenigen Leute, denen er sein Kind anvertraue, informieren müsse und deshalb bitte, die Gebühren für die einzuholende Auskunft in Höhe von 6 M. ihm einzusenden. Als ihm schließlich in Dresden der Boden zu heiß wurde, kam er nach Berlin, mietete sich hier in der Bachstraße eine Wohnung und betrieb seine Schwindeleien weiter. Wie die Ermittelungen ergeben haben, ist dem Angeklagten dieser Schwindel in zirka 180 Fällen gelungen; im Monat Oktober nahm er auf diese Weise allein 1200 M. ein. Das Gericht kam nach mehrstündiger Verhandlung zu einer Freisprechung des Angeklagten in mehreren Anklagepunkten, verurteilte ihn aber im übrigen zu 1 Jahr Gefängnis unter Anrechnung von 3 Monaten Untersuchungshaft.

Ist der Abschnitt einer Paketadresse eine Urkunde und darf der Absender einen fremden Namen darauf setzen?

Mit dieser Frage hatte sich das Reichsgericht zu beschäftigen in der Strafsache gegen den Bernsteinfabrikanten Adolf M., der vom Landgericht Danzig am 12. März d. J. wegen Betrugs und Urkundenfälschung zu drei Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Der Angeklagte bezog Bernstein von den königl. Bernsteinwerken. Laut Vertrag erhielt er den Roh- und Preßbernstein nur zur eigenen Bearbeitung und durfte ihn im Rohzustand nicht weiterverkaufen. Zur Sicherheit behielten sich die Bernsteinwerke an dem gelieferten Bernstein bis zu dessen Verarbeitung das Eigentumsrecht vor. Trotz dieser vertraglichen Bestimmung hatte aber der Angeklagte lange Zeit hindurch, bis Anfang November d. J., Rohbernstein an eine Firma in Wien mit einem Gewinn von 100 Proz. weiterverkauft. Um dies zu verheimlichen, hatte er auf die Paketadresse nicht seinen wirklichen Namen, sondern den Namen „Spitzen" gesetzt. In dem Tun des Angeklagten hat das Gericht einmal einen Betrug und zum andern eine Urkundenfälschung erblickt.

Gegen das Urteil hatte der Angeklagte Revision eingelegt mit der Begründung, daß deshalb zu Unrecht ein Betrug angenommen worden sei, weil keine Vermögensbeschädigung und keine Verschaffung eines rechtswidrigen Vermögensvorteils vorliege. Ebenso sei er zu Unrecht wegen Urkundenfälschung verurteilt worden, denn der Abschnitt einer Postpaketadresse stelle keine Urkunde im Sinne des § 267 des Strafgesetzbuches dar, da ihm keine Rechts- und Beweiserheblichkeit innewohne. Es könne dem Empfänger, wie der Post doch ganz gleichgültig sein, wer das Paket abgesandt hat. Deshalb sei man berechtigt, entweder jeden Absendervermerk auf dem Abschnitt zu unterlassen oder einen beliebigen Namen darauf zu setzen.

Demgegenüber machte der Reichsanwalt ungefähr folgende Ausführungen: In dem Betrugsfalle hat der Vorderrichter mit Recht die Vermögensbeschädigung in dem den Bernsteinwerken entgangenen Gewinn gesehen. Denn der Angeklagte hatte den Werken die Möglichkeit genommen, in dem Falle selbst an die ausländische Firma zu liefern, und zwar zu einem höheren Preise, als im Inlande. Was die Frage betrifft, ob der Abschnitt einer Paketadresse als Urkunde anzusehen ist, so ist dies allerdings in früherer Rechtsprechung des Reichsgerichts verneint und dahin entschieden worden, daß die falsche Einsetzung eines Absenders auf dem Abschnitt die Tatbestandsmerkmale des § 267 des Strafgesetzbuches nicht erfülle. Die neue Rechtsprechung des Reichsgerichts ist jedoch der Ansicht, daß der Absendervermerk auf Paketadressen genau so wie auf Postanweisungen und Briefen rechtserhebliche Beziehungen zwischen Absender und Empfänger sowie zwischen Absender und Post schaffen kann. Denn Empfänger wie Postverwaltung kann aus irgendwelchen Gründen — vielleicht wegen Einholung des Strafportos bei ungenügender Frankierung — Interesse daran haben, den Absender zu ermitteln. Aus diesem Grunde ist der ausgefüllte Abschnitt einer Paketadresse als Urkunde und jede falsche Namensangabe auf demselben als Urkundenfälschung anzusehen. — Auf Grund dieser Ausführungen, denen das Reichsgericht beitrat, lautete das Endurteil auf Verwerfung der Revision.

Aus aller Welt.

Weiße Bestien.

Einer furchtbaren Bluttat ist man in Deutsch-Südwestafrika auf die Spur gekommen. Wie der „National-Zeitung" aus Swakopmund telegraphiert wird, wurden in Windhuk vor drei Monaten zwei weiße Vagabunden wegen Mordes zum Tode verurteilt, ein aus Haslach in Baden gebürtiger Falk und ein gewisser Sommer aus Bernau in der Mark stammend. Die beiden Burschen hatten viele Wochen lang in den Eros-Bergen, unweit Windhuk ein Räuberleben geführt, hausten in einer der Höhlen des Gebirges und verübten nachts in der nahen Schutzgebietshauptstadt Einbruchsdiebstähle. Ende März dieses Jahres wollten sie ihren Hauptschlag ausführen. Sie überfielen unweit Windhuk eine Polizeipatrouille, die einen amtlichen Geldtransport ausführte, wobei ein Reiter erschossen wurde, während der andere mit dem Gelde entkam. Die Täter wurden dingfest gemacht und letzthin zum Tode verurteilt.

Im Gefängnis hat nun Sommer ein Geständnis abgelegt, wonach er mit Falk zusammen Ende Februar d. J. zwei weibliche Eingeborene von der katholischen Missionsstation Dobra ermordet hat. Eine fünfzigjährige, außergewöhnlich fleißige und sich gut führende Hererofrau war mit ihrer neuneinhalbjährigen, in der Mission erzogenen Enkelin auf dem Wege von Windhuk nach Döbra begriffen, als sie von den beiden Verbrechern gefesselt und nach ihrer Höhle geschleppt wurden. Unterwegs schnitt Sommer der Alten den Hals durch; das Kind wurde von den beiden Strolchen einige Tage lang mißbraucht und dann gleichfalls ermordet.

Nachdem die beiden Mörder ihr Geständnis abgelegt hatten, wurde in den Erosbergen auf Grund der Ortsangaben nach den Resten der Opfer geforscht. Man fand die Leichen bis auf die Knochen von wilden Tieren zerstört.

Neue Erdstöße in der Türkei.

In dem in der letzten Zeit verschiedentlich durch Erdbeben schwer heimgesuchten Gebiet am Marmarameer wird die Bevölkerung andauernd durch mehr oder weniger heftige Erdstöße in Aufregung gehalten. Gestern sind, wie ein Telegramm aus Konstantinopel meldet, in dem Erdbebengebiet mehrere schwere Erdstöße erfolgt, durch die die früher verschont gebliebenen Häuser dem Einsturz nahe gebracht worden sind.

Königsmörderische Zugluft.

Könige von Gottesgnaden sind manchmal recht empfindsame Lebewesen. So schreibt der Pariser „Rappel" in seiner letzten Nummer: Es dürfte nur wenigen bekannt sein, daß sich unter den Beamten am englischen Hofe ein Mann befindet, der einzig und allein die Aufgabe hat, den König vor Zugluft zu schützen und ihn so vor einer Erkältung zu bewahren. Dieser Posten ist von dem König auf Anraten seiner Aerzte geschaffen worden, weil er sich gewöhnlich bei allen Zeremonien eine Erkältung zuzieht. Unter seinen Kollegen hat dieser Beamte deshalb den Spitznamen: der „Jäger auf Zugluft". Jedesmal, wenn der König den Palast durchschreitet, geht der „Jäger auf Zugluft" vor ihm her, überzeugt sich davon, daß alle Fenster und Türen geschlossen sind, und erst dann darf sein königlicher Herr die Gemächer betreten.

Ob der „Jäger auf Zugluft" der einzige seiner Art ist? Sollte das der Fall sein, dürfte es sich empfehlen, diesen Posten auch an anderen Höfen einzuführen, denn sonst könnte leicht bei redegewandten Berufskollegen des Engländers durch Erkältung eine unliebsame Störung im Redenhalten eintreten.

Sträfliches Spiel mit Menschenleben.

Wie der „Avanti" erfährt, ist bei den Kavallerieübungen in Gallarate unlängst ein Soldat verunglückt, weil man ihn, wie die ganze Eskadron, zu einem gefährlichen Reiterkunststück gezwungen hatte. Die Soldaten mußten schießen, während sie auf dem Rücken des Pferdes standen. Dabei fiel der Soldat Colombini, da das Pferd nicht ruhig blieb, zu Boden und stieß sich den Flintenlauf ins Auge. Das Auge mußte herausgenommen werden und der Zustand des Soldaten ist nicht unbedenklich. Kein Exerzierreglement sieht derartige verrückte Uebungen, die den Soldaten der Ruhe seines Pferdes ausliefern, vor. Warum duldet man diesen Unsinn? Weil der Divisionskommandant, der Graf von Turin, der Vetter des Königs ist! Und der hohe Herr findet an solchem Sport Gefallen.

Kleine Notizen.

Der schwarze Tod. Auf Zeche Friedrich der Große bei Essen wurden drei Bergleute verschüttet. Einer ist tot, einer wurde schwer, der dritte leichter verletzt.

Autounfall. Bei Reichertshofen in Bayern fuhr am Mittwoch ein Automobil, in dem sich die Gattin und zwei Töchter des amerikanischen Botschafters in Berlin Leishman mit ihrer Kammerfrau befanden, als es einem Fuhrwerk auswich, gegen einen Baum und stürzte in den Straßengraben. Die Insassen wurden herausgeschleudert. Eine der Töchter des Botschafters erlitt Quetschungen, die andere eine leichte Gehirnerschütterung, die übrigen Insassen blieben unverletzt.

Giftige Pilze. In der ungarischen Ortschaft Vagdebrod sind fünfzehn Familien nach dem Genuß von Pilzen unter Vergiftungserscheinungen erkrankt. Fünf Personen sind bereits gestorben.

Die Moral der „besten Gesellschaft". Großes Aufsehen erregt in Budapest die Verhaftung der bekannten Weinstubenbesitzerin Frau Vucetich, die wegen Kuppelei und Mädchenhandel verhaftet wurde. Die Weinstube wurde von Angehörigen der besten Budapester Gesellschaft besucht.

Arbeiter-Wanderverein „Berlin". Wanderfahrt am Sonntag, den 25. August: Nach Seegefeld, Finkenkrug, Brieselang, Nauener Stadtforst, Nauen. Abfahrt 6,30 Lehrter Bahnhof. Gäste willkommen.

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 21. 8. cm	seit 20. 8. cm¹)	Wasserstand	am 21. 8. cm	seit 20. 8. cm¹)
Memel, Tilsit	113	+1	Saale, Grochlitz	60	−8
Pregel, Insterburg	69	−16	Havel, Spandau²)	17	−1
Weichsel, Thorn	92	−10	„ Rathenow²)	−2	+4
Oder, Ratibor	112	−6	Spree, Spremberg²)	68	−2
„ Krossen	115	−3	„ Beeskow	80	0
„ Frankfurt	121	−5	Weser, Münden	102	0
Warthe, Schrimm	−12	−2	„ Minden	170	0
„ Landsberg	−26	−1	Rhein, Maximiliansau	552	−10
Netze, Nordamm	−14	−1	„ Kaub	337	−20
Elbe, Leitmeritz	5	−17	„ Köln	322	−21
„ Dresden	−107	−4	Neckar, Heilbronn	110	0
„ Barby	157	−11	Main, Hanau	123	−1
„ Magdeburg	127	−7	Mosel, Trier	58	0

¹) + bedeutet Wuchs, — Fall. — ²) Unterpegel.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Hof I. Amt Norden, Nr. 1239. — Verwaltungsstelle Berlin Chariteſtraße 3. — Hauptbureau: Hof III. Amt Norden, Nr. 1987.

Sonntag, den 25. August 1912, vormittags 10 Uhr:

Versammlung

:: aller in Buchdruckmaschinenfabriken :: beschäftigten Arbeiter

in den Musiker-Festsälen, Kaiser-Wilhelm-Straße 18m.

Tagesordnung:

1. **Bericht über die Antwort der Arbeitgeber und unsere weitere Stellungnahme.** 2. Diskussion.

Kollegen! In dieser Versammlung wird die Antwort der Arbeitgeber auf unser letztes Angebot mitgeteilt. Es ist deshalb notwendig, daß Sie alle in dieser Versammlung anwesend sind, damit ein jeder von Ihnen auch an der Entscheidung, wie sich die Arbeiterschaft gegenüber den Fabrikanten zu verhalten hat, teilnehmen kann. Es handelt sich um Ihre Interessen, sei daher jeder von Ihnen auf dem Posten.

Sonntag, den 25. August 1912, vormittags 10 Uhr:

Versammlung

der Emaillierer Berlins und Umgegend

im **Gewerkschaftshaus**, Engelufer 15, Saal 1.

Tagesordnung:

1. **Vortrag** des Kollegen **Max Behrend** über: **„Die Bedeutung der Tarife“.** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Zahlreicher Besuch sämtlicher Kollegen und Kolleginnen zu dieser Versammlung wird erwartet. **Auch unorganisierte Kollegen haben Zutritt.**

123/3 **Die Ortsverwaltung.**

Allen Verwandten und Bekannten zur Nachricht, daß mein lieber Mann u. Vater, der Vergolder

Franz Tillmann

nach schwerer Krankheit verstorben ist. — Um stille Teilnahme bitten

Sophie Tillmann und Sohn.

Die Beerdigung findet Sonnabend, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des St. Michael-Kirchhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.

Danksagung.

Für die reichen Kranzspenden und die vielen Beweise der Freundschaft und Liebe beim Begräbnis meines unvergeßlichen, lieben Mannes sage ich allen Verwandten, Freunden, Nachbarn, der Firma Wolter, dem Verband der Handlungsgehilfen und dem 4. Berliner Wahlkreis meinen herzlichsten Dank. 2929b

Witwe Kostmann und Sohn.

Kinderschutz-Kommission!

Freitag, 23. August, abends 8½ Uhr, in den Andreas-Festsälen, Andreasstr. 21

Versammlung.

Tagesordnung: 1. Bericht von der Tätigkeit der Kinderschutz-Kommission. Berichterstatter: **H. Barenthin.** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Für zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Kontrolleurinnen und Helferinnen ersucht

219/8* **Der Ausschuß.** J. A.: **Martha Dommaing.**

Danksagung.

Für die reichen Kranzspenden und rege Beteiligung bei der Beerdigung meines lieben Mannes und unseres guten Vaters sagen wir allen Verwandten, Bekannten, Arbeitskollegen und Genossen des 6. Kreises sowie dem Redner für die trostbringenden Worte und den Sängern unseren herzlichsten Dank. 31a

Agnes Hetterich
nebst Kindern.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Heute, Freitag, abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelufer 14/15, Saal IV (Arbeitslosensaal):

Sitzung der Ortsverwaltung.

Für den Bezirk **Charlottenburg** sind nachfolgende Zahlstellen errichtet worden:

Zahlstelle 89: Wielandstr. 4 bei **Thunack.**
Zahlstelle 90: Potsdamer Str. 44 bei **Metzdorf.**
Zahlstelle 91: Wallstr. 90 bei **Schulze.**

Zahlstelle 88 in **Wilmersdorf** ist von Wilhelmsaue **112** nach **Lauenburger Straße 21** verlegt.

Montag, den 26. August:

Mitglieder-Versammlungen

der Bezirke und Branchen.

Die Versammlungslokale werden am Sonntag bekannt gegeben. 87/19

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratisch. Wahlverein für den 2. Berl. Reichstagswahlkreis.
(Bezirk 114).

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse

Johann Tempelmann

Zossener Str. 3, verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 24. d. Mts., abends 5½ Uhr, von der Halle des Heilig-Kreuz-Kirchhofes in Mariendorf aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

208/12 **Der Vorstand.**

Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands.
Ortsverwaltung Berlin.

Am 20. d. M. verschied nach schwerem Leiden unser Mitglied

Johann Tempelmann

im Alter von 34 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet morgen Sonnabend, den 24. d. M., nachmittags 5½ Uhr, auf dem Kreuz-Kirchhof in Mariendorf statt.

28/7 **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Industriearbeiter

Hermann Schmidt

am Montag, den 19. d. Mts., im Alter von 36 Jahren verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 22. August, nachmittags 4½ Uhr, von der Leichenhalle des Elisabeth-Kirchhofes in der Prinzenallee aus statt.

Um rege Beteiligung wird ersucht.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Industriearbeiter

Joseph Patulski

am Sonnabend, den 17. d. Mts., im Alter von 37 Jahren verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 23. August, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Dankes-Kirchhofes in Reinickendorf-West aus statt.

Ehre ihrem Andenken!

66/8 **Die Bezirksverwaltung.**

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber Bruder, Schwager und Onkel, der Tischler 2M

Wilhelm Pannwitz

am 20. August, abends 9 Uhr, nach schwerem, kurzem Leiden verstorben ist.

Dies zeigen tiefbetrübt an

Die Geschwister:
Karl Pannwitz und Frau.
Hermann Pannwitz und Frau.
Max Pannwitz.
Pauline Pannwitz.
Anna Pannwitz.

Die Beerdigung findet morgen Sonnabend, nachmittags ½2 Uhr, von der Leichenhalle des Georgen-Kirchhofes, Landsberger Allee, aus statt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Drücker

Otto Zwirner

Pücklerstr. 11, am 20. August an Lungenleiden gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 24. August, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes in Neukölln, Hermannstraße, aus statt.

Rege Beteiligung erwartet

123/2 **Die Ortsverwaltung.**

Verband der Steinsetzer, Pflasterer u. Berufsg. Deutschlands
Filiale Berlin.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß unser Mitglied

Nikolaus Schäfer

am 20. d. Mts. verstorben ist.

Die Beerdigung findet am 24. August, nachm. 5½ Uhr, auf dem Friedhof der Sophiengemeinde, Freienwalder Str., statt.

Um rege Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.
Nachruf.

Am 16. August ist unser langjähriges Mitglied

Erich Schnauer

freiwillig aus dem Leben geschieden.

Ehre seinem Andenken!

58/4 **Die Ortsverwaltung.**

Brautleute
die kein Abzahlungsgeschäft aufsuchen wollen,
kaufen Möbel
unter hochkulanten Bedingungen
auf Teilzahlung
und trotz alledem
bei Kassapreisen
im Möbel-Magazin Berlin N.
Otto Piehl
Brunnen-Strasse 120

A. Wertheim G. m. b. H.

Leipziger Str. 126–30 132–37
König-Str. am Bahnhof Alexander-Platz
Rosenthaler Strasse
Oranien-Strasse

Grosser Lebensmittel-Verkauf

Versand-Abteilung: Berlin W. 66, Leipziger Strasse 132-137

Die Firma A. WERTHEIM hat zu ähnlich lautenden Firmen keinerlei Beziehung

Soweit vorhanden: — **Zusendung ausgeschlossen:*

Teigwaren

Globus-Makkaroni fein und stark (gefärbt) . . 1 Pfd.-Paket 32 Pf.
Senta-Makkaroni fein u. stark 1 Pfd.-Paket 42 Pf.
Olympia-Makkaroni fein und stark . . . . 1 Pfd.-Paket 52 Pf.
Olympia-Schnitt-, Band- u. Faden-Nudeln 1 Pfd.-Pak. 52 Pf.
Senta-Schnitt-, Band- und Faden-Nudeln 1 Pfd.-Pak. 42 Pf.
Schnitt- u. Faden-Nudeln (gefärbt) . . . . . Pfd. 26 Pf.
Hörnchen, Figuren und Graupen I . . . . . Pfd. 36 Pf.
Figuren u. Graupen gefärbt Pfund 28 Pf.

Java-Reis . . Pfund 25, 30, 36 Pf.
Rangoon-Reis Pfund 17 u. 20 Pf.
Reisgries . . . . . Pfund 19 Pf.
Hartgries . . . . . Pfund 21 Pf.
Weizengries . . . . . Pfund 19 Pf.

Olympia-Bouillon-Würfel

Dose 10	20	50	100	500 Stück
28,	55 Pf.,	1.35,	2.60,	12.40

Kakao und Schokolade

Deutscher Kakao Pfd. 65, 85 Pf.
Kolonial-Kakao . . . . . Pfd. 1.80
Holländ. Kakao . Pfd. 1.50, 2.00
Vanille-Schokolade 1.20, 1.30
Haushalt-Schokolade 70, 95 Pf.
Block-Schokolade . . . Pfd. 80 Pf.

Engl. Porter und Ale

Double brown stout . 10 Fl. 1.50
Imperial stout . 10 Flaschen 1.90
Pale-Ale . . . . . 10 Flaschen 1.90

Leere Porter- und Aleflaschen werden mit 10 Pf. berechnet u. ebenso zurückgenommen.

Fruchtsäfte

mit Raffinade eingekocht

Himbeersaft . . ¼ Fl. 95 Pf., 1.30
Kirschsaft . . . ¼ Fl. 95 Pf., 1.30
Johannisbeersaft . . . ¼ Fl. 95 Pf.
Erdbeersaft . . . . . ¼ Fl. 1.20
Ananassaft . . . . . ¼ Fl. 1.30
Zitronensaft m. Zucker ¼ Fl. 95 Pf., 1.30
Zitronenmost mit Zucker ¼ Fl. 1.10

Wein incl. Flasche

Borsdorfer Apfelwein ¼ Fl. 32 Pf.
1910 Westhofener . . ¼ Fl. 65 Pf.
1911 Obermoseler . ¼ Fl. 70 Pf.
1911 Wormeldinger ¼ Fl. 82 Pf.
1909 Saint Mathieu rot ¼ Fl. 63 Pf.
1909 Saint Juan rot . ¼ Fl. 70 Pf.

Obstschaumwein

Olympia-Silber . . . . . ¼ Fl. 1.50
Olympia-Gold . . . . . ¼ Fl. 1.80

Braunschw. Schiffsmumme
Konzentriertes Malzextrakt
½ Dose . . . 2.20 ½ Dose . . . 1.10

Ständiger Verkauf:

Gebrannter Kaffee

I	II	III	IV	V	VI	VII
1.40	1.50	1.60	1.70	1.80	2.00	2.20

Spezialmischung bestehend aus ca. 50% gemahlenem Bohnenkaffee und ca. 50% Kaffeezusatz 95 Pf.

Einmache-Raffinade ungeblaut in ganzen Broten Pfd. 26 Pf., geschlag. Pfd. 28 Pf.
Einmache-Essig Korbflasche à 5 u. 10 Ltr. exkl. Flasche Ltr. 24 Pf.
Gemischte Marmelade mit mehr als 25% Capillairsirup gefärbt, Eimer ca. 5 Pfd. 1.25

*Obst und *Gemüse

Lissaboner Weintrauben Pfd. 23 Pf.
Essbirnen Pfund 10, 3 Pfd. 25 Pf.
Kochbirnen . . . . . 2 Pfd. 10 Pf.
Grosse Kochbirnen . 2 Pfd. 20 Pf.
Kochäpfel . . . . . 3 Pfd. 45 Pf.
Einmache-Melonen . . . Pfd. 12 Pf.
Zuckermelonen . . . . . Pfd. 12 Pf.
Einmache-Pflaumen . . Pfd. 15 Pf.
Reineclauden . . . . . Pfd. 12 Pf.
Mais-Kolben . . . . . 3 Stück 20 Pf.
Weiss-, Rot- und Wirsingkohl . . . . . Kopf 3, 5, 8 Pf.

Weintrauben Pfund 15 Pf. **Salander-Birnen** . Pfund 10 Pf.
Pfirsiche . Pfund 18, 25 Pf. **Tomaten** . . . . . Pfund 8 Pf.

*Räucherwaren

Nordsee-Schollen . . . Pfd. 60 Pf.
Ahlbecker Flundern Pfd. 40, 60 Pf.
Schleibücklinge . . 3 Stück 25 Pf.
Bücklinge . . . . . 2 Stück 10 Pf.
Dorsch . . . . . Stück 15 Pf.
Aale Pfd. 1.10, 1.60, Bund 38 Pf.
Matjesheringe Stück 10, 15, 20 Pf.
Sardellen . . . . . Pfd. 75 u. 90 Pf.
Neuer Sauerkohl . . . . . Pfd. 6 Pf.
Saure Gurken . . . . . Stück 5 Pf.

Fleischwaren

Zervelatwurst . . . . . Pfd. 1.40
Salamiwurst . . . . . Pfd. 1.40
Bauernmettwurst . . . . Pfd. 1.15
*Weiche Mettwurst . Pfund 1.15
*Teewurst . . . . . Pfd. 1.25
*Jagdwurst . . . . . Pfd. 1.05
*Rotwurst . . . . . Pfd. 55, 75 Pf.
*Feine Leberwurst . . . Pfd. 1.15
*Landleberwurst . . . . Pfd. 1.00
Mausschinken ca. 2½–3 Pfd. schwer . . Pfd. 1.35
Landschinken im Ganzen Pfd. 1.35
Schinkenspeck in Stücken von 1½–4 Pfd. Pfd. 1.30
Delikatess-Sülze . . . . Dose 55 Pf.
Delikatess-Würstchen Dos. 6 Paar 12 Paar 90 Pf., 1.75

*Geflügel

Gänse-Rümpfe Stück 3.50 b. 4.50
Suppenhühner . . . 1.65 bis 2.75
Junge Hühner . . 45 Pf. bis 2.25
Junge Enten . . . . 1.95 bis 3.50

*Frisches Fleisch u. *Fische

Roastbeef . . Pfd. 1.10, ohne Knoch. 1.40
Schmorfleisch . . . . . Pfd. 95 Pf.
Pökelzunge . . . . . Pfd. 1.25
Kamm- und Querrippe . . Pfd. 80 Pf.
Schweinekamm u. Schuft Pfd. 90 Pf.
Schweinekoteletts . . . . . Pfd. 95 Pf.
Kalbskeule u. Rücken Pfd. 85, geteilt 90 Pf.
Kalbskamm und Bug . . . Pfd. 80 Pf.
Kalbsbrust Pfd. 80 Pf., -Koteletts 1.30
Hammelkeule u. Rücken im Ganzen . . Pfd. 85 Pf.
Dicke Rippe . . . . . Pfd. 85 Pf.
Frische Rost-Bratwurst Thüringer Art . Pfd. 1.10

Hirsch- und Wildschwein
Keule Pfund 1.10, Rücken 1.00, Blatt 75, Ragout 30 Pf.

Rehblätter	Rehkeulen	Rehrücken
1.70 bis 2.50	5.50 bis 8.50	7.00 bis 10.00

Kasseler Rippespeer . . . Pfd. 85 Pf. bis 1.00

Kabeljau in ganzen Fisch. Pfd. 12 Pf. ohn. Kopf Pfd. 15 Pf.
Seelachs . . . . . Pfund 10 Pf.
Grosse Schollen . . . . . Pfund 35 Pf.
Brat-Schollen . . . . . Pfund 15, 25 Pf.
Frischer Zander . . . . . Pfund 68 Pf.
Lachs in ganzen Fischen . . . . . Pfund 40 Pf.
Lebende Aale Pfund 58, 78, 95, Pf. 1.25
Lebende Spiegelkarpfen Pfund 95 Pf.

Grüne Heringe Mandel 30 Pf.

*Butter u. Käse

Kochbutter . . . . . Pfund 1.18
Tafelbutter . . . . . Pfund 1.28
Tafelbutter Pfund 1.38 ½ Pfd.-Stück 70 Pf.
Pflaumenmus . . . . . Pfund 33 Pf.
Marmelade leicht gefärbt, Pfd. 33 Pf.
Bratenschmalz . . . . Pfund 68 Pf.
Emmenthaler Käse . . Pfd. 1.10
Schweizer Käse . . . . Pfund 92 Pf.
Tilsiter Käse . . . . . Pfund 68 Pf.
Brie-Käse . . . . . Pfund 65 Pf.
Allgäuer Rahmkäse Pfund 68 Pf.
Limburger Käse . . . Pfund 55 Pf.
Romatour-Käse . . . . Stück 30 Pf.
Kuh- und Landkäse 2 Stck. 35 Pf.
Yoghurt-Käse . . . . . Stück 15 Pf.
Speise-Quark . . . . . Stück 10 Pf.

Rebhühner 50, 75 Pf., 1.20, 1.45 | **Junge Gänse Pfd. 60, 75, 85 Pf.**

35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! 35
Sie sparen Geld! Wenn Sie **Möbel** direkt in der Möbelfabrik
H. Walter Inh.: **Willi Maaß,** Brunnenstr. 35 kein Laden Tel.: A. III, 5157
kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — eigene Tischlerei und Polsterei. — Auf Wunsch Teilzahlung.
35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35
Kein Laden — Kein Kaufzwang!

Idealbrikett der Zukunft
Michel
7" Riesenformat, frei Gelass jeder Etage, M. 8,25 pro 1000, ersten Senftenberger Marken voll gleichwertig.
Michel-Vertrieb
Neukölln, Bergstraße 110. Telephon 1510.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz
10–2. 5–7. Sonntags 10–12. 2–4

Hört! Hört!
Regenschirme! Staunend billig!!!
Kein Laden, Fabrikniederlage.
A. Möhle, Alexandrinenstraße 121, 1. Etage rechts.

Vertretung für Groß-Berlin: 200/12*
Max Hirsch, Neukölln, Kaiser-Friedrich-Str. 216. Tel. Neukölln 9280.

Wo? ist der schönste Ausflugsort? Immer noch **Pichelswerder,** an der neuen Heerstraße beim **Alten Freund.**

Möbel kauft man reell u. am besten beim **Tischlermeister.** Größte Auswahl in allen Holz- und Stilarten.
Gustav Rentel, Tischlermeister, Landsberger Str. 6, am Landsberger Tor

Die Konfiskation ist aufgehoben!
VON UNTEN AUF
Ein neues Buch der Freiheit
Gesammelt und gestaltet von Dr. Franz Diederich
Mit 26 künstlerisch bedeutenden sozialen revolutionären Bildern und Bildwerken
Preis: In 1 Leinenband 5 Mark
:: In 2 Leinenbänden 6 Mark ::
Band 1 und 2 können auch einzeln zum Preise von je 3 M. bezogen werden.
Das Werk ist von der Arbeiterpresse überaus lobend besprochen worden und sollte daher in keiner Arbeiterfamilie fehlen.
Buchhandlung Vorwärts Lindenstraße 69 (Laden).

Verantwortlicher Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Anträge zum Parteitag in Chemnitz

am 15. September.

Tagesordnung des Parteitages.

1. Steglitz: Auf die Tagesordnung des Chemnitzer Parteitages ist die bürgerliche Jugendpflege in Deutschland als besonderer Punkt zu setzen.

2. Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg: Als 7. Punkt der Tagesordnung zu setzen: a) Steuerfragen. b) Die Steigerung der Lebensmittelpreise.

Agitation.

3. Genosse Giebel-Berlin, Sozialdem. Verein Essen, Königsberg i. Pr., Duisburg, drei Genossen in Arnstadt, sechs Genossen in Breslau, Köln: Der Parteivorstand wird ersucht, in erhöhtem Maße Material für die Agitation unter den Privatangestellten (Handlungsgehilfen, Technikern, Bureauangestellten) den Parteifunktionären zur Verfügung zu stellen.

4. Frankfurt a. M.: Der Parteivorstand wird beauftragt, die sozialdemokratische Agitation unter den Kreisen der kaufmännischen und technischen Angestellten nach Möglichkeit zu fördern. Bei dieser Agitation ist insbesondere der von der Demokratischen Vereinigung und dem Bund der technisch-industriellen Beamten propagierte Gedanke abzuwehren, daß die Handlungsgehilfen, Techniker usw. eine besondere Angestelltenbewegung neben der der Arbeiterbewegung bilden sollen; die Angestellten können ihrer ganzen wirtschaftlichen Lage nach nur ein Teil der allgemeinen Arbeiterbewegung sein.

5. Hamburg III, Distrikt Hamm: In Anbetracht dessen, daß die wirtschaftliche Entwickelung die Privatangestellten immer mehr ihre Klassenlage erkennen läßt, ferner daß die verschiedenen politischen Parteien sich bemühen, diese Kategorie von Angestellten für ihre Bestrebungen einzufangen, beauftragt der Parteitag den Parteivorstand, die Agitation unter den Privatangestellten mit besonderer Energie zu fördern. Insbesondere sind auch alle diejenigen Bestrebungen zu bekämpfen, die unter dem Deckmantel der „Demokratie“ und „Fortschrittliche Gesinnung die Privatangestellten von der allgemeinen Arbeiterbewegung fernhalten wollen.

6. Hamburg III, Distrikt Veddel: Mit Rücksicht darauf, daß die politischen Parteien immer mehr Einfluß auf die Angestelltenkreise gewinnen, macht sich eine umfangreiche sozialdemokratische Agitation innerhalb dieser Kreise notwendig, um so mehr eine sozial-fortschrittliche Bewegung versucht, diese Kreise zu organisieren. Dem Parteivorstand wird anheimgegeben, eine rege Agitation zu entfalten.

7. Solingen, Kiel und acht Genossen in Düsseldorf: Der Parteitag möge beschließen: Mit Rücksicht darauf, daß die Demokratische Vereinigung bestrebt ist, auf die technischen Angestellten immer mehr Einfluß zu gewinnen, wird der Parteivorstand beauftragt, die sozialdemokratische Agitation unter diesen Kreisen der Angestellten nach Möglichkeit zu fördern. Bei dieser Agitation ist insbesondere der von der Demokratischen Vereinigung und dem Bund der technisch-industriellen Beamten propagierte Gedanke abzuwehren, daß die Handlungsgehilfen, Techniker usw. eine besondere Angestelltenbewegung neben der Arbeiterbewegung bilden sollen. Die Angestellten können ihrer ganzen wirtschaftlichen Lage nach nur ein Teil der allgemeinen Arbeiterbewegung sein.

8. Sondershausen: Der Parteitag wolle beschließen, den Frauentag in Zukunft im März stattfinden zu lassen.

9. Genosse Kolb in Würzburg: Der Parteivorstand möge in den Wahlkreisen, die eigene Parteisekretäre besitzen, speziell in allen städtischen und industriellen Wahlkreisen oder womöglich in allen Kreisen des Reiches, in denen die sozialdemokratische Stimmenziffer über 25 Proz. aller Wähler beträgt, eine soziale Gliederung der Wählerschaft veranlassen und danach die Agitation einrichten lassen. Siehe diesbezügliche gute Erfolge durch solche Arbeiten bei der Wahl 1912 in einzelnen Wahlkreisen, nenne speziell Berlin V und Magdeburg-Stadt.

10. Hanau: Der Parteivorstand wird beauftragt, sich mit der Generalkommission der Gewerkschaften zu verständigen, um zu Beginn des nächsten Jahres eine allgemeine Bewegung zum Ausbau unserer Arbeiterschutzgesetzgebung anzuregen.

11. Köln: Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, baldigst eine Konferenz der Kreissekretäre einzuberufen, um über einheitliche Richtlinien in der Organisation und Kleinagitation zu beraten. Hierbei ist besonderer Wert zu legen auf eine Einheitlichkeit in der Führung der Geschäfte der Kreisorganisationen.

12. Hamburg I: Der Parteitag beschließt, der Organisation und geistigen, sittlichen und körperlichen Ausbildung der proletarischen Jugend alle nur denkbare Förderung angedeihen zu lassen.

13. Niederbarnim: Mit Rücksicht darauf, daß die Verfolgungen der Arbeiterjugend durch die Polizeiorgane bei Zusammenkünften, Spaziergängen und Ausflügen immer mehr um sich greifen und die Jugendlichen unserer politischen Organisation bis zum 18. Jahre gesetzlich entzogen sind, beauftragt der Parteitag den Parteivorstand, besondere Maßnahmen zu treffen, daß die Jugendlichen in der Zeit vom 18. bis 20. Jahre um so gründlicher aufgeklärt und für unsere Bestrebungen gewonnen werden.

Organisationsstatut.

Der Entwurf der Organisationskommission wird in seiner endgültigen Fassung erst in Chemnitz verteilt.

14. Nürnberg: „Der Mindestbeitrag beträgt für männliche Mitglieder monatlich 40 Pf. oder wöchentlich 10 Pf. und für weibliche Mitglieder monatlich 20 Pf. oder wöchentlich 5 Pf.“, ist zu streichen und die Festsetzung der Beitragshöhe den einzelnen Bezirksverbänden und Landesorganisationen, wie bisher, zu überlassen.

15. Die Ablehnung der Beitragserhöhung wird beantragt von: München, Ludwigshafen, Striegau, Darmstadt, Minden, Altona, Langenbielau, Hof, Bremerhaven und 19. hannoverschen Wahlkreis, Lübeck, Braunschweig, Würzburg-Heidingsfeld.

16. Eine längere Uebergangszeit für die Beitragserhöhung beantragen: Breslau-Land, Ohlau, Liegnitz, Goldberg, Glogau, Neiße, Brieg, Namslau, Rostock bis 1914/1915, Arnstadt, Jena, Minden, Königsberg i. Pr., Oels-Wartenberg, Neustadt (Ob.-Schles.).

17. Leipzig Stadt und Land: In § 5 des Entwurfs die Worte „monatlich 40 Pf. oder“ und die Worte „monatlich 20 Pf. oder“ zu streichen.

18. Braunschweig: Die Monatsbeiträge für arbeitslose Invalide auf 15 Pf. zu ermäßigen.

19. Jüterbog: Ueber jede Beitragserhöhung ist eine Urabstimmung vorzunehmen.

20. Genosse Hägele-Aalen: Der Monatsbeitrag beträgt im Minimum 10 Proz. der ortsüblichen Durchschnittstagelöhne für männliche und weibliche Mitglieder. Bei Beiträgen von 85 Pf. und höher sind Wochenbeiträge einzuführen. Eine Reduzierung der jetzt erhobenen Beiträge findet nicht statt.

21. Düsseldorf: Die Festsetzung der Mitgliederbeiträge ist den Bezirksverbänden und den Landesorganisationen überlassen. Der Mindestbeitrag beträgt für männliche Mitglieder monatlich 40 Pf. oder wöchentlich 10 Pf., und für weibliche Mitglieder monatlich 20 Pf. oder wöchentlich 5 Pf. Mindestens 20 Proz. der Beiträge, die als Mindestleistung festgelegt worden sind, sind an die Zentralkasse abzuführen. Der Vorstand kann den Wahlkreisen mit Zustimmung der Vorstände der Bezirks- oder Landesorganisationen einen über 80 Proz. dieser Einnahme hinausgehenden Betrag zur Eigenverwendung überlassen.

22. Duisburg: Der Parteitag wolle für ganz Deutschland einen Einheitsbeitrag in Höhe von mindestens 40 Pf. pro Monat festlegen. Die Kreisorganisationen sind verpflichtet, von diesem Satz den Pflichtbeitrag an den Parteivorstand zu entrichten.

23. Hartmannsdorf: Die progressive Beitragsleistung einzuführen.

24. Niederbarnim: Im § 5 der Vorlage zum neuen Organisationsstatut, sechste Zeile hinter „5 Pf.“ ist einzufügen: „in Kreisen, wo sehr niedrige Löhne gezahlt werden, sind zunächst Ausnahmen zulässig. Doch dürfen die Beiträge nicht geringer sein, als im bisherigen Organisationsstatut angegeben“.

25. Kassel: Im § 5 des Organisationsstatuts den Sätzen 1 und 2 folgende Fassung zu geben:

§ 5. Die Festsetzung der Mitgliederbeiträge ist den Bezirksverbänden und Landesorganisationen überlassen. Der Mindestbeitrag beträgt für männliche Mitglieder wöchentlich 10 Pf., für weibliche Mitglieder wöchentlich 5 Pf.

26. Groß-Kiel, Hamburg I: Ist für die Festsetzung eines Mindestbeitrages von 40 Pf. monatlich ev. wöchentlich 10 Pf. für männliche Mitglieder, lehnt aber die Erhöhung der Beiträge für weibliche Mitglieder ab, weil dadurch eine einseitige Belastung der verheirateten Mitglieder herbeigeführt wird, denn die Mehrzahl der weiblichen Parteimitglieder sind Frauen und Töchter der verheirateten Genossen.

27. Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg und Bremen: § 6 wie folgt zu ändern: Das Geschäftsjahr für alle Parteiorganisationen läuft vom 1. April bis 31. März.

28. Frankfurt a. M.: § 7. Es können gewählt werden: in Wahlkreisen bis 2000 Mitglieder ein Delegierter, bis 4000 zwei, bis 8000 drei, bis 15 000 vier, bis 25 000 fünf und über 25 000 sechs Delegierte. Der Parteivorstand wird ermächtigt, unbemittelten Kreisen die Kosten der Delegation zu zahlen.

29. Genosse Schmidt-Lübeck: Die Wahlhandlungen für die Delegiertenwahlen zum Parteitag sind vom Parteivorstand festzusetzen und haben an einem bestimmten Tage in ganz Deutschland stattzufinden. Die Delegiertenwahl ist getrennt von jeder anderen Parteiangelegenheit zu behandeln.

30. Leipzig: Die Delegierten der Partei, deren Zahl 400 nicht übersteigen darf. Die Vertretung richtet sich nach der vom Parteivorstand auf Grund der nach § 5 abgeführten Beiträge festgestellten Mitgliederzahl. Der Parteivorstand stellt am Schlusse eines jeden Geschäftsjahres fest, auf wieviel Mitglieder ein Delegierter zu entsenden ist und teilt dies den Bezirksvorständen mit. Die Bezirksvorstände stellen hiernach die Zahl der Delegierten für die einzelnen Wahlkreise fest und teilen dies den Wahlkreisvorständen mit. Die Wahl der Delegierten erfolgt durch die Kreisorganisationen.

31. Halle a. S., Ohlau, Strehlen, Weimar III, Lübeck, Ludwigshafen und München: Die Mitglieder der Reichstagsfraktion haben wie bisher volles Vertretungsrecht auf dem Parteitag.

32. Altenburg, Hamburg II und Braunschweig: Zu § 7 Ziffer 2: Die Reichstagsfraktion ist berechtigt, bis zu ein Sechstel ihrer Mitglieder als Vertretung auf den Parteitag zu entsenden.

33. Leipzig: Die Vertreterzahl der Reichstagsfraktion ist weiter als ein Drittel herabzusetzen.

34. 7. sächsischer Reichstagswahlkreis: Die Reichstagsfraktion ist auf dem Parteitag durch eine Delegation von 5 Mitgliedern vertreten.

35. Köln und Hanau: Zu § 7 Absatz 2 des Statuts: Die gesamte Reichstagsfraktion ist zur Teilnahme am Parteitag berechtigt, doch nur mit beratender Stimme, soweit nicht ihre Mitglieder durch die Organisation delegiert sind.

36. Genosse Guttmann-Berlin VI: Die Mitglieder der Reichstagsfraktion haben — auch wenn sie zugleich Delegierte sind — in allen die parlamentarische und die Mitglieder des Parteivorstandes in allen die geschäftliche Leitung der Partei betreffenden Fragen nur beratende Stimme. Nur beratende Stimme haben auch die vom Parteivorstand hinzugezogenen Vertreter von Parteiinstitutionen.

37. Reuß j. L., Langenbielau, Hamburg II, Oldenburg, Frankfurt a. M., Hof: Der letzte Absatz des § 7 wird wie folgt gefaßt: Die Mitglieder der Reichstagsfraktion haben nur beratende Stimme usw.

38. Königsberg i. Pr.: § 7 Absatz 2: Die Mitglieder des Parteivorstandes und der Kontrollkommission haben in allen die geschäftliche Leitung betreffenden Fragen, die Mitglieder der Reichstagsfraktion, die vom Parteivorstand berufenen Referenten und Vertreter von Parteiinstitutionen in allen Fragen nur beratende Stimme.

39. Bremen: Den zweiten Absatz des § 8 wie folgt zu fassen: „Die Abstimmungen auf dem Parteitag finden nach Organisationen statt, jeder Organisation wird für jedes volle und angefangene Tausend Mitglieder je eine Stimme zuerkannt. Zur Gültigkeit der Beschlüsse ist die absolute Mehrheit der aufgebrachten Stimmen erforderlich.“

40. Stuttgart: Die Abstimmungen auf dem Parteitag finden nach Organisationen statt; jeder Organisation wird für jedes volle und angefangene Tausend Mitglieder je eine Stimme zuerkannt. Zur Gültigkeit der Beschlüsse ist die absolute Mehrheit der aufgebrachten Stimmen erforderlich.

41. Altenburg: Bei Abstimmungen auf dem Parteitage über wichtige Organisations- und Prinzipienfragen sowie bei Wahlen entscheidet die Mitgliederzahl, die ein Delegierter vertritt.

42. Breslau-Land, Ohlau-Strehlen, Liegnitz-Goldberg, Glogau-Neiße, Brieg-Namslau, Oels-Wartenberg, Neustadt i. Oberschl.: Die Delegationskosten zu den Parteitagen trägt die Zentralkasse. Der Parteivorstand ist berechtigt, zur Deckung der Delegationskosten einen Extrabeitrag von 5 Pf. pro Mitglied durch die Bezirksverbände zu erheben.

43. Kassel, Wanzleben und der 18. sächsische Wahlkreis: Dem § 14 des Organisationsstatuts ist folgende Fassung zu geben:

§ 14. Die Zahl der Mitglieder des Parteivorstandes wird vom Parteitag bestimmt. Der Parteivorstand besteht aus zwei Vorsitzenden, einem Kassierer, den Schriftführern, unter denen sich eine Genossin befinden muß, und fünf Beisitzern. Die Mitglieder des Parteivorstandes sind berechtigt, sich gegenseitig zu vertreten.

Die Wahl aller Vorstandsmitglieder erfolgt durch den Parteitag mittels Stimmzettel in einem Wahlgange und nach absoluter Mehrheit. Hat ein Kandidat die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen nicht erhalten, so findet Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten statt, auf die die meisten Stimmen gefallen sind. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

Nach erfolgter Wahl hat der Parteivorstand seine Konstitution vorzunehmen und sie im Zentralorgan der Partei zu veröffentlichen.

44. Königsberg: § 14 Absatz 1 Satz 2: Der Parteivorstand besteht aus zwei Vorsitzenden, einem Kassierer, den Schriftführern, unter denen sich eine Genossin befinden muß, und vier Beisitzern.

§ 14 Absatz 2 Satz 1: Die Wahl des Parteivorstandes erfolgt durch den Parteitag mittels Stimmzettel usw.

§ 14 Absatz 3 fällt fort.

45. Hanau und 8. und 10. Schleswig-Holsteinischer Wahlkreis, Elberfeld-Barmen, Leipzig, 7. sächsischer Wahlkreis, Niederbarnim: Zu § 14 des Statuts: Der Parteivorstand ist durch die Wahl von mindestens fünf weiteren unbesoldeten Beisitzern zu verstärken. Die Wahl sämtlicher Beisitzer erfolgt wie bei den übrigen Vorstandsmitgliedern durch den Parteitag.

46. Nürnberg, Braunschweig und Solingen: Der Parteivorstand ist um 5—7 ehrenamtliche Mitglieder zu vermehren. Die Wahl des gesamten Parteivorstandes ist auf dem Parteitag vorzunehmen.

47. Nordhausen: Den Parteivorstand um mindestens 6 und höchstens neun stimmberechtigte, unbesoldete Beisitzer zu verstärken, die:

a) vom Parteitag aus den verschiedenen Wirtschaftsgebieten Deutschlands zu wählen:
b) zur Beratung politischer Fragen heranzuziehen sind, und zwar mindestens einmal monatlich;
c) mit Dreiviertel-Mehrheit beschließen dürfen, Sitzungen des Parteivorstandes außerhalb Berlins stattfinden zu lassen.

48. Oldenburg: Die Zahl der Parteivorstandsmitglieder eventuell zu erhöhen, aber nicht durch Vertreter der Berliner Genossen oder durch einen unbesoldeten Beirat aus diesen oder den Berlin am nächsten liegenden Wahlkreisen. Die Erledigung und Einteilung der Geschäfte dem Parteivorstand aber selbst zu überlassen.

49. Jena: Der Parteivorstand ist durch einen unbesoldeten, mindestens siebengliedrigen Beirat zu verstärken, dem auch zwei Genossen angehören sollen, die in der Gewerkschaftsbewegung in leitender Stellung sich befinden.

50. Stuttgart: Die Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins Stuttgart spricht sich gegen die Einführung des von der Reorganisationskommission vorgeschlagenen Parteiausschusses aus. Sie hält eine Reorganisation des Parteivorstandes insofern für notwendig, daß die Zahl der besoldeten Sekretäre vermehrt und eine Ressorteinteilung im Sinne des Vorschlages des Genossen Dittmann vorgenommen wird. Gleichzeitig ist die Zahl der unbesoldeten Mitglieder des Parteivorstandes derart zu erhöhen, daß sie die Mehrheit des Parteivorstandes bilden. Die Organisationen, denen die unbesoldeten Mitglieder zu entnehmen sind, bestimmt der Parteitag. Neben dem Parteivorstand bleibt die Kontrollkommission bestehen, deren politische Befugnisse zu erweitern sind. Die Parteiversammlung erachtet es als wünschenswert, daß eine aus Vertretern der Großstädte und der großindustriellen Bezirke bestehende Körperschaft mit nur beratender und informierender Funktion eingesetzt wird, die die Parteileitung in steter Verbindung mit der Stimmung der Massen hält, auf deren Schultern die Durchführung eventueller Massenaktionen ruht.

51. Köln: Die Versammlung ist der Ansicht, daß eine Erweiterung des Parteivorstandes in der Weise notwendig ist, daß eine Ressorteinteilung im Sinne der Dittmannschen Vorschläge eintritt.

52. Bremen: Die Versammlung des sozialdemokratischen Vereins spricht sich gegen die Einführung des von der Reorganisationskommission vorgeschlagenen Parteiausschusses aus.

Sie erachtet es als erwünscht, daß eine aus Vertretern der Großstädte und der großindustriellen Bezirke bestehende Körperschaft mit nur beratender und informierender Funktion eingesetzt wird, die die Parteileitung in steter Verbindung mit der Stimmung der Massen hält, auf deren Schultern die Durchführung eventueller Massenaktionen ruht.

Sie erachtet es für eine kräftige, weitblickende und schlagfertige Leitung der Partei notwendig, daß eine Trennung gemacht wird zwischen der aus den Sekretären bestehenden Parteiverwaltung und der eigentlichen politischen Parteileitung, die zusammen den Parteivorstand bilden.

53. Düsseldorf: Die Kreiskonferenz des Wahlkreises Düsseldorf lehnt den Parteiausschuß in der vorgeschlagenen Form ab und erwartet vom Parteitag Reorganisation des Parteivorstandes und Ausbau der Agitationsleiterkonferenzen.

54. Königsberg: Zur Begutachtung wichtiger, die Gesamtpartei berührender Fragen hat der Parteivorstand Konferenzen von Vertretern der Bezirks- oder Landesvorstände, und zwar in der Regel alle Vierteljahre, zu veranstalten. Auch auf Antrag von mindestens zehn Bezirks- oder Landesvorständen sind solche Konferenzen vom Parteivorstand oder, bei dessen Weigerung, von den Antragstellern einzuberufen.

55. Braunschweig: Die vorgeschlagene Streichung des bisherigen § 19, Absatz 3, des Statuts abzulehnen und die Konferenzen der Bezirksvorstände beizubehalten.

56. Freiburg i. Br.: Der Parteivorstand wird beauftragt, von dem ihm nach § 19, Absatz 3, des Organisationsstatuts zustehenden Recht häufiger als bisher Gebrauch zu machen und bei allen wichtigen Fragen die Landes- bezw. Bezirksvorsitzenden zu gemeinsamer Sitzung zusammenzurufen.

57. Oldenburg: Dem Vorstande aufzugeben, die im § 19 des Organisationsstatuts vorgesehenen Konferenzen der Landes- bezw. Bezirksvorstände zur Beratung von wichtigeren Fragen der inneren und äußeren Politik des öfteren einzuberufen.

58. Leipzig: Der Absatz 3 von § 19 des jetzigen Organisationsstatuts ist auch in Zukunft beizubehalten.

59. München: Die Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins München erklärt sich mit der Schaffung eines Parteiausschusses nach Vorschlag der Organisationskommission einverstanden. Sie erwartet von der Heranziehung der Vertrauensmänner aus den verschiedenen Reichsteilen zur Vorentscheidung wichtiger Angelegenheiten eine Förderung der inneren Einheit der Partei.

60. Magdeburg: Die Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins Magdeburg begrüßt in dem vorgeschlagenen Parteiausschuß einen weiteren Schritt zur demokratischen Ausgestaltung unseres Parteilebens und erblickt in der verantwortlichen Mitwirkung der Genossen aller Landesteile an der Politik der Gesamtpartei eine Gewähr für die gedeihliche Weiterentwickelung. Sie hält jedoch die direkte Wahl der Ausschußmitglieder durch die breite Masse der Parteigenossen, möglichst in Form einer Urwahl, für eine Notwendigkeit.

61. Ludwigshafen: Die Wahl des Parteiausschusses soll nicht durch den Parteitag erfolgen, sondern direkt durch die einzelnen Wahlbezirke.

62. Frankfurt a. M.: Statt §§ 20 bis 22 zu sagen: Der Parteiausschuß besteht aus 10 Mitgliedern, die vom Parteitag gewählt werden. Je eines dieser Mitglieder muß in Ostpreußen oder Schlesien, den Hansastädten, in Rheinland-Westfalen, in den mitteldeutschen Kleinstaaten, im Königreich Sachsen, in Hessen oder Hessen-Nassau, in den Reichslanden und in Bayern, Württemberg und Baden politisch tätig sein.

Der Parteiausschuß entscheidet gemeinsam mit dem Parteivorstand in regelmäßigen monatlichen Sitzungen über alle die Partei berührenden wichtigeren Angelegenheiten namentlich auf dem Gebiete der Politik.

Eine außerordentliche Sitzung des Parteiausschusses mit dem Parteivorstand muß stattfinden, wenn mindestens die Hälfte der Parteiausschußmitglieder dies beantragt.

63. Halle a. S.: An Stelle des vorgeschlagenen Parteiausschusses einen Beirat von mindestens sieben bis neun Personen auf dem Parteitage zu wählen. Der Beirat wird auf dem Parteitage vorgeschlagen.

64. Hof: Den Parteiausschuß abzulehnen und einen politischen Beirat zu wählen, um die Aktionsfähigkeit der Partei zu erhöhen.

65. Wanzleben: § 21 Absatz 2 soll lauten: Bei schwierigen oder sehr bedeutungsvollen Situationen, die längere Zeit andauern, kann der Parteiausschuß einen Unterausschuß ernennen, der in permanenter Funktion bleibt und mit dem Parteivorstand zusammen tagt. Das schließt die Berufung des Gesamtausschusses während der Dauer dieser Situation nicht aus.

66. Offenburg: Jeder Wahlbezirk macht dem Parteitag einen Vorschlag, der drei Namen enthalten muß. In Bezirken, in

denen mehrere Vertreter zu wählen sind (wie Groß-Berlin, Hamburg usw.), sind so viel mal drei Genossen vorzuschlagen, wie Vertreter gewählt werden müssen.

67. Minden-Lübbecke: In dem zu schaffenden Parteiausschuß dem Agitationsbezirk „Oestliches Westfalen" einen Sitz resp. ein Mitglied zu überlassen.

68. Breslau-Land, Ohlau, Liegnitz, Goldberg, Glogau, Neiße, Brieg, Namslau, Neustadt O.-Schl.: Der Parteiausschuß ist abzulehnen. Sollte er jedoch beschlossen werden, sind für die Provinz Schlesien 2 Vertreter in den Ausschuß (je einer für die Agitationsbezirke Breslau und Kattowitz, Görlitz und Langenbielau zu wählen.

69. Niederbarnim: Ausdehnung der Rechte der Kontrollkommission und Beibehaltung der im § 19 des Organisationsstatuts vorgesehenen Konferenzen.

70. Königsberg i. Pr.: Ein Kontrollkommission von 13 Mitgliedern.

71. Halle a. S.: Die Rechte der Kontrollkommission dürfen nicht beschränkt werden.

72. Leipzig: Die Kontrollkommission zu erweitern und ihr politische Funktionen zuzuweisen.

73. Wanzleben: § 23 soll lauten: Die Kontrollkommission wird aus der Mitte des Parteiausschusses gewählt.

74. Niederbarnim: Der jetzige § 23, Absatz 2 ist wie folgt zu ergänzen: „Ueber die Zugehörigkeit zur Partei entscheidet der Vorstand der zuständigen Bezirks- oder Landesorganisation oder eine von dieser eingesetzte Schiedsgerichtskommission."

75. Nürnberg: Die Kontrollkommission besteht aus 15 Mitgliedern. Die Wahl derselben findet auf dem Parteitag statt, wobei die einzelnen Bezirke zu berücksichtigen sind. Die Kontrollkommission hat die geschäftliche und politische Tätigkeit des Parteivorstandes zu überwachen und über Beschwerden gegen den Parteivorstand zu entscheiden.

76. Teltow-Beeskow-Charlottenburg: Dem § 23 soll als 4. Absatz hinzugefügt werden: „Entzieht sich ein Angeschuldigter einem gegen ihn einzuleitenden Schiedsgerichtsverfahren durch seinen Austritt aus der Parteiorganisation, so kann gegen den Austretenden das Nichtwiederaufnahmeverfahren eingeleitet werden."

77. Elberfeld-Barmen: Hinter § 24, Absatz 2 ist als Absatz 3 einzufügen: „Erscheint der Angeschuldigte ohne genügende Entschuldigung zu dem festgesetzten Termin nicht, so haben die Instanzen das Recht, ohne dessen Anwesenheit zu beschließen."

In dem jetzigen Absatz 3 des § 24 ist der Schluß von „ernennen" ab so zu gestalten: „so gilt ohne weiteres der Beschluß des Bezirks- oder Landesvorstandes". Als Absatz 5 ist neu einzufügen: „Handelt es sich in einer Sache um mehrere Angeschuldigte einer Organisation, so hat der Parteivorstand das Recht, die Sache vor einem Schiedsgericht verhandeln zu lassen und die erforderlichen Maßnahmen dazu zu treffen".

78. Elberfeld-Barmen: In § 26 ist Absatz 3 wie folgt zu fassen: Die Organisationen haben das Recht, auch ohne Ausschlußantrag eine Untersuchungs- und Beschlußkommission gegen ein Mitglied einzusetzen. Gelangt die Kommission zu einem sachlichen Beschluß, so steht den Beteiligten das Einspruchsrecht gegen diesen Beschluß nach den Bestimmungen der §§ 24 und 25 zu.

Sonstige Anträge zur Organisation.

79. Bremen: Die Kontrolle der parteitaktischen Haltung der Parteiorgane und die der Auswahl der Angestellten steht nur den von den Genossen des Verwaltungsbezirks gewählten Instanzen zu.

80. Mülheim-Wipperfürth-Gummersbach: Der Parteivorstand wird beauftragt, dafür zu sorgen, daß die Verwaltungsmaterialien, als Geschäftsbücher, Kassen- und Mitgliedsbücher sowie Formulare an einer Zentralstelle hergestellt werden, um so eine Vereinheitlichung und Verbilligung der Materialien zu erzielen.

81. Kassel: Bei Anlage von Parteigeldern möge der Parteivorstand in Zukunft möglichst die genossenschaftliche Zentralbank berücksichtigen.

82. Düsseldorf: 1. In besoldete Parteiämter können nur Genossen gewählt oder angestellt werden, welche mindestens fünf Jahre der Partei angehören.

2. Es ist eine Institution oder Ausschuß zu schaffen, der die Gehälter von denjenigen Genossen regelt, die ein Reichstagsmandat oder Landtagsmandat haben und sonst noch im Partei- und Gewerkschaftsleben angestellt sind.

83. Genosse Kolb-Würzburg: Neuabgrenzung der Agitationsbezirke. Der weitere Fortschritt der ökonomischen Entwickelung, das rapide Wachstum der Bevölkerung in bestimmten Gegenden schafft stark überlastende, auch räumlich zu groß ausgedehnte Agitationsbezirke. Die starke Ausdehnung der Partei bringt diversen Bezirkssekretären zu viel Arbeit, wodurch deren Ueberblick leidet, aber durch eine bessere Arbeitsteilung die Arbeit in den einzelnen Kreisen intensiver betrieben werden kann. Verschiedene Bezirke gehören geteilt oder Teile mit anderen zusammengelegt. Analog meines Artikels, „Soz. Monatshefte" Nr. 15, schlage statt der jetzigen 45 nun 55 Agitationsbezirke vor, die mehr ausgeglichen sind in der Kopfzahl, auch diverse wirtschaftliche Gebiete zusammenfassen.

Maifeier.

84. Sozialdemokratischer Verein Wanzleben, 15. sächsischer Wahlkreis, Reichenbach-Neurode, Ortsgruppen Riesa und Gröba (Sachsen VII), Ludwigshafen, 19. hannoverscher Wahlkreis und Bremerhaven, Königsberg i. Pr., Hagen-Schwelm, 12. sächsischer Reichstagswahlkreis, Bezirk Ober-Langenbielau, Nordhausen, Köln, Magdeburg: Der Beschluß 90 des Parteitages zu Nürnberg (Abführung des Tagesverdienstes) ist aufzuheben.

85. 183 Genossen in Braunschweig, 29 Genossen in Kottbus, 21 Genossen in Dortmund, das Personal der Druckerei „Volksfreund" in Karlsruhe und das technische Personal der „Volksstimme" in Frankfurt a. M.: Der Beschluß des Jenaer Parteitages, nach welchem diejenigen Parteigenossen, die in Parteibetrieben, Arbeitergenossenschaften usw. angestellt sind, den ganzen Arbeitsverdienst des 1. Mai an die Parteikasse abzuführen haben, ist aufzuheben.

Zwecks Ansammlung eines Fonds zur Unterstützung wegen Feierns des 1. Mai Gemaßregelter ist von jedem eingeschriebenen Mitgliede ein Beitrag zu erheben, und zwar von den männlichen Mitgliedern 1 M., von den weiblichen 50 Pf. Dieser Beitrag wird nicht erhoben von den Mitgliedern, welche am 1. Mai feiern und keinen Lohn erhalten.

86. 16 Genossen in Waldenburg i. Schl.: Der Beschluß des Jenaer Parteitages, nach welchem diejenigen Parteigenossen, die in Parteibetrieben, Arbeitergenossenschaften usw. angestellt sind, den ganzen Arbeitsverdienst des 1. Mai an die Parteikasse abzuführen haben, ist aufzuheben.

Der Parteitag wolle dagegen beschließen, eine gerechtere Lösung der Frage herbeizuführen.

Internationaler Kongreß.

87. Reichenbach-Neurode: Auf dem nächsten Internationalen Arbeiterkongreß den Antrag zu stellen, die Regelung des Feierns des 1. Mai den einzelnen Ländern selbst zu überlassen.

88. Randow-Greifenhagen: Der Parteivorstand wird beauftragt, im Einvernehmen mit der Generalkommission eine Urabstimmung darüber vorzunehmen, wer von den Organisierten für die Arbeitsruhe am 1. Mai ist. Das Resultat soll dem Internationalen Kongreß in Wien als Material überwiesen werden.

89. Rostock: Der Parteitag wolle beschließen, bei dem Internationalen Parteitag den Antrag zu stellen, die Maifeier auf den ersten Sonntag im Mai zu verlegen.

90. Magdeburg: Der Parteitag wolle dem Internationalen Kongreß in Wien die Aufhebung der Maifeier empfehlen, oder, um eine wirklich würdige Demonstration herbeizuführen, sie auf den ersten Sonntag im Mai verlegen.

Presse und Literatur.

91. Bremerhaven und 19. hannoverscher Wahlkreis: Die Redaktion der „Gleichheit" wird ersucht, den Inhalt unseres Frauenblattes mehr dem Verständnis der Leserinnen entsprechend zu halten, die Kinderbeilage soll die jetzige Gestaltung und Tendenz beibehalten.

92. Mülheim-Wipperfürth-Gummersbach: Der „Gleichheit" ist jeden Monat ein Schnittmuster beizulegen. Ferner sind kleinere Artikel für die Hausfrau über Küche, Wäsche und dergleichen zu bringen.

93. Hamburg III, Distrikt Veddel: Für alle in der Schiffahrt beschäftigten Personen eine einheitliche periodische Zeitschrift herauszugeben.

94. Köln: Das Titelblatt der „Neuen Zeit" ist in moderner Ausstattung herzustellen.

95. Frankfurt a. M.: Für das gesamte Bildungswesen ist (event. gemeinsam mit der Generalkommission der Gewerkschaften) ein monatlich erscheinendes Organ herauszugeben. Dasselbe soll für alle Zweige unserer Bildungsarbeit Rat und Auskunft geben, den Austausch praktischer Erfahrungen ermöglichen und besonders das Bibliothekswesen in wirksamer Weise unterstützen. Eventuell kann die in Leipzig erscheinende Monatsschrift „Der Bibliothekar" übernommen und in gedachter Weise ausgebaut werden.

96. Steglitz: Der Parteivorstand wird ersucht, eine Uebersetzung des Protokolls des letzten italienischen Parteitages vorzubereiten und mit einer kleinen einleitenden Darstellung der jüngsten italienischen Parteiwirren und des tripolitanischen Abenteuers zu versehen. Diese Schrift ist den Genossen möglichst billig zu überlassen.

97. Düsseldorf: Die Sektion der taubstummen Genossen und Genossinnen: Der Parteivorstand wird beauftragt, für die taubstummen Genossen eine regelmäßig erscheinende Agitationsschrift herauszugeben. Die Schrift soll mindestens monatlich einmal erscheinen.

98. Köln. Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, in Verbindung mit dem Zentralbildungsausschuß ein der Reihenfolge nach geordnetes Verzeichnis von Büchern herauszugeben, die eine planmäßige Einführung in den wissenschaftlichen Sozialismus ermöglichen.

99. München: Der Parteivorstand soll sich mit der Generalkommission der Gewerkschaften in Verbindung setzen, um unverzüglich die Gründung einer Zeitschrift in die Wege zu leiten, deren Inhalt sich erstreckt: 1. auf die gesamte Verwaltungstätigkeit der Versicherungsinstitute, 2. auf die Organisation der Wahlen zu diesen Instituten, 3. auf die Rechtsprechung der Spruchinstanzen, 4. auf das Wirken der gesamten Privatversicherung und ihrer Träger.

Reichstagswahl.

100. Duisburg: Die Kreiskonferenz spricht ihr Bedauern darüber aus, daß der Parteivorstand sich im verflossenen Wahlkampf beim Stichwahlabkommen mit der Fortschrittspartei in einer Anzahl Wahlkreise, in denen unsere Genossen mit der Fortschrittspartei in Stichwahl standen, herbeigelassen hat, den Wahlkampf zu „dämpfen". Eine solche Maßnahme ist geeignet, Verwirrung und Desorganisation bei den Genossen zu erzeugen und ist deshalb in Zukunft zu verwerfen.

101. Nordhausen-Hohenstein: Das Stichwahlabkommen vom Januar 1912 war geeignet, die Führung eines prinzipiellen Wahlkampfes für die Zukunft zu erschweren und das Vertrauen der Parteigenossen zu erschüttern. Die Generalversammlung bedauert deshalb lebhaft dieses Abkommen und erwartet, daß sich derartige Abmachungen nicht wiederholen. Sie ersucht den Parteitag, seinen Willen in dieser Richtung zum Ausdruck zu bringen.

102. Elberfeld-Barmen: Der Parteivorstand hätte auf die von den Fortschrittlern verlangte Dämpfung unserer Agitation in einer Anzahl Wahlkreise nicht eingehen sollen, auch wenn die Möglichkeit bestand, daß dann das Abkommen nicht zustande gekommen wäre.

103. Weimar III: Die Generalversammlung des sozialdemokratischen Kreiswahlvereins Weimar III bedauert, daß der Parteitag bei dem Stichwahlabkommen mit der Fortschrittlichen Volkspartei sich dazu herbeigelassen hat, in sechzehn Wahlkreisen, in denen die Partei mit den Fortschrittlern in Stichwahl stand, den Wahlkampf zu dämpfen, weil dadurch nicht nur unsere prinzipielle Auffassung des Wahlkampfes verletzt, sondern auch eine große Verwirrung und Erbitterung bei den Parteigenossen angerichtet worden ist.

104. Frankfurt a. M.: Bei Aufstellung von Kandidaten für den Reichstag und die Landtage sollen Doppelkandidaturen vermieden werden.

105. Kassel: Durch den Abschluß des Stichwahlabkommens mit der Fortschrittlichen Volkspartei hat der Vorstand unserer Partei die Interessen der arbeitenden Bevölkerung im allgemeinen und diejenigen der sozialdemokratischen Partei im besonderen erfolgreich wahrgenommen. Deshalb billigt der Parteitag den Abschluß dieses Stichwahlabkommens.

Parlamentarisches.

106. Frankfurt a. M.: Der Parteivorstand wird beauftragt, zur Durcharbeitung großer Gesetzesvorlagen, wie z. B. des bevorstehenden Zolltarifes, geeignete Parteigenossen aus dem Reiche auch außerhalb der Fraktion zu berufen.

107. Genosse Schmidt in Lübeck: Die Reichstagsfraktion ist verpflichtet, bei jeder Abstimmung im Reichstage und bei Beratung von Anträgen, die von unserer Fraktion gestellt sind, zu mindestens 75 Proz. anwesend zu sein.

108. Genosse Jakobsen-Swinemünde: Die Reichstagsfraktion aufzufordern, Anträge, die Forderung des Rechts auf Arbeit betreffend, in entsprechender Formulierung im Reichstage einzubringen.

109. Kassel: Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion möge bei geeigneten Beratungen im Reichstag erneut unsere Forderung auf Abschaffung der Todesstrafe durch diesbezügliche Anträge vertreten.

Sonstige Anträge.

110. 17. sächsischer Wahlkreis: Die Generalversammlung des 17. sächsischen Reichstagswahlkreises drückt ihr Mißfallen darüber aus, daß ein Teil der Reichstagsfraktion in Eisenach eine Sonderkonferenz abgehalten hat. Sie erblickt darin eine Beeinträchtigung der Einheit in Partei und den Massen. Die Kreisversammlung stellt sich (in dieser Frage) ganz auf den Standpunkt der „Volksstimme".

111. Mülheim-Wipperfürth-Gummersbach: Die Kreiskonferenz verurteilt auf das schärfste die Teilnahme an den sogenannten Sonderkonferenzen und wünscht, daß es den als Delegierten zu den Parteitagen gewählten Genossen verboten wird, an irgendeiner Sonderkonferenz teilzunehmen.

Die Kreiskonferenz protestiert gegen das parteischädigende Treiben der Sonderkonferenzen, wie unlängst eine in Eisenach stattgefunden hat. Die Kreiskonferenz beschließt, beim deutschen Parteitag zu beantragen, dieser möge dafür sorgen, daß derartige Konferenzen in Zukunft unterbleiben.

112. Recklinghausen-Borken: Die Generalversammlung verurteilt energisch das Vorgehen der Parteigenossen einschließlich der Reichstagsabgeordneten, welche Konferenzen veranstalten oder daran teilnehmen, die auf Sonderbündelei hinauslaufen. Die Generalversammlung erwartet vom Parteitag, daß er das Vorgehen der Veranstalter und Teilnehmer entschieden mißbilligt.

113. Lübeck und Köln: Der Parteitag verurteilt auf das entschiedenste die Abhaltung besonderer Zusammenkünfte von Parteitagsdelegierten der einen oder der anderen Richtung, sowie die Arrangierung von Sonderkonferenzen von Mitgliedern der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Er erblickt darin ein die Einigkeit der Partei schwer gefährdendes Verhalten. Der Parteitag spricht die bestimmte Erwartung aus, daß derartige Sonderzusammenkünfte fernerhin unterbleiben.

114. Magdeburg: Der Parteitag möge auf das schärfste alle Sonderkonferenzen und -Veranstaltungen verurteilen, die dazu bestimmt sind, die Verhandlungen innerhalb der Parteiorganisationen überflüssig zu machen und an Stelle der offenen Aussprache unter Parteigenossen die Konventikelherrschaft zu setzen.

115. Bonn: Die Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins Bonn-Rheinbach mißbilligt die Veranstaltung von Sonderkonferenzen, in denen Parteigenossen, gleichviel welcher Richtung, zu allgemeinen Parteifragen Stellung nehmen. Die Parteidisziplin verlangt, daß die Parteigenossen ihre theoretischen und taktischen Gegensätze im Rahmen der Organisation austragen. Derartige Sonderkonferenzen schwächen die Bedeutung des Parteitags und zersplittern die Kräfte der Partei, während das einheitliche Klasseninteresse des Proletariats eine starke, einheitliche Organisation fordert.

116. Frankfurt a. M.: Der Parteitag spricht die Erwartung aus, daß Zusammenkünfte bestimmter Richtungen nach Art der Eisenacher Konferenz im Interesse der Geschlossenheit und Einheit der Partei vermieden werden.

117. Niederbarnim: Der Parteitag mißbilligt die Arrangierung jeder Art von Sonderkonferenzen sozialdemokratischer Parlamentarier. Die Abgeordneten sind in erster Linie Mitglieder der sozialdemokratischen Parteiorganisationen ihres Kreises und haben als solche daher die Pflicht, diesen ihre Anschauungen und Meinungen über alle das Parteileben berührende Fragen zu unterbreiten.

118. Frankfurt a. M.: Den Zentral-Bildungsausschuß der sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu veranlassen, daß er, in Anbetracht der immer größeren Verbreitung der Lichtbildervorführungen, den Bezirks- resp. örtlichen Bildungsausschüssen Material für derartige Vorträge zur Verfügung stellt. Dies kann geschehen durch leihweise Ueberlassung von Lichtbilderserien oder durch gemeinsamen Bezug der interessierten Bildungsausschüsse.

119. Elberfeld-Barmen: 1. Zusammenlegung der am gleichen Orte befindlichen Bibliotheken, die Besitz von Arbeiterorganisationen sind.

2. Vereinheitlichung der Verwaltung, insbesondere des Ausleiheverfahrens, Bibliothekbenutzungsordnung und Statistik.

3. Vereinheitlichung der Kataloge mit Unterstützung einer so bald wie möglich ins Leben zu rufenden Zentralstelle für die Arbeiterbibliotheken, nach dem Muster der von der belgischen Bildungszentrale geschaffenen.

4. Die Bibliothekenfrage ist von den angedeuteten Gesichtspunkten aus so bald als möglich von einem Parteitag zu behandeln.

5. Kurse für Arbeiterbibliothekare nach dem Vorgang der österreichischen Genossen.

6. Die wiederholt verlangte Zusammenkunft der Arbeiterbibliothekare ist bald einzuberufen.

120. Merseburg-Querfurt: Mitglieder eines gelben Werkvereins oder eines gelben Verbandes können nicht Mitglieder der sozialdemokratischen Partei sein. Angehörige solcher gelben Gewerkschaften, sofern sie der Partei angehören, sind aus der Partei auszuschließen.

121. Genosse Haller in Mylau: Das Lotteriespiel widerspricht den Anschauungen der Sozialdemokratie und ersucht der Parteitag die Genossen um Unterlassung desselben.

122. Genosse Repp in Friedberg: Der Parteivorstand wird beauftragt, einen oder mehrere Genossen zu bestimmen, welche statistische Erhebungen anzustellen haben, ob und inwieweit eine Steigerung der Lebenshaltung der Arbeiterklasse seit Mitte der siebziger Jahre stattgefunden hat.

123. Genosse Stein in Charlottenburg: Der Parteitag beschließt, den örtlichen Parteivereinen die Förderung des Arbeitersamariterwesens und der Arbeitersamariterausbildung zu empfehlen, da es für die Arbeiter von großer Bedeutung ist, daß bei eintretenden Betriebsunfällen sofortige Hilfe vorhanden ist.

Die ungemein zahlreichen Unfälle in den Betrieben der Industrie, des Baugewerbes usw., die eine Folgeerscheinung der modernen kapitalistischen Ausbeutung der Arbeiter sind, haben seit Jahren den Arbeitern nahegelegt, selbst für eine sachgemäße erste Hilfe bei eintretenden Unfällen Sorge zu tragen, da erfahrungsgemäß die von den Unternehmern getroffene Vorsorge für etwaige Unfälle im Betrieb häufig sehr ungenügend ist, und daß sie in vielen Fällen ganz gefehlt hat.

Der Parteitag empfiehlt daher, den Kolonnen des Arbeitersamariterbundes die weitgehendste Unterstützung zu teil werden zu lassen, da diese bestrebt sind, unter den Arbeitern eine genügende Zahl von Kräften heranzubilden, die bei eintretenden Unfällen sofort im Betriebe zur Hand sind und die erste Hilfe leisten können.

124. Genosse Jacobsen in Swinemünde: Das sozialdemokratische Programm lautet in Zukunft wie folgt:

Was will die Sozialdemokratie, was ist deren Ziel und wie will sie dasselbe erreichen?

Die Sozialdemokratische Partei will die Erringung der wirtschaftlichen und politischen Macht, um:

1. durch Uebernahme von Grund und Boden, Bergwerken, Fabriken, kurz aller Produktions-, Fabrikations- und Verkehrsmittel in Staatshände — gemeinschaftlicher Besitz des ganzen Volkes,
2. durch geregelte ordnungsmäßige Produktion und Fabrikation,
3. durch gewissenhafte Verteilung der erforderlichen Arbeiten an alle dazu Befähigten, mit weitgehendster Berücksichtigung der persönlichen Veranlagung, der physischen und geistigen Kräfte jedes einzelnen,
4. durch gerechte Verteilung der erzeugten Güter und Produkte, jedem Staatsangehörigen eine auskömmliche und sorgenfreie Existenz zu verschaffen und damit eine menschenwürdige Lebensführung, nicht nur in leiblicher, sondern auch in geistiger Beziehung zu ermöglichen.

125. Frankfurt a. M.: Der Schnapsboykottbeschluß des Leipziger Parteitages vom Jahre 1909 wird den Genossinnen und Genossen in eindringliche Erinnerung gebracht.

126. Ortsverein Harburg, Köln, Magdeburg, Hamburg I, Niederbarnim: Der Parteitag erneuert und bekräftigt den von dem Leipziger und dem Magdeburger Parteitag beschlossenen Branntweinboykott. Der Parteitag stellt fest, daß die bisherige Durchführung des Boykotts an vielen Orten eine erhebliche Verminderung des Branntweinverbrauchs zur Folge gehabt hat, die im Interesse der körperlichen und geistigen Volksgesundheit, der gesteigerten Kampffähigkeit und der Schwächung seiner bösartigsten Feinde freudig zu begrüßen ist. Er erkennt jedoch an vielen Orten eine viel schärfere Durchführung des Parteibeschlusses als notwendig und verpflichtet insbesondere die Vertrauenspersonen zu deren energischster Unterstützung.

127. Königsberg i. Pr., Hagen i. Westf., Lübeck, Bonn, Bremen und Sozialdemokratischer Verein auf Fehmarn: Vorstehendem Antrag und folgendem Absatz 2: Der Parteitag erklärt, daß der Beschluß sich auf Spirituosen jeder Art bezieht, da er nicht allein der Bekämpfung des ostelbischen Junkertums, sondern auch als praktische Protestaktion gegen das herrschende Steuersystem dient. Diese Protestaktion ist durch die neueste, unter dem Namen „Abschaffung der Liebesgabe" erfolgte weitere Belastung der ärmsten Schichten zugunsten des Militarismus und der Schnapsproduzenten besonders dringend geworden, zugleich aber bezweckt sie auch die Förderung der durch den Alkohol gefährdeten Volksgesundheit.

128. Rees-Mörs, Kiel, Teltow-Beeskow-Charlottenburg, Ortsverein Marne in Holstein, 7. sächsischer Reichstagswahlkreis, 16. sächsischer Reichstagswahlkreis, Raußlitz in Sachsen VI, 22. sächsischer Reichstagswahlkreis und 86 Genossen in Bremen beantragen, den vorstehenden beiden Absätzen noch folgenden Absatz 3 zuzusetzen.

Der Parteitag verpflichtet demgemäß die Parteipresse, keinerlei Anzeigen oder Anpreisungen derartiger Getränke aufzunehmen. Er erwartet auch von den Verwaltungen der Volks- und Gewerkschaftshäuser, sowie sonstiger Arbeiterunternehmungen, daß sie die segens-

reiche Bewegung des Branntweinboykotts durch Einstellung des gesamten Spirituosenverkaufs wie auf sonstige geeignete Weise (Verbreitung von Aufklärung usw.) kräftig fördern.

129. Die sozialdemokratischen Vereine für den sechsten sächsischen Reichstagswahlkreis, für Halle a. S. und für Weimar, die Mitgliedschaft in Oldesloe, sowie 312 Genossen in Meißen, 143 Genossen in Lübeck, 23 Genossen in Brandenburg a. H., 21 Genossen im 14. hann. Wahlkreis, 24 Genossen in Sondershausen, 15 Genossen in Eisenberg, 47 Genossen in Augsburg, 28 Genossen in Regensburg, 6 Genossen in Freiberg i. S., 18 Genossen in Herten in Westf., 13 Genossen in Rendsburg:

Da der Punkt 6 unseres Parteiprogrammes sehr oft derart ausgelegt wird, als sei für die Partei die Religionssache eine private Sache, mit der die Partei sich nicht befassen dürfe, erkennt der Parteitag ausdrücklich an, daß die Aufklärung über die Unvereinbarkeit der Religion mit der Wissenschaft wesentliche Aufgabe der Partei, insonderheit der Parteipresse sein muß.

Der Parteitag erkennt weiter an, daß die Bekämpfung der christlichen Kirche, die eine Herrschaftsorganisation der staatlichen Machthaber darstellt, Parteisache geworden ist, deshalb, weil derjenige, der die Machthaber bekämpft, auch deren Mittel, in diesem Falle die Kirche, mit bekämpfen muß. Der Parteitag spricht deshalb den Wunsch aus, daß die Parteiorganisationen in allen Orten Deutschlands auch auf diesem Gebiete ihre volle Pflicht erfüllen.

130. Die sozialdemokratischen Vereine von Halle und Weimar, sowie die obengenannten Genossen aus Sondershausen, Freiberg, Lübeck und Brandenburg beantragen, dem obigen Antrag noch folgenden Absatz 2 anzufügen:

2. Da die Parteigenossen heute gezwungen sind, ihre Kinder an einem staatlich anerkannten Religionsunterricht teilnehmen zu lassen, dieser Unterricht aber im Gegensatz zu der Wissenschaft steht, hält es der Parteitag für notwendig, dadurch gegen diesen Gewissenszwang zu protestieren und die Einführung von Dissidentenschulen zu ermöglichen, daß er die Parteigenossen, die mit der Staatsreligion gebrochen haben, auffordert, der Staatskirche den Rücken zu kehren.

131. Der sozialdemokratische Verein für den 8. und 10. schleswig-holsteinischen Reichstagswahlkreis, die Mitgliedschaft von Itzehoe in Holstein, in Kiel sowie die Mitgliedschaften von Bergkamen und Oberberge in Westfalen, Distrikte Uhlenhorst, Cuxhaven, Hamm und Bergedorf in Hamburg III:

Der Parteitag ersucht die Organisationen, teils durch Verbreitung von entsprechenden Schriften, teils durch Versammlungen neben den allgemeinen Protesten gegen die wirtschaftliche und politische Unterdrückung auch Protest zu erheben dagegen, daß die Religion zur Unterdrückung und Ausbeutung des Volkes benutzt wird.

In den Schriften und Versammlungen ist auch auf den Austritt aus der Landeskirche schon deshalb hinzuweisen, um wirksam dagegen zu protestieren, daß unsere Kinder gezwungen werden, an dem unwissenschaftlichen Religionsunterricht teilzunehmen.

132. Elberfeld-Barmen: Der Parteitag ersucht die Organisationen, neben den Protesten gegen die wirtschaftliche und die politische Unterdrückung auch mehr wie bisher Protest zu erheben gegen die Unterdrückung, Ausbeutung und geistige Knechtung des Volkes durch die Kirche.

Besonders muß auch dagegen protestiert werden, daß die Kinder des Volkes zur Teilnahme an einem Religionsunterricht gezwungen werden, der mit den Ergebnissen der Wissenschaft in schroffem Widerspruch steht. Als wirksamste Form des Protestes empfiehlt der Parteitag allen Parteigenossen, die innerlich mit der Religion gebrochen haben, den Austritt aus der Landeskirche.

133. Der Ortsverein in Sagan und fünf Genossen in Essen: Da die Parteigenossen heute gezwungen sind, ihre Kinder an einem staatlich anerkannten Religionsunterricht teilnehmen zu lassen, dieser Unterricht aber im Gegensatz zu der Wissenschaft steht, hält es der Parteitag für notwendig, dadurch gegen diesen Gewissenszwang zu protestieren und die Einführung von Dissidentenschulen zu ermöglichen, daß er die Parteigenossen, die mit der Staatsreligion gebrochen haben, auffordert, der Staatskirche den Rücken zu kehren.

134. Genosse Haller in Mylau i. S.: Angesichts der Tatsache, daß der Satz des Parteiprogramms „Erklärung der Religion zur Privatsache" vielfach sinnwidrig aufgefaßt wird, erklärt der Parteitag es für moralische Pflicht der Genossen, die persönlich keine kirchlichen Bedürfnisse haben, aus der Kirche auszutreten.

135. 19 Genossen in Nürnberg-Altdorf: Um eine wirksame Kundgebung im ganzen Lande gegen die sich immer stärker geltend machende klerikale Verdummungspolitik in die Wege zu leiten, und um besondere Propaganda für unsere programmatische Schulforderungen zu machen, hält es der Parteitag für angezeigt, überall durch Schrift und Wort Agitation zu entfalten, um die Genossen, die durch Anerkennung des Parteiprogramms faktisch mit jedem kirchlichen Bekenntnis gebrochen haben, zu veranlassen, ihre bisher geübte Bequemlichkeit beiseite zu legen und aus der Kirche auszutreten.

136. Eschersheim, Kr. Hanau: Der Parteivorstand soll von nun an wenigstens jedes Vierteljahr Aufforderungen zum Austritt aus der Landeskirche in sämtlichen Parteiblättern Deutschlands erscheinen lassen.

Der nächste Parteitag.

137. Hagen-Schwelm: Den nächsten Parteitag in Hagen in Westfalen abzuhalten.

138. Görlitz-Lauban: Den nächsten Parteitag in Görlitz abzuhalten.

139. Leipzig-Stadt und Land: Den Parteitag 1913 in Leipzig abzuhalten.

Tagesordnung des nächsten Parteitages.

140. Mülheim-Wipperfürth-Gummersbach, Sagan: Die Agrarfrage auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen.

141. Genosse Schmidt in Essen: Die Impffrage auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen.

142. Solingen: 1. Dem nächsten Parteitag eine anderweitige Regelung der Parteibeiträge vorzulegen, welche eine progressive Steigerung je nach dem Einkommen vorsieht (Selbsteinschätzungspflicht). Die Beiträge sollen ferner so gestellt werden, daß es auch dem wirtschaftlich ungünstig gestellten Genossen möglich ist, Mitglied der Partei zu sein.

2. Dem nächsten Parteitag eine Regelung der Diätenbezüge unserer Reichs- und Landtagsfraktionsmitglieder vorzulegen, wonach den Abgeordneten Tagegelder gewährt werden unter Abführung der Diäten an die Parteikasse. Vorbildlich für die Höhe der Tagegelder sollen die Beschlüsse der Gewerkschaftskongresse sein.

143. Duisburg, Genosse Giebel-Berlin, sechs Genossen in Breslau, drei Genossen in Arnstadt, Essen: Die Privatangestelltenfrage auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen.

Gerichts-Zeitung.

Eine Schutzmannsaffäre

gab gestern am Landgericht Berlin I der Ferienstrafkammer VI C bis in den späten Nachmittag hinein zu tun. Der Schutzmann, der in ihr eine Rolle spielte, trat als Zeuge gegen eine von ihm sistierte Frau Schlegel auf. Frau Schlegel war angeklagt des groben Unfugs, den sie dadurch begangen haben sollte, daß sie in der Elbinger Straße, wo sie wohnt, vor der Polizeiwache am 8. Juni abends gegen ¾9 Uhr sich an einem Auflauf beteiligt habe, nicht weitergegangen sei und auf die Schutzleute geschimpft habe, so daß der Auflauf noch vergrößert worden sei. Gegen ein Strafmandat von 3 M., das ihr von der Polizei aufgepackt worden war, hatte sie richterliche Entscheidung beantragt. Vom Amtsgericht Berlin-Mitte war dann die Geldstrafe von 3 M. als angemessen erachtet worden, obwohl nach der Beweisaufnahme der Amtsanwalt selber die Freisprechung beantragt hatte. Auf die von Frau Schlegel eingelegte Berufung hatte das Landgericht das Urteil nachzuprüfen.

Die Angeklagte erklärte, sie habe, als schon kein Auflauf mehr zu sehen war, im Vorbeigehen bemerkt, wie ein Schutzmann ein paar Kinder vertrieb und gegen einen kleinen Jungen die Hand hob, als ob er ihn schlagen wollte. Darauf habe sie, die selber ihr Kind bei sich hatte, gesagt, das werde ja immer schöner, jetzt wolle wohl der Beamte die Kinder hauen. Der Schutzmann habe sie darüber zur Rede gestellt, habe dann verlangt, daß sie schneller gehe, und habe schließlich sie am Arm gepackt, ihr Schläge in den Rücken gegeben, sie zur Wache geführt und noch auf dem Treppenflur sie so hin und her gestoßen, daß sie an die Wand taumelte. Diese Darstellung wurde von einer Zeugin Fräulein Dürrling unterstützt. Frau Schlegel sei von dem Schutzmann so heftig in den Rücken geschlagen worden, daß sie, die Zeugin, sowie mehrere andere Frauen, die den Vorgang mitansahen, sich darüber empörten. Schutzmann Emil Seltzer, gegen den der Vorwurf sich richtete, bestritt unter Eid, geschlagen zu haben. Bei der Erörterung dieser Frage hatte der Vorsitzende schon während der Vernehmung der Zeugin Dürrling eine schwer begreifliche Gereiztheit gezeigt, die im Laufe der Sitzung sich noch steigerte. Die Zeugin war aber dadurch in ihrer Auffassung des Sachverhaltes nicht beirrt worden, und sie hielt daran fest auch gegenüber der Aussage des Schutzmanns. Als sie hinzufügte, Frau Schlegel sei von ihm so gestoßen worden, daß sie sich kaum mehr auf den Beinen halten konnte, kam es aus Anlaß weiterer Fragevorsuche des Verteidigers Rechtsanwalt Kurt Rosenfeld zu lebhaften Auseinandersetzungen mit dem abwehrenden Vorsitzenden. Sie wiederholten sich, als Schutzmann Seltzer es für „ausgeschlossen" erklärte, daß er die sistierte Frau Schlegel auch nur gestoßen haben könne. Gegen die hier vom Vorsitzenden eingeschobene Korrektur: „Ausgeschlossen? Na, wenn sie sich wehrt, müssen Sie sie doch weiterschieben!" erhob der Verteidiger Protest, den der Vorsitzende erregt zurückwies. Nach nochmaliger Beteuerung des Schutzmanns, daß er die Frau Schlegel nicht gestoßen habe, fragte der Verteidiger: „Will die Zeugin daraufhin ihre Aussage ändern?" Die Zeugin erklärte fest: „Dieser Schutzmann hier hat Frau Schlegel geschlagen!" und in tiefer Bewegung fügte sie hinzu: „Uns hat das Herz weh getan, als wir es sahen." Ein Attest, das Frau Schlegel am Tage nach der Sistierung sich von einem untersuchenden Arzte hatte ausstellen lassen, bescheinigte blaue Flecken am Arm und schmerzhafte Schwellungen in der Lendengegend. Auch ein Zeuge Rasch bekundete, Schutzmann Seltzer habe die Frau geschubst und gestoßen. Vor Schreck sei sie ganz weiß geworden, die Frisur sei ihr aufgegangen, so daß der Zopf herunterhing, und sie habe sich am Hause halten müssen. Die Zuschauenden seien darüber empört gewesen. Die Frage, ob Frau Schlegel weitergegangen sei, blieb ungeklärt. Zeuge Rasch meinte, der Schutzmann habe keineswegs nötig gehabt, sie zu stoßen. Schutzmann Seltzer berief sich noch auf das Zeugnis seines Kollegen Schmolling sowie einer Schankwirtin Fritsch.

Das Gericht hielt die Ladung dieser Zeugen sowie noch anderer, die der Schutzmann erst noch benennen wollte, für nötig. Als der Verteidiger auch die Ladung von Zeugen forderte, die die Angeklagte noch benennen werde, meinte der Vorsitzende, das gehe nicht. Ein Hinweis auf die gleichfalls erst zu benennenden Zeugen des Schutzmanns belehrte ihn, daß es doch ging. Das Gericht beschloß dann, die Sache zu vertagen und die neuen Zeugen zu laden.

Briefkasten der Expedition.

Patienten in Berlitz, Buch und anderen Heilstätten. Diejenigen unserer Abonnenten, die noch während des ganzen nächsten Monats in der Heilstätte bleiben, wollen uns wegen der Ueberweisung von Freiexemplaren sofort ihre Adresse einsenden, da bei verspäteter Bestellung die ersten Nummern des neuen Monats von der Post nicht geliefert werden. Alle Adressen müssen jeden Monat neu eingesandt werden.

Unserem verehrten Genossen und alten Abteilungsleiter
Alfred Zaduk
die herzlichsten Glückwünsche zum 30. Geburtstage.
Die Genossen der 1. Abteilung im 1. Kreise.

Seinen 75. Geburtstag feiert heute der Schriftsetzer-Invalide Heinrich Rusche. 11a

Arbeiter-Radfahrer-Bund Solidarität.
Ortsgruppe Berlin.

Touren

zum Sonntag, den 25. August:

1., 3., 6., 8. und 10. Abt. (10. Abt. Buchdruckereihilfsarbeiter): 6 und 12 Uhr: Strausberg (Hungriger Wolf).

2., 5., 7., 9. Abt. und jugendliche Bundesgenossen: 6 Uhr: Oranienburg (Schützenstr. 34), 1 Uhr: Glienicke a. Nordbahn (Allermann). Start an den bekannten Stellen.

Zentralsamaritersitzung

findet am **Donnerstag, den 29. August, abends 9 Uhr,** Stralauer Brücke 3, statt. Das Erscheinen aller Samariter ist Pflicht.

Diejenigen Genossen und Genossinnen, welche gewillt sind, am nächsten Samariterkursus teilnehmen zu wollen, werden ebenfalls ersucht, an dieser Versammlung teilzunehmen.

Der Obmann.

Reinickendorf.

(Vereinstour) 8 Uhr: Rummelsburg: Unterbezirkstag. 2 Uhr: Lichtenberg. Start bei Lüning. 12/11

Achtung!

Freitag, den 30. August, abends 8½ Uhr, findet eine allgemeine Mitgliederversammlung bei Boeker, Weberstr. 17, statt.

Tagesordnung:

Berichterstattung vom Bundestag.

Das Erscheinen aller Mitglieder ist notwendig.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Der Zentralvorstand.

Verzweifeln Sie nicht, wenn Ihr Holz-Vorrat zu Ende ist.
Heinr. Scholz versorgt ganz Berlin mit billigem **Holz.**
Heizkräftige Buche, ofenf. 20Ztr. 27, 10Ztr. 14, 5Ztr. 7.50, Anzündeholz 20 Sack 9.50 M., 10 Sack 5.00 M., Kiefernholz ▢m 8.50, geschnitten und gespalten 12.50 M. frei Keller inklusive Anfuhr.
Sägewerk Lohmühlenstr. 1-4.

Jeder Arbeiter, jeder Handwerker sollte zur Arbeit die Lederhose Herkules tragen.
= Unerreichte = Leistungsfähigkeit.
Allein-Verkauf
Sehr starkes Leder in grauen u. braunen Streifen, auch einfarbig. Am Bund aus einem Stück gearbeitet, wodurch besondere Haltbarkeit bedingt ist. Sehr feste Kappnähte m. stark. Garn.
Schwere Leder-Pilot-Taschen. Große Flicken umsonst.
Trotz dieser vielen und anderer Vorzüge kostet die Herkules-Hose für normale Männer-Größe **4 M. 50**
Berufs- u. Schutzkleidung für alle Zweige der Gewerke u. Industrie, Sanitätsdienst usw.
BAER SOHN
Spezial-Haus größten Maßstabes
Chausseestr. 29-30 — Brückenstr. 17 Gr. Frankfurterstr. 20 Schöneberg, Hauptstr. 19.
Haupt-Katalog gratis und franko
Nachdr. verboten.

Zurückgekehrt 129/10
Dr. Alfred Alexander
Kurfürstendamm 226. Artilleriestr. 11.

Pfefferberg-Spezialausschank
Hackescher Markt, Neue Promenade 2
Eröffnung Sonnabend nachmittag.

Nathan Wand
129 Stalitzer Str. 129.
Die schönsten Smoking-, Jackett-, Rock- und Gehrockanzüge in neu sowie speziell erstklassige, auf Seide gearbeitete Garderobe, von 3422
Kavalieren getragen, fast neu, für jede Figur passend, speziell Bauchanzüge sind in großer Auswahl stets zu staunend billigen Preisen zu haben.
Nathan Wand
129 Stalitzer Str. 129.
Hochbahnstation Kottbuser Tor.
Bitte im eigenen Interesse auf Hausnummer zu achten.

Theater.

Freitag, 23. August 1912.

Anfang 7½ Uhr.

Kgl. Opernhaus. Die Zauberflöte.
Kgl. Schauspielhaus. Die Welt, in der man sich langweilt.
Prater. O diese Berliner.

Anfang 8 Uhr.

Urania. Ueber den Brenner nach Venedig.
Deutsches. Ein Sommernachtstraum.
Lessing. Die Weber.
Königgrätzer Straße. Die fünf Frankfurter.
Westen. Die schöne Helena.
Neues. Der liebe Augustin.
Berliner. Große Rosinen.
Schiller O. Das Konzert.
Schiller-Charlottenburg. Hohe Politik.
Lustspielhaus. Ein Königreich m. d. H.
Friedr.-Wilh. Schauspielhaus. Die keusche Susanne.
Thalia. Autoliebchen.
Herrnfeld. Wie man Männer bessert. Die Original-Klabriaspartie.
Trianon. Die Brieftasche. Ein peinlicher Zwischenfall. Der Dieb.
Metropol. Schwindelmeier u. Co.
Apollo. Spezialitäten.
Passage. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.

Anfang 8½ Uhr.

Neues Schauspielhaus. Sylvester Schäffer. Der erkaufte Gatte. Ein wenig Musik.
Rose. Die Jüdin von Toledo.

Anfang 8.20 Uhr.

Luisen. Der verflossene Reßdorf.

Anfang 8½ Uhr.

Kleines. Der Unverschämte. Der Arzt seiner Ehre. Lottchens Geburtstag.
Kammerspiele. Mein Freund Teddy.
Königstadt-Kasino. Spezialitäten.

Anfang 10 Uhr.

Admiralspalast. Eisballett: Yvonne.
Sternwarte. Invalidenstr. 57—62.

Schiller-Theater O.
Wallner-Theater.
Freitag, abends 8 Uhr:
Das Konzert.
Morgen und folgende Tage: Das Konzert.

Schiller-Theater
Charlottenburg.
Freitag, abends 8 Uhr:
Hohe Politik.
Anfang 8 Uhr. Ende 10 Uhr.
Morgen und folgende Tage: Hohe Politik.

Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Der liebe Augustin.
Operette von Leo Fall.

Berliner Theater.
Abends 8 Uhr:
Große Rosinen.

Theater in der Königgrätzer Straße
Abends 8 Uhr:
Die 5 Frankfurter.

Theater des Westens.
8 Uhr:
Die schöne Helena.

Trianon-Theater.
Anfang 8 Uhr. „Die Brieftasche". „Ein peinlicher Zwischenfall". „Der Dieb".

Passage-Theater.
Wiedereröffnung Sonnabend, den 31. August.
Gastspiel der sieben Spaßmacher in ihrer Revue
„Da tut sich was."

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Die Jüdin v. Toledo.
Anfang 8¼ Uhr.
Auf der Gartenbühne:
Juhu! Es ist erreicht! Gr. Revue.

Metropol-Theater.
Schwindelmeier & Comp.
Phant.-musik. Komödie in 3 Akt. aus d. Engl. völlig frei bearb. von R. Freund. Musik von R. Nelson, u. a. Tänze von W. Bishop. In Szene ges. v. Dir. Schultz. Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Casino-Theater
Wiedereröffnung der 12. Spielsaison.
Sonnabend, 24. August:
Ein lustiges Stück a. d. Berl. Leben
Der Großfürst.
Vorverkauf für die ersten 7 Tage von 11—2 an der Theaterkasse.

Königstadt-Kasino.
Ecke Holzmarkt- u. Alexanderstr.
Täglich: Varieté u. Theater im herrlichen Naturgarten.
8 Glanznummern
und „So leben wir".
Gesangsburleske in 2 Bildern.
Tägl. Kaffeeküche bis 6 Uhr.

Herrnfeld Theater
Wie man Männer bessert!
Die Original-Klabrias-Partie
Beide Stücke mit Anton und Donat Herrnfeld in den Hauptrollen.
Anfang 8 Uhr.
Vorverkauf 11—2 (Theaterkasse.)

Passage-Panoptikum
Prinz ATOM
Das kleinste menschliche Lebewesen.
Das Wunder aller Wunder.
Lebend! Ohne Extra-Entree!

ZOO
Logischer Garten
Täglich:
Großes Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 Mark, von abends 6 Uhr ab 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Apollo Theater
Ab 8 Uhr
10 gr. komische Attraktionen.
10 Uhr
Der Wunderpapagei
Lora
als Lieder- und Couplet-Sänger.

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger.
Neu!
Die Macht der Töne.
Burleske v. Meysel.
Anfang 8 Uhr, Sonntags 7½ Uhr.

„Kornfranck"-Kaffeegetränke verschiedener Art.

Die eine Art:

Man trinkt „Kornfranck" mit einer kleinen Beimischung von „Aecht Franck-Kaffeezusatz". Das Getränk hat die bekannte Kaffeefarbe, es schmeckt fein und mittelkräftig.

Die andere Art:

Man trinkt „Kornfranck" mit einer grösseren Beimischung von „Aecht Franck" (etwa ⅔ „Kornfranck" mit ⅓ „Aecht Franck"). Das Getränk ist intensiv dunkel, der Geschmack fein, voll und kräftig.

Die dritte Art:

Man trinkt „Kornfranck" als Mischung von „Kornfranck" und Bohnenkaffee mit einer Beigabe von „Aecht Franck-Kaffeezusatz" (etwa je ⅓). Das Getränk ist intensiv dunkel, der Geschmack sehr fein, voll und kräftig.

Milch und Zucker nach Gewohnheit. 631

Gardinen — Stores — Künstler-Gardinen
Bunte Garnituren.
Vornehme Muster, unerreicht billig.
Vertrieb von Erzeugnissen sächs.
Gardinen-Fabriken
Johann Pellot & Co., Kommanditgesellschaft.
Unsere Originalpreise sind verbürgt **nur:**
C. Rosenthaler Straße 2, Rosenthaler Tor.
S. Oranienstr. 37, nahe Oranienplatz.
S. Kottbuser Damm 65 (Neukölln) nahe Hermannpl.
O. Gr. Frankfurter Str. 5-6 Ecke Fruchtstraße.
O. Niederbarnimstr. 13 Ecke Boxhagener Straße.
O. Grüner Weg 28 3787L*
gegenüber der Markthalle.
Spezialhaus allergrößten Stils mit Einzelverkauf. Sachgemäße Bedienung.

Jeder **Arbeiter,** jeder **Handwerker,** jeder praktisch arbeitende **Mann**
der für seine Arbeit, für seinen Beruf, besonders vorteilhaft geeignete Kleidung nötig hat, kauft diese bei
Kohnen & Jöring, Größtes Spezialhaus für Arbeits- u. Berufskleidung
Hauptgeschäft: Alexanderstr. 12. Zweiggeschäfte: Rosenthaler Str. 53 — Landsberger Allee 148 — Neukölln: Bergstr. 66
Nähe Alexanderplatz. Ecke Weinmeisterstraße. am Friedrichshain. (Rixdorf) am Ringbahnh.
Reelle billige Preise, erprobte solide Qualitäten, guter Sitz, richtige Machart, beste Verarbeitung, größte Auswahl.

Möbel-Angebot.
Solides Möbelgeschäft liefert bürgerliche Wohnungseinrichtungen sowie einzelne Möbel gegen mäßige Zinsvergütung bei kleiner Anzahlung u. geringen monatlichen Teilzahlungen. Anfragen unter Postlagerkarte 79, Postamt 28.
Kein Abzahlungsgeschäft. 38512*

Vereinen, Gewerkschaften und Schulen empfiehlt sich das
Restaurant Wald-Idyll
Schmöckwitz i. d. Mark.
Ausschank von Schultheiß-Bieren. — Anerkannt gute Küche.
Inh.: Ernst Noack. Telephon: Zeuthen 31.

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte). Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Gardinen! Steppdecken! Portieren! Tischdecken! außergewöhnlich billig! Vorwärtsleser 5 Prozent Rabatt extra! Gardinenhaus Brünn, Hackescher Markt 4 (Bahnhof Börse). Sonntags geöffnet. *

Monatsanzüge und Sommerpaletots von 5 Mark sowie Hosen von 1,50, Gehrockanzüge von 12,00, Fracks von 2,50, sowie für korpulente Figuren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, aus Pfandleihen verfallene Sachen kauft man am billigsten bei Katz, Mulackstraße 14. *

Betten, Stand 9,—. Brunnenstraße 70, im Keller. 1200R*

Radfahrerkarten. Wir empfehlen Rad- und Auto-Fahrern Straubes Karte 1200 Quadrat-Meilen um Berlin. 2 Teile a 1,50 Mark. Nördliche Hälfte der Provinz Brandenburg reicht bis Stettin-Ueckermünde, südliche Hälfte bis Halle-Leipzig-Dresden-Görlitz. Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69 (Laden). *

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. (Leser des „Vorwärts" erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet! *

Teilzahlungen 0,50 wöchentlich: Gardinen, Portieren, Teppiche, Decken, Uhren, Bilder, Möbel, Polsterwaren, Betten, Wäsche, Kinderwagen, Herrengarderobe. Sende Vertreter. Meisels Nachfolger, Warschauerstraße 80. *

Teppiche, Prachststücke (Farbenfehler), für halben Preis. Vorwärtsleser 10 Prozent! Mauerhoff, Große Frankfurterstraße 9, parterre. Kein Laden! 1896R*

Vorjährige elegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Matzstoffen 20—40 Mark, Hosen 6—14 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. 1288R*

Werkzeug, Ein- und Verkauf billig, Dragonerstraße 3. 2930b

Grundbegriffe der Politik, von Friedrich Stampfer. Gebunden 3 M. Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69 (Laden).

Vorwärtsleser erhalten fünf Prozent Extrarabatt, selbst bei Gelegenheitskäufen. Teppich-Thomas, Rosenthalerstraße 54 und Oranienstraße 126. 1764R*

Taschenbuch für Gartenfreunde Ein Ratgeber für die Pflege und sachgemäße Bewirtschaftung des häuslichen Zier-, Gemüse- und Obstgartens von Max Hesdörfer. Zweite vermehrte Auflage. Mit 137 Textabbildungen. Preis 3,50 Mark. Expedition Vorwärts, Lindenstr. 69.

Teppiche, unbedeutende Farbenfehler, für die Hälfte des Wertes. Gelegenheitskäufe. Portieren, Gardinen, Steppdecken, Tischdecken, Schlafdecken zu Schleuderpreisen. Teppichhaus Adler, Königstraße 50, gegenüber Rathaus. 1957R*

Hermannplatz 6. Pfandleihhaus. Extrabillige Jackettanzüge. Gehrockanzüge. Sommerpaletots. Herrenhosen. Damenmäntel. Allerbilligster Bettenverkauf. Vermietungsbett. Ausstreuerbetten. Ausstreuerwäsche. Reichhaltige Gardinenauswahl. Teppichauswahl. Plüschtischdecken. Steppdecken. Goldsachen. Taschenuhren. Banduhren. Wandbilder. Warenverkauf ebenfalls Sonntags. *

Damenhemden mit gestickter Passe 1,15, Herrenhemden 1,15, Normalwäsche, Arbeiterhemden sowie elegante Reisemuster bis zur Hälfte des Wertes. Wäschefabrik Salomonsky, Dircksenstraße 21, Alexanderplatz.

Geschäftsverkäufe.

Gutgehendes Milch- und Vorkostgeschäft zu verkaufen. Berlichingenstraße 10. †78

Konfitürengeschäft billig zu verkaufen. Carmen Sylvastraße 161.

Grünkramgeschäft, nachweislich gute Existenz, wegen Krankheit sofort verkäuflich. Walter, Neukölln, Hermannstraße 110. †4

Restauration, voller Schank, mehrere Vereine, ist zu verkaufen. Zu erfragen Vorwärts-Spedition, Alt-Moabit 56. †61

Obst-, Gemüse- und Kolonialwarengeschäft umständehalber zu verkaufen. Zu erfragen Tegel, Berlinerstraße 86, I links. †138

Möbel.

Möbelverkauf und Möbeltausch. Vorwärtsleser erhalten Möbel auf Teilzahlung. Aeltere Möbel werden in Zahlung genommen. Postlagerkarte 12, Postamt 22. 1945R*

Möbel-Gelegenheits-Käufe spottbillig, neue gediegene Einzelmöbel und ganze Einrichtungen, Schlafzimmer (eiche) 288,—, komplette Wohnzimmer 132,— bis 240,—, Chaiselongue 24,—, Sofa 38,—, Trumeau 33,—, Schreibtische 40,—, Bettstellen 25,—. Riesenauswahl. Möbelspeicher Neue Königstraße 5/6, 4 Etagen. Teilzahlung gestattet. Auch Sonntags. 249/1*

Möbelhaus Andreasplatz. Brautleute, Möbelsuchende kaufen jetzt bedeutend billiger, enorm riesige Auswahl, Besichtigung lohnend. Andreasstraße 25, neben Metzner. 1915R*

Möbelhandlung Mariannenstraße 25, billige Preise. Teilzahlung gestattet. „Vorwärts"-Leser 3 Prozent Rabatt. 39R*

95 Ankleideschränke, satin, nußbaum, mahagoni 63,—, 75,—, 90,—, dreiteilig mit Facettespiegel. M. Hirschowitz, Skalitzerstraße 25, an der Hochbahn. 1936R

Großer Möbelverkauf! Möbelfabrik Gneisenaustraße 15, nahe dem Halleschen Tore, 32 Jahre bestehend, verkauft zu außerordentlich billigen Preisen: Wohnungseinrichtungen 120 Mark an, Herrenzimmer, Speisezimmer, Schlafzimmer 180 Mark an. Teilzahlung gestattet. Kleiderspind, Vertiko 20,—, Bettstelle 12,—, Wachstuchtische 7,—, Umbauten, Sofas, Küchen, Büfetts 60,—, Schreibtische 22,—, Garnituren 65,—. Zurückgesetzte, verliehen gewesene Möbel besonders preiswert. Lieferung, Aufbewahrung frei. Kein Laden. Hausnummer 15 genau beachten. 1685R*

Zentrale für Arbeitermöbel liefert Reformeinrichtungen in gediegener Arbeit an Reelldenkende auch auf Teilzahlung und bittet Parteimitglieder um Besuch der großen Läger. Niedrige Anzahlung. Zinsvergütung. Gelegenheitskäufe in gebrauchten Möbeln. Verkaufsstelle Schatz, Brunnenstraße 160, Eingang Anklamerstraße.

Schleunigster Verkauf einer noch neuen Nußbaumwirtschaft mit bildschönen Küchenmöbeln, einige Wandbilder, sämtliche Wirtschaftsgegenstände, 195,00. Neue Königstr. 66 I.

Möbel-Gelegenheitskäufe, gut gearbeitet, viele Gelegenheitsmöbel, welche bedeutend unterm Preis sind. Bücherspind 68,—, Schreibtisch 48,—, Bettstelle 33,—, Trumeau mit Stuse 34,—, Sofa 45,—, Kleiderspind 46,—, Kücheneinrichtung 68,—. Ehrlich, Alte Schönhauserstraße 32. 1944R*

Möbel ohne Geld! Bei kleiner Anzahlung geben Wirtschaften und einzelne Stücke auf Kredit unter äußerster Preisnotierung, auch Waren aller Art. Der ganze Osten kauft bei uns. Kretschmann u. Co., Koppenstraße 4. (Schlesischer Bahnhof.) *

Arbeiter-Musterwohnungen. Für jedermann leicht erwerbbar, sehr billig, auch gebrauchte Möbel, gut erhalten, große Auswahl, Teilzahlung gern gestattet. Kassenpreis Zinsvergütung, kleine Anzahlung, bequeme Abzahlung nach Wunsch der Käufer. Gabbert Tischlermeister, Ackerstraße 54. Kein Abzahlungsgeschäft.

Prachtvolles Plüschsofa, gute Nußbaumwirtschaft, auch einzeln, verkauft Zorndorferstraße 4, vorn I rechts.

Wirtschaft, hochmodern, nußbaum, mit aparter Kücheneinrichtung verkäuflich. (Händler unerwünscht!) Darunter: Prachtvolles Büfett, Herrenschreibtisch, Plüschsofa, Umbau, Chaiselongue, Prachtwandbilder, Gaskrone, Mehreres. Königsbergerstraße 11, vorn I links, bei Fischer (nahe Schlesischerbahnhof).

Bilder.

Sie kaufen Bilder nirgends billiger als direkt Fabrik bei Bilder-Bogdan, Weinmeisterstraße 2. 1006R*

Fahrräder.

Erstklassige Fahrräder, Monatsrate 10 Mark. Brückenstraße 10a. Kein Laden. 1629R*

Herrenfahrrad, Damenfahrrad, wie neu, 35,—. Holz, Binnenstraße 44. 1098R*

Brennaborrad, Herrenfahrrad 25,00, Damenfahrrad, sofort, Schrader, Weberstraße 42, Quergebäude. *

Kaufgesuche.

Höchstzahlend, Metalle, Zahngebisse, Platinabfall, Gold, Silber, Quecksilber. Metallschmelze Rieper, Köpenickerstraße 20a (gegenüber Manteuffelstraße).

Platinabfälle, Gramm 5,65, Gold, Silber, Zahngebisse, Stanniol, Quecksilber kauft Bismel, Auguststraße 19.

Zahngebisse, Zahn bis 1,25 Mark, Bruchgold, Stanniol, höchstzahlend. Kohn, Neue Königstraße 76. 228/9*

Platinabfall, Zahngebisse, Silber, Stanniol, Quecksilber höchstzahlend. Edelschmelze, Dresdenerstraße 132, Oranienplatz — Tor. 129/11

Platinabfall, Zahngebisse, Silberabfall, Stanniol, Quecksilber höchstzahlend. Schmelzerei, Friedrichstraße 139 (Weidendammbrücke.)

Unterricht.

Unterricht in der englischen Sprache. Für Anfänger und Fortgeschrittene, einzeln oder im Zirkel, wird englischer Unterricht erteilt. Auch werden Uebersetzungen angefertigt. G. Swienty-Liebknecht Charlottenburg, Stuttgarterplatz 9 Gartenhaus III. 44R*

Violinunterricht nach doppelt fördernder Methode erteilt erfahrener Künstler. Eine Stunde Einzelunterricht 1,25, ½ Stunde 75 Pfennig, für 2 Schüler pro Stunde 2 Mark. Unterweisungen zum Zweck des Solospiels vor großem Publikum pro Stunde 3 Mark. Offerten unter Z. 2, Hauptexpedition des „Vorwärts". 1841R*

Verschiedenes.

Kunststopferei von Frau Kokosky Schlachtensee, Kurstraße 8 III.

Patentanwalt Müller, Gitschinerstraße 81. 2439R*

Patentanwalt Wessel, Gitschinerstraße 94a.

Pfandleihe jetzt Heinersdorferstraße 14, nahe der Greifswalderstraße. 123/15*

Vereinszimmer, 40 und 80 Personen, zu vergeben, Rüdersdorferstraße 56. †41

Aufpolsterung, Sofa, Matratzen spottbillig. Chausseestraße 74, Schäfer.

Vermietungen.

Geschäftskeller Eckhaus Anklamerstraße 22 billig vermietbar. 2913b*

Wohnungen.

Zentralviehhof. Ein- und Zweizimmer-Wohnungen, renoviert, Gas, 16, 19, 24 Mark, sofort und Oktober vermietbar Hähnerstraße 5. 1958R*

Schöne Wohnungen im Vorder- und Hinterhause mit Gas zum 1. Oktober zu vermieten, Buttmannstraße 15 beim Wirt. 1817R*

Köpenick-Uhlenhorst, Amselstraße 7a, direkt am Walde, schöne Zweizimmer-Wohnung mit Bad und Garten zum 1. Oktober zu vermieten. Näheres daselbst. 2890b

Prachtwohnungen, 2, 3 Zimmer, Loggia, Bad, Mädchenzimmer, 25,00, 45,00. Koloniestraße 69. †31*

Zimmer.

Möbliertes Erkerzimmer (großes) Baumschulenweg, Trojanstraße 6, II links. Aussicht: Sportplätze. 2928b

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Parteigenosse, schreibgewandt, sucht Beschäftigung gleich welcher Art. Elstereis, Enckeplatz 3. 2927b

Stellenangebote.

Leistennieter auf Kartons sofort verlangt. Katz u. Co., Immanuelkirchstraße 3/4. †15*

Belegerin verlangt Raabe, Kurfürstenstraße 7. †139

Verantwortlicher Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste!

Die Berliner Arbeiterschaft wird gebeten, sich bei Ausflügen nach dem Spreewalde zwecks Fährleute usw. an den Genossen P. Kuschy, Lübbenau, zu wenden.

In Lübbenau ist das Lokal von Spitzeck von der Lokalliste zu streichen; zur Verfügung steht uns das Lokal von Trimolt, Vorstädtische Hauptstr. 59.

Auf mehrfache Anfragen teilen wir mit, daß der Inhaber des Restaurants „Neu-Heringsdorf" neben den Elektrizitätswerken an der Oberspree nicht gewillt ist, der organisierten Arbeiterschaft sein Lokal zur Verfügung zu stellen. Herr Rob. Bludschuß verzichtet ausdrücklich auf Arbeiterkundschaft.

In Reinickendorf-Ost, N.-B., findet am Sonntag, den 25. und Montag, den 26. August, in den drei Lokalen, Hauptstraße, großes Erntefest statt. Wir machen darauf aufmerksam, daß das Lokal von Kuhrmann für organisierte Arbeiter gesperrt ist. Desgleichen findet in Rosenthal (Dorf) am Sonntag, den 25. August, das übliche Erntefest statt. Da die dortigen Saalbesitzer uns ihre Säle verweigern, machen wir darauf aufmerksam, daß uns nur das Lokal Zur Mühle, Inhaber Kabelitz, zur Verfügung steht.

In Glienicke an der Nordbahn, N.-B., ist das Lokal „Wirtshaus Waldesruh", Inhaber A. Schneider, frei.

In Schmöckwitz, T.-B., steht uns das Lokal „Segler-Schloß", Inhaber A. Roack, zur Verfügung.

Wir bitten die Lokalliste genau zu beachten.

Die Lokalkommission.

---

5. Kreis, Abt. 1 B. Heute, Freitag, den 23. August, abends 8½ Uhr, findet die Abteilungsversammlung im Restaurant „Zum Prälaten", Greifswalder Straße, Ecke Lehder Straße, statt.

Mühlenbeck (Bezirk Nieder-Schönhausen). Die Sonntag, den 25. August, fällige Mitgliederversammlung des Wahlvereins fällt aus.

Die Bezirksleitung.

Berliner Nachrichten.

Ein begrabenes Volksfest.

Es war einmal . . . Aelteste Berliner singen und sagen noch heute von ihm, vom Stralauer Fischzug. Als moderner Großstadtmensch kann man sich nicht so leicht hineindenken in die Anno dazumal echt volkstümlichen Festtage, die sich seit Jahrhunderten stets am 24. August, am Bartholomäustage, auf der vom Rummelsburger See und von der Oberspree gebildeten Halbinsel Stralau abspielten. Das populärste Berliner Fest hatte Aehnlichkeit mit den aus der Geschichte bekannten alten süddeutschen Volksfesten, bei denen auf offenem Marktplatz der Festochse gebraten und verzehrt wurde. Tatsächlich reicht ja die Entstehung der Feier des Stralauer Fischzuges bis weit in das Mittelalter hinein, und noch bis zum Anfang der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts hat sich der Brauch fast unverkürzt erhalten. Aus Beschreibungen vor hundert Jahren ersieht man, wie sich im Dorfe Stralau und seiner allernächsten Umgebung am 24. August mehr als fünfzigtausend Menschen zusammenfanden. Man war damals durchaus nicht verwöhnt mit Vergnügungsstätten, ergriff also begierig die Gelegenheit zum Massenamüsement. Der Verkehr war nicht so frei und einfach wie heute. Die Berliner mußten auf Gondeln und großen Kähnen die Spree benutzen oder das mit zwei Oeffnungen versehene, ziemlich enge Stralauer Tor. Eisenbahnen, Dampfschiffe — so etwas gab es noch nicht. In Stralau selbst, das sich damals als echtes Fischerdorf repräsentierte, waren auch die Wirtshäuser nur spärlich gesät und auf Massenbesuch nicht eingerichtet. Zum Feste wurden daher fliegende Kneipen, meist unter Zelten, auf allen Aeckern und Wiesen, selbst auf dem alten Stralauer Kirchhof, aufgeschlagen. Die meisten machten es sich auf dem Erdboden bequem, zündeten Feuer an, brieten und schmorten nach Herzenslust, was Küche und Keller aus Berlin hergeben konnten. Eine große Rolle spielte auch der bleierne, buntgefärbte Fischzugsorden als Zeichen, daß man „da war". Er kostete einen Sechser und wurde so stolz getragen wie in unserer Zeit am 1. Mai, dem Festtage des Proletariats, die rote Blume im Knopfloch. Von dem eigentlichen Fischzug sollen die guten Berliner schon damals nichts gesehen haben. Er fand nämlich kurz vor Sonnenaufgang statt, die Wiederholung am Nachmittag war nur „Mache". Getanzt wurde zu dudelnder Musik an zahlreichen Stellen im Freien, und die paar hundert Leuchtkugeln und Raketen, die am Abend zum Himmel stiegen, wurden ebenso bestaunt wie viele Jahrzehnte später die auch schon wieder aus der Mode gekommenen Brillant- und Parade-Feuerwerke zu Wasser und zu Lande. Was ist von alledem übrig geblieben? So gut wie nichts. Die Stralauer atmen Großstadtluft, fühlen sich nicht mehr als Dörfler und Fischer. Die Fischerfamilien sind dezimiert, ebenso auch die Fische. Das älteste Berliner Volksfest ist so gut wie begraben und es wird niemals wieder aufleben.

Wieder eine Riesenunterschlagung.

Zu den drei ungetreuen Bankangestellten Haase, Zebell und Bruning, die vor kurzer Zeit nach Unterschlagung von Riesensummen die Flucht ergriffen haben, hat sich jetzt ein vierter Bankangestellter gesellt, der jedoch schon wenige Stunden nach seinem Verschwinden festgenommen werden konnte. Es handelt sich um den am 18. Oktober 1886 zu Nikolai in Schlesien gebürtigen Bankbeamten Friedrich Klopsch, der bei dem Schaaffhausenschen Bankverein in der Französischen Straße angestellt war. Klopsch hat seit April v. J. nach und nach der Bank für ungefähr 120 000 M. 4proz. preußische Konsols unterschlagen und diese bei derselben Bank zu Geld gemacht. Am Mittwoch versuchte er durch eine dritte Person wiederum Konsols zu verkaufen, und zwar für nicht weniger als 70 000 M. Dies fiel dem Bankverein auf und er nahm eine Revision der Wertpapiere vor. Dabei stellte sich das Fehlen der Konsols heraus, ebenso, daß die Unterschlagung von dem Beamten Klopsch verübt worden ist. Als dieser von der Entdeckung erfuhr, benutzte er einen unbewachten Augenblick, aus dem Geschäft zu entfliehen. Der sofort benachrichtigten Kriminalpolizei gelang es gestern Mittag den Defraudanten zu fassen. Als sie seine Wohnung in der Niebuhrstraße 67 zu Charlottenburg durchsuchen wollte, fand sie diese verschlossen. Die Beamten öffneten die Tür gewaltsam und fanden nun den Defraudanten vor. Er versuchte sich zu erschießen. Doch gelang es, ihn festzunehmen, ehe er von der Waffe Gebrauch machen konnte. Ungefähr 50 000 Mark, die K. sich im Laufe der Zeit durch den Verkauf der Konsols verschafft hat, will dieser durch seinen leichtsinnigen Lebenswandel verbraucht haben.

Böse hineingelegt hat ein Vergnügungskomitee die im Glühlampenwerk der A. E. G. (Sickingenstraße) beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. Das Komitee hatte zum Sonnabend, den 17. August, eine Mondscheinfahrt mit Musik nach dem Prinzengarten (Müggelsee) arrangiert und hatte Billetts zu diesem Zwecke ausgegeben, auf denen das Ziel der Fahrt aufgedruckt war. Die Fahrt ging auch von statten. Als der Dampfer hielt, stiegen die Fahrgäste aus und mit Musik, die die Arbeitermarseillaise spielte, ging es in das Festlokal. Wie erstaunten aber die Festteilnehmer, als sie bemerkten, daß sie gar nicht im Prinzengarten am Müggelsee gelandet waren, sondern im Seglerschloß zu Schmöckwitz. War man deswegen schon ungehalten, so griff Empörung Platz, als sich herausstellte, daß das neue Ziel der Fahrt, das Seglerschloß, ein für die organisierte Arbeiterschaft gesperrtes Lokal war. Kellner, die nach ihrer Organisationszugehörigkeit gefragt wurden, antworteten auch ganz ungeniert, daß die Anfragenden nicht in ein gesperrtes Lokal kommen sollten, wenn sie durchaus von organisierten Kellnern bedient werden wollten. Als der Wirt von der Entrüstung Kenntnis erhielt, stellte er sich auf einen Stuhl und erklärte: „Heute gebe ich Ihnen das Lokal frei!" Auch ein Mitglied des Vergnügungskomitees erklärte dasselbe. Womit natürlich gar nichts gesagt war. Gewiß wird ein Wirt sein Lokal einem Massenbesuch öffnen, wenn von ihm nichts weiter verlangt wird, als bei einem Vergnügen das Geld der Arbeiter einzunehmen.

Man frägt sich, wie war es möglich, daß ein Vergnügungskomitee organisierte Arbeiter so hineinlegen konnte, wie das im vorliegenden Falle geschehen ist. Erst fährt man gar nicht nach dem auf den Billetts angegebenen Ziel und dann geht die Fahrt nach einem für die Arbeiterschaft gesperrten Lokal. Es klingt obendrein wie Hohn, daß die Musik die Marseillaise spielt in dem Augenblick, da man in ein gesperrtes Lokal einzieht. Es muß gefragt werden: Wer sind die Veranstalter dieses Vergnügens, die ihre Kollegen in dieser schandbaren Weise hineingelegt haben. Es muß mit aller Schärfe gegen ein solch dunkles Treiben von Vergnügungsmenschen Einspruch erhoben werden.

Der Hungertod des Veteranen Drux, der vor einigen Wochen erhebliches Aufsehen erregte, hat die „amtlichen Stellen" veranlaßt, eine Untersuchung über den Lebensgang des Toten einzuleiten, deren Ergebnis von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" jetzt wie folgt veröffentlicht wird:

„Vor kurzem ging durch die Tagespresse die Nachricht, daß der Veteran Drux auf der Straße in Berlin-Wilmersdorf den Hungertod erlitten habe. An diese Mitteilung knüpfte ein Teil der Blätter mehr oder minder heftige Anklagen gegen die betreffenden Stellen im Reich, deren „unzureichende Fürsorge für den alten Kriegsteilnehmer" man mittelbar für den Tod des Drux verantwortlich machte. Mit Rücksicht auf die Erregung, die durch diese Zeitungsartikel in weite Kreise hineingetragen worden ist, erscheint es notwendig, hier kurz das Ergebnis der amtlichen Ermittelungen mitzuteilen, die gleich nach dem Vorfall eingeleitet wurden und jetzt abgeschlossen sind.

Drux war in seiner Heimat als Trinker, Bettler und Landstreicher bekannt. Seit mehr als zwanzig Jahren hielt er sich von seinen in Westfalen lebenden Angehörigen, seiner Ehefrau und mehreren Söhnen, fern und trieb sich von Ort zu Ort umher. Die Söhne hatten sich immer wieder erboten, für ihren Vater vollständig zu sorgen, doch waren alle Bemühungen, Drux zu Hause zurückzuhalten oder zur Rückkehr zu bewegen, vergeblich. Drux verließ stets von neuem die Heimat, seine Familie ohne jede Nachricht zurücklassend, so daß diese schon seit langer Zeit von seinem Aufenthalte und seinem Ergehen keine Kenntnis hatte.

Von 1889 bis 1911 war Drux nicht weniger als 76mal wegen Bettelei und Landstreichens bestraft worden. 12 Jahre hat er im Arbeitshause zugebracht. Außerdem erlitt er verschiedene andere Strafen wegen Betruges, Beleidigung, Sachbeschädigung und wurde zuletzt noch anfangs 1911 wegen gefährlicher Körperverletzung zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt.

Bis wenige Wochen vor seinem Tode befand sich Drux im Landkrankenhause in Hanau, wo er seit Ende 1911 auf Kosten des Landarmenverbandes verpflegt worden war.

Die unmittelbare Ursache des Todes des Drux war ein Herzschlag, der auf Entkräftung — wie angenommen wurde — nicht zurückzuführen ist, da sich der Verstorbene, laut ärztlicher Feststellung, in einem guten Ernährungszustande befunden hat.

Drux hat nach vorstehendem ganz allein seine Lage seiner Trunksucht und seiner unglücklichen Veranlagung zuzuschreiben, die ihn das ungeregelte Leben dem sorgenfreien Aufenthalt bei seinen Angehörigen vorziehen ließen. Zu einem besonderen Mitleid lag hiernach jedenfalls ein Anlaß in keiner Weise vor.

Es darf erwartet werden, daß die beteiligten Blätter nunmehr ihre Leser über den wahren Sachverhalt aufklären werden.

Im übrigen zeigt auch wieder der Fall Drux, mit welcher Vorsicht Mitteilungen dieser Art behandelt werden müssen, ehe der wirkliche Tatbestand festgestellt ist."

Selbst wenn das zutrifft, was in der amtlichen Erklärung von dem Hungers verstorbenen Veteranen behauptet wird bleibt die Tatsache bestehen, daß das Reich die alten Krieger mit Bettelpfennigen abspeist. Im übrigen hätten sich die amtlichen Ermittelungen vielleicht auch darauf erstrecken können, inwieweit die Teilnahme an den drei Feldzügen den inneren Zerfall des auf der Straße Verstorbenen herbeigeführt hat. Daß er wegen Bettelns und Landstreichens häufig bestraft, ja sogar ins Arbeitshaus gewandert, wegen Betruges, Beleidigung, Sachbeschädigung und gefährlicher Körperverletzung zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt worden ist, beseitigt nicht das Faktum des Hungertodes.

Und die Lage der noch tausenden darbenden Kriegsveteranen wird durch die Aufzählung all der schlechten Eigenschaften des verhungerten Vaterlandsverteidigers um kein Deut besser.

Im übrigen sind erfahrungsgemäß auch amtliche Untersuchungen mit größter Vorsicht aufzunehmen.

Nachtrag zum Berliner Fernsprechverzeichnis. Zu dem Verzeichnis der Teilnehmer an den Fernsprechnetzen in Berlin und Umgegend vom April hat die Oberpostdirektion einen Nachtrag hergestellt, der demnächst verteilt wird. Der Nachtrag enthält auf 56 Seiten etwa 6500 neue Anschlüsse aus den Ober-Postdirektionsbezirken Berlin und Potsdam. Aenderungen und Streichungen sind nicht besonders mitgeteilt. Eine Anmerkung besagt, daß für den Monat Oktober eine Neuauflage des Verzeichnisses beabsichtigt ist, die Mitte November zur Ausgabe kommt. Anträge auf Aenderung oder Vervollständigung der Eintragungen sind möglichst frühzeitig, spätestens bis zum 8. Oktober, schriftlich und frankiert an das zuständige Fernsprechamt zu richten.

Umleitung einer Straßenbahnlinie. Die Straßenbahn ist genötigt, wegen Kanalisationsarbeiten an der Kreuzung der Gneisenau- und Yorckstraße die Linie 14 statt durch die Belle-Alliance und Gneisenaustraße vom Sonnabend, den 24. August an über die Blücher- und Yorckstraße zu leiten. Die Arbeiten und die Umleitung werden etwa fünf Tage dauern.

Die großen Tunnelbauten im Westen Groß-Berlins nähern sich ihrer Vollendung. Für die Wilmersdorfer Schnellbahn muß bekanntlich das Eckhaus Tauentzien- und Nürnberger Straße unterfahren werden. Hier sind die Arbeiten in letzter Zeit derart gefördert worden, daß der Tunnelbau in kurzer Zeit wird fertiggestellt werden können. Der eingleisige Tunnel, der zwecks Abzweigung der Bahn nach dem Kurfürstendamm (Uhlandstraßenecke) die Stammlinie an der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche unterfährt, ist im Rohbau schon fertig, so daß auf dem Auguste-Viktoria-Platz wieder mit der Umlegung der Straßenbahngleise an ihre frühere Stelle hat begonnen werden können. Das gleiche gilt von der Spichernstraße und dem Kurfürstendamm. Hier ist freilich noch ein schwieriges Werk zu überwinden: die Unterfahrung des großen im Zuge der Joachimsthaler Straße liegenden Notauslasses. Die Arbeiten sollen aber auch an dieser Stelle so gefördert werden, daß die Fertigstellung noch in diesem Jahre erfolgen kann. In der Nürnberger Straße endlich soll mit der Wiederherstellung des Pflasters und der Umlegung der Straßenbahngleise demnächst begonnen werden. Am weitesten zurück sind noch die Arbeiten am Wittenbergplatz, woselbst allerdings die größten Schwierigkeit zu bewältigen sind. Die alten Tunnelwände sind hier noch nicht völlig beseitigt, so daß der Umbau des sechsgleisigen Bahnhofs wohl erst im nächsten Jahre wird vollendet werden können.

Unter dem Verdacht, der gesuchte Defraudant, der Kassenbote Brüning zu sein, ist am gestrigen Mittwoch mittag auf dem Fernbahnsteig in Charlottenburg eine Dame verhaftet worden, die in dem um diese Zeit eingelaufenen D-Zug Köln-Berlin in Begleitung einer anderen eleganten und auffallend schönen Frau die Reise von der rheinischen Hauptstadt nach Berlin zurückgelegt hat. Auf der Fahrt nach hierher war dem Oberkellner des Speisewagens in dem genannten Zuge die tiefe Stimme der schönen Frau aufgefallen und er erinnerte sich auch, die jüngere der Damen in den letzten Monaten wiederholt beim Diner im Speisewagen bedient zu haben. Und zwar glaubte der Oberkellner, diese Dame in Gesellschaft eines Herrn gesehen zu haben, der mit der schönen Frau eine sprechende Aehnlichkeit besaß. Der Oberkellner besprach den Fall sofort mit seinen Kollegen und man kam zur Ansicht, daß es sich hier wahrscheinlich um den Defraudanten Brüning handele, der in Damenkleidern der Stätte seiner ehemaligen Tätigkeit einen Besuch abzustatten gewillt sei. Auch der Zugführer wurde von dem Verdacht verständigt. Unterwegs wurde die Charlottenburger Kriminalpolizei telegraphisch von dem Eintreffen der beiden Damen informiert. Als der Zug auf dem Bahnhofe des genannten Vorortes eintraf, traten mehrere Kriminalbeamte an das Coupé, in welchem die Damen saßen, heran, legitimierten sich und brachten die Herrschaften in durchaus unauffälliger Weise vom Bahnsteig, um sie nachher nach dem Charlottenburger Polizeipräsidium zu überführen. Hier legitimierten sich aber die beiden Damen als — ein Ehepaar aus Frankfurt am Main. Der als Frau gekleidete Gatte gab an, daß er ein Transvestit sei und sich auf dem Wege zu Dr. Magnus Hirschfeld in Berlin befinde, den er konsultieren wolle. Die jüngere Dame erklärte, daß sie die Frau des Transvestiten und vollkommen damit einverstanden sei, daß ihr Mann weibliche Kleidung trage. Den Verdacht, der Kassenbote Brüning und seine etwaige Begleiterin zu sein, wies das Ehepaar mit Entrüstung zurück. Es stellte sich auch bald heraus, daß der Gatte mit dem gesuchten Kassenboten nicht identisch war und daß es sich hier um ein Frankfurter Ehepaar handelte. Gegen 10 Uhr abends wurde das seltsame Ehepaar aus seiner Haft entlassen.

Einen umfangreichen Schwindel mit gefälschten Rabattmarken hat die Kriminalpolizei aufgedeckt. Der Reichs-Spar- und Rabattverein in der Gitschiner Straße fand in der letzten Zeit wiederholt, daß die Bücher, die er von den Kaufleuten gefüllt zurück bekam, gefälschte Rabattmarken enthielten. Er machte seine Kunden hierauf aufmerksam und bat sie, acht zu geben. Auf diese Warnung hin sah auch ein Kaufmann in der Weserstraße in Neukölln genauer zu, als ein Mann ihm bei einem kleinen Einkauf ein Markenbuch in Zahlung gab. Weil alle Marken ganz neu waren, schöpfte er Verdacht und ließ den Käufer festnehmen. Auf dem Polizeipräsidium wurde der Verdächtige festgestellt als der 30 Jahre alte Lithograph Gustav Ruthe, der in der Kaiser-Friedrichstraße 176 eine Küche gemietet hatte, um Marken im großen herstellen zu können. Er hatte zu diesem Zweck eine Steindruckhandpresse, eine Perforiermaschine und die nötigen Farben angeschafft und seine Versuche unermüdlich solange fortgesetzt, bis ihm die Fälschungen zuletzt durchweg gut gelangen. Besonders ähnlich fielen die Einmark- und die Zehnpfennigmarken aus, während er bei den 25-Pfennigmarken die Farbe nicht recht traf. In der Fälscherküche fand die Kriminalpolizei noch ungefähr 300 Bogen nachgemachter Marken. Ruthe, der wegen Falschmünzerei schon mit 8 Jahren Gefängnis bestraft ist, gestand ein, die Fälschungen der Rabattmarken schon seit längerer Zeit betrieben zu haben, um davon zu leben. Seit zwei Jahren ist er wegen Krankheit arbeitslos.

Ein weiterer Berliner Bankdefraudant wurde auf Veranlassung der Berliner Kriminalpolizei in Swakopmund verhaftet. Kurz nach der Unterschlagung des Kassenboten Haase bei der American Expreß Compagnie stellte sich heraus, daß derselben Bank 16 000 M. veruntreut worden waren. Zwei Wertbriefe, die das Berliner Zweiggeschäft nach dem Hauptsitz der Bank in New York sandte, enthielten statt der darin angekündigten 16 000 M. nur Papierschnitzel. Bei der Absendung waren den Beamten vier Tausenddollarnoten zum Einstecken in den Brief gegeben worden. Es mußte also einer von ihnen die Scheine für sich behalten haben. Der Verdacht fiel zuerst auf den Kassenboten Haase, der bei seinem Geständnis die Unterschlagung dieses Geldes jedoch bestritt. Es stellte sich auch bald heraus, daß diese Veruntreuung von einem anderen früheren Angestellten des Geschäfts verübt worden war, und zwar von dem 27 Jahre alten Verwaltungssekretär Karl Bennent, der aus Düsseldorf gebürtig ist und zuletzt in der Windscheidstr. 30 zu Charlottenburg wohnte. Bennent erschien am 10. v. M. bei einem Lotterie- und Bankgeschäft, wo er auf Englisch bat, ihm eine Tausend-Dollarnote zu wechseln. Der Geschäftsinhaber tat dies auch. Später wurde der Dollarschein in Hamburg, wo die Nummer der Note bekannt war, angehalten. Der Inhaber des Bankgeschäfts erkannte aus den ihm vorgelegten Bildern den Verwaltungssekretär Karl Bennent bestimmt wieder. Die Kriminalpolizei ermittelte bald, daß sich Bennent, der sich nach Berlin abgemeldet hatte, in Wirklichkeit den Dampfer „Prinzessin" bestiegen hatte, um nach Südafrika zu fliehen. Bei seiner Ankunft in Swakopmund wurde er jetzt von der benachrichtigten Hafenbehörde erkannt und festgenommen.

Die Affäre der verhafteten Inhaber der „Berliner Fleisch- und Wurstwarenfabrik A. Müller" in der Neuen Königstraße, Kaufleute Max und Rudolf Schmager, hat gestern eine unerwartete Wendung genommen. Die unter dem Verdacht des Konkursverbrechens und Vergehens gegen das Gesetz betr. die Gesellschaften m. b. H. verhafteten Inhaber wurden in erster Linie beschuldigt, angesichts des drohenden Konkurses in der Absicht, ihre Gläubiger zu benachteiligen, Vermögensstücke beiseite geschafft zu haben. Außerdem sollten sie die Geschäftsbücher unordentlich geführt und bei Gründung der Gesellschaft unrichtige Angaben gemacht haben. Die Verhafteten bestritten von Anfang an mit aller Entschiedenheit, sich irgendeiner strafbaren Handlung schuldig gemacht zu haben. Vom Rechtsbeistand der beiden Verhafteten wurde sofort der Antrag auf Haftentlassung gestellt, der wie folgt begründet wurde: Durch ein plötzlich aufgetauchtes, völlig unbegründetes Gerücht, nach welchem die Gebrüder Schmager zahlungsunfähig seien, habe sich ein förmlicher „Run" der Gläubiger entwickelt, die plötzlich sämtlich ihre Forderungen einziehen wollten. Die hierdurch entstehende Krisis habe sich dann durch den völlig übereilten Antrag auf Eröffnung des Konkursverfahrens zur Katastrophe entwickelt. — Die Nachprüfung dieser einzelnen Momente durch den

Untersuchungsrichter hat zu dem Resultat geführt, daß die beiden Verhafteten ohne Stellung einer Kaution gestern aus der Haft entlassen wurden. In dem Beschlusse wird u. a. gesagt, daß die sämtlichen von dem „Gläubigerschutzverband" ausgehenden Beschuldigungen völlig zu Unrecht erhoben worden seien, ebenso seien auch die Bücher in bester Ordnung gewesen.

Ueber die Höhe der Gesamtkosten einer Feuerbestattung werden von Zeit zu Zeit Anfragen an die Redaktion des Briefkastens gerichtet. Hierzu ist zu bemerken, daß die Preise in denjenigen Städten, in denen die Leichenverbrennung schon längere Zeit besteht, verschieden sind. Eine wesentliche Verbilligung der Feuerbestattung hat der Verein der Freidenker für Feuerbestattung, Sitz Berlin, Geschäftsstelle Emil Bunde, Neukölln-Berlin, Elbestr. 19/20, vorn IV, für seine Mitglieder erreicht. Derselbe kann für seine Mitglieder die Feuerbestattung (einschl. sämtlicher Besorgungen, ärztliche Atteste, polizeilicher Ueberführungsschein usw. durch die Geschäftsstelle) in Chemnitz für 265 M., in Jena für 275 M., in Gotha für 285 M. und in Hamburg für 310 M. ausführen. Für auswärtige Mitglieder werden diese Kostenansätze verändert durch die Transportkosten auf der Eisenbahn sowie durch die Zusendung eines vorschriftsmäßigen Transportwagens.

Als Zuschuß zur Verbrennung gewährt der Verein bei einem Eintrittsgeld von 1 M. und dem Mindestbeitrag von monatlich 50 Pf. nach dreijähriger Mitgliedschaft 30 M., nach fünfjähriger 50 M., nach siebenjähriger 100 M., nach achtjähriger 150 M. und nach neunjähriger Mitgliedschaft 200 M. Nach zehnjähriger Mitgliedschaft wird die volle Einäscherung kostenlos nach den Mindestsätzen des Vereins ausgeführt.

Sobald die Leichenverbrennung in dem von der Stadt Berlin errichteten Krematorium vor sich geht, ändern sich die Bedingungen des Vereins. Er übernimmt dann bereits die kostenlose Einäscherung seiner Mitglieder nach dreijähriger Mitgliedschaft zu den Mindestsätzen des Berliner Krematoriums.

Der Vorstand des jüdischen Krankenhauses teilt uns unter Bezugnahme auf die in der Nummer vom 13. d. M. im „Vorwärts" enthaltene Notiz: „Ein aufregender Vorgang" mit, daß die Untersuchung über die Entlassung des Patienten Margolies die Unrichtigkeit unserer Mitteilungen ergeben hätte. M. sei am 8. August durchaus entlassungsfähig gewesen, er habe sich jedoch geweigert, das Krankenhaus zu verlassen. Der Patient habe stets gegen die Disziplin des Krankenhauses verstoßen. Es treffe daher nicht zu, daß er wegen Nichtzahlung der rückständigen Verpflegungskosten entlassen worden sei. Auch wird in dem Schreiben bestritten, daß der Inspektor den M. am Halse gepackt oder mit der Polizei gedroht habe.

Aus dieser Mitteilung ist nicht ersichtlich, weshalb die Entlassung des M. plötzlich so eilte. Auf unsere Angabe, daß der stellvertretende Chefarzt, Prof. Karewsky angeordnet habe, daß dem Kranken ein anderes künstliches Bein angefertigt werden müsse, weil das ihm vorher verordnete Schmerzen verursache, geht das Schreiben nicht ein. Dem Kranken kam es doch lediglich darauf an, im Besitze des künstlichen Beines zu sein. Diesem Wunsche hätte die Verwaltung Rechnung tragen können, sie hätte dadurch sich und den übrigen Patienten einen solchen unangenehmen Auftritt erspart. Das zwangsweise Ankleiden des Patienten durch Arzt und Krankenpfleger mußte auf die anderen Patienten empörend wirken.

Im städtischen Familienobdach befanden sich am 1. August 162 Personen und zwar 37 Familien mit zusammen 112 Köpfen (darunter 42 Kinder und 31 Säuglinge) und 50 Einzelpersonen. Der Gesamtbestand betrug am 1. Juli 26 Personen weniger.

Das städtische Obdach wurde während des Juli von 51 947 Männern und 645 Frauen besucht. Der Tag des geringsten Besuches war der 15. Juli mit 1487 Personen, der des stärksten Besuches der 5. Juli mit 1952 Personen. Gebadet haben in den Brausebädern täglich durchschnittlich 636 Personen. Wannenbäder wurden während des ganzen Monats an 663 Männern und 618 Frauen verabreicht.

Auf der Treptow-Sternwarte spricht Dozent Jens Lützen am Sonntag, den 25. August, abends 7 Uhr, über: „Sonne und Sommerhitze", am Montag, den 26., abends 7 Uhr lautet das Thema: „Welche Himmelskörper sind bewohnt?" Beide Vorträge sind gemeinverständlich und mit zahlreichen Lichtbildern ausgestattet. Mit dem großen Fernrohr wird am Tage ein heller Stern und des Abends der Jupiter, ein Sternhaufen oder ein Fixstern gezeigt. Kleinere Fernrohre stehen den Besuchern zum Aufsuchen beliebiger Objekte kostenlos zur Verfügung.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Eine gefährliche Schwindlerin ist gestern durch die Kriminalpolizei festgenommen worden. Es handelt sich um ein 25jähriges Mädchen, das unter den Namen Elsa von Sanden, Anna Sameck, Anna Spetz, Elise Koch usw. seit längerer Zeit in den westlichen Vororten und auch in Berlin selbst Logisschwindeleien verübt hat. Die sehr vornehm und sicher auftretende Gaunerin, mietete sich in besseren Pensionen ein, wo sie auf Kosten der Pensionsinhaber ein flottes Leben führte. Sobald ihr die Rechnung präsentiert wurde, verschwand sie heimlich.

Beim Umzug schwer verletzt wurde gestern der 28jährige Hausdiener Bernhard Pirket aus der Ebersstr. 4. P. befand sich im Umzug und wollte gestern mehrere schwere Eisenplatten auf den Wagen heben. Dabei entglitt ihm die Last und fiel ihm auf die linke Hand, deren Finger völlig zermalmt wurde. Der Verunglückte erhielt von einem hinzugerufenen Arzt die erste Hilfe und fand dann Aufnahme im städtischen Krankenhause.

Groß-Lichterfelde.

Selbstmord durch Gasvergiftung beging der 84 Jahre alte Plättereibesitzer Paul Liesegang, Dürerstr. 42 wohnhaft. Gestern früh machte sich im genannten Hause ein intensiver Gasgeruch bemerkbar. Als um ½8 Uhr die Plätterinnen erschienen und mit ihrer Arbeit beginnen wollten, fanden sie sämtliche Gashähne geöffnet vor, während L. angekleidet auf dem Bett lag. Die sofort herbeigerufene Sanitätskolonne versuchte mit dem Sauerstoffapparat Wiederbelebungsversuche. Sanitätsrat Dr. Rothe konnte jedoch nur den bereits vor Stunden eingetretenen Tod feststellen. L. war verheiratet und hinterläßt Frau sowie einen achtjährigen Sohn. Eheliche Zwistigkeiten, verursacht durch allzu reichlichen Alkoholgenuß des Mannes, haben diesen in den Tod getrieben. Die Eheleute lebten in der letzten Zeit getrennt.

Nieder-Schöneweide.

Auf zur Gemeindewahl! Heute, Freitag, den 23. August, nachmittags von 2 bis 9 Uhr abends, findet in der Aula der Schule die Ersatzwahl zur Gemeindevertretung statt. Kandidat der sozialdemokratischen Partei ist Restaurateur Wilhelm Ladendorf. An den Wählern liegt es nun, durch Abgabe ihrer Stimme für den Kandidaten der Sozialdemokratie, der die Interessen der arbeitenden Bevölkerung vertritt, dessen Wahl zu sichern. Tue jeder Genosse seine Pflicht und der Erfolg wird nicht ausbleiben.

Genossen, die sich an den Wahlarbeiten beteiligen, treffen sich vor 2 Uhr im Schlepplokal bei Reinh. Schneider, Hasselwerder Str. 36.

Ober-Schöneweide.

Gemeindevertretersitzung. Vom Gemeindevorsteher wurden zunächst die neugewählten Schöffen und Vertreter, unter ihnen auch Genosse Liesegang, in ihr Amt eingeführt. Unter Mitteilungen wurde bekanntgegeben, daß die Klage des früheren Gemeindewächters Pflanz auf Gewährung einer Rente auch in zweiter Instanz abgewiesen, das Urteil aber vom Kläger angefochten sei. Die im Frühjahr von der Vertretung neugeschaffene Besoldungsordnung für die Lehrkräfte in der Volksschule hat nicht die Genehmigung der Behörde gefunden. Vom Gemeindevorstand ist gegen diesen Entscheid, der mit der ungünstigen Finanzlage der Gemeinde begründet wurde, Beschwerde an den Provinzialrat erhoben worden. Bei der Angelegenheit der Erneuerung verschiedener Versicherungen wurde von unseren Genossen auf den Mangel hingewiesen, daß Unfälle der Schüler beim Turnen vielfach ohne Entschädigung blieben. Die Maßnahme der Versicherungsgesellschaften, wonach bei Unfällen, die sich unter Aufsicht der Lehrperson zutragen, eine Entschädigung nicht gezahlt werde, mache die ganze Versicherung ziemlich wertlos, da von dem haftenden Lehrer doch keine Deckung der Ansprüche zu erlangen sei. — Der aus dem Verkauf eines Gemeindegrundstückes erzielte Gewinn soll zur Bildung eines Grundstückerwerbsfonds verwandt werden. Zur Aufstellung des Projektes der neuen Kanalisation wurden 8000 M. bewilligt; der Aufwand für die erstmalige Anlage wird zirka ⅓ Million Mark betragen.

In geheimer Sitzung wurden Anstellungs- und Pensionierungssachen erledigt.

Grünau.

Der Arbeiter-Radfahrerverein veranstaltet Sonntag, den 25. August, in „Günthers Sportpark" unter Mitwirkung der Arbeiter-Turn- und Gesangvereine ein Volksfest. Die Arbeiterschaft wird hierdurch auf das Fest aufmerksam gemacht.

Neuenhagen (Ostbahn).

Die Gemeindevertretung erklärte die Wahlen der Genossen Reinhardt und Möser einstimmig für gültig. Für den, die Annahme der Wahl verweigernden Landwirt O. Schmäcke wurde Rentier Zitterbart in die Voreinschätzungskommission gewählt. Eine rege Debatte entstand über einen Antrag des Schulvorstandes, der die Erstattung der Kosten für einen Teilnehmer am Kursus für Jugendpflege fordert. Der Kursus findet vom 29. September bis 6. Oktober in Neu-Ruppin statt. Die Teilnahme wird vom Landrat den Gemeinden auf deren Kosten empfohlen. Nach dem Programm soll die „Jugendpflege" nach dem Muster des Jungdeutschlandbundes gestaltet werden, ein Dutzend Pastoren halten Vorträge u. a. auch über die „Jugendpflege der Sozialdemokratie". Gegen die Stimmen unserer Genossen und des Herrn Dr. Leubuscher wurden die Kosten in Höhe von 50 Mark bewilligt. — Der sozialdemokratische Antrag, der die Unentgeltlichkeit der Desinfektion verlangt, förderte verschiedene Ansichten zutage. Der Gemeinde könnten durch die Annahme dieses Antrages ungeheure Kosten entstehen — man solle die Allgemeinheit nicht zu sehr belasten — und ähnlich äußerten sich die bürgerlichen Vertreter. Der Herr Kanzleirat empfahl die Ablehnung des Antrages; es solle bei dem bisherigen Modus bleiben, wonach von Einkommen über 900 M. Gebühren erhoben werden. Einige Vertreter wollten diese Grenze der polizeilichen Gebührenordnung auf 1200 resp. 1500 M. erhöht wissen. Unsere Vertreter erklärten, daß die Desinfektion zur öffentlichen Gesundheitspflege gehöre und ebenso wie im Interesse der einzelnen Familien auch im Interesse der Gesamtheit liege; es sei deshalb nur recht und billig, daß die Kosten für die Desinfektion von der Gesamtheit getragen würden. Der Antrag wurde zur nächsten Sitzung vertagt. Bis dahin sollen Erkundigungen beim Amtsvorsteher eingezogen werden über die durchschnittliche Höhe der Desinfektionskosten innerhalb der letzten drei Jahre. Unsere Gemeinde besitzt bis jetzt keine Desinfektionsapparate, sondern benutzt die der Stadt Altlandsberg. In geheimer Sitzung wurde über ein Grundstücksangebot verhandelt.

Schöneiche (Nieder-Barnim).

Die Gas- und Wasserversorgung durch die Stadt Lichtenberg scheint jetzt in weite Ferne gerückt zu sein. Wie bekannt, hatte sich Schöneiche von den umliegenden Gemeinden — die durch einen Zweckverband ein Zentralwasserwerk für die östlichen Vorortgemeinden des Kreises Niederbarnim errichten wollen und darin vom Landrat unterstützt werden — abgesondert und mit der Stadt Lichtenberg einen Monopolvertrag abgeschlossen. Lichtenberg verpflichtete sich, sowohl Wasser wie Gas zu einem erheblich geringeren Preise zu liefern, wie es das geplante Zentralwasserwerk und auch das Gaswerk der benachbarten Gemeinde Klein-Schönebeck vorläufig abzugeben imstande ist; ferner verpflichtete sich Lichtenberg, die notwendigen Leitungen der Gemeinde kostenfrei zu legen, sobald der Vertrag die Genehmigung der Aufsichtsbehörde gefunden habe. Diese Genehmigung wurde aber gar nicht abgewartet, sondern sofort mit der Legung des Rohrnetzes begonnen. Jetzt hat der Landrat — ebenso wie Rüdersdorf zu dem Wasserwerk — die Genehmigung zu dem Vertrag und auch die Erlaubnis zur Legung der Rohre durch die Kreischaussee, die durchquert werden muß, versagt. Ein großes Geschrei und Protestversammlungen seitens der Haus- und Grundbesitzer, die mit der „ersten" Wasserleitung, bei Hervorhebung der augenblicklich niedrigen Preise die Nachbargemeinden auszustechen und gute Geschäfte zu machen gedachten, ist die Folge. Im Gegensatz zu Rüdersdorf, das von dem projektierten Bau eines eigenen Wasserwerks Abstand nimmt und sich an das geplante Zentralwasserwerk anzuschließen beabsichtigt, will Schöneiche den Rechtsweg beschreiten.

Herzfelde.

Großindustrie soll in unserem Orte Einzug halten. Wie gemeldet wird, hat die dem bekannten rheinischen Industriellen August Thyssen nahestehende „Rittergut Rüdersdorf G. m. b. H." das Gut des Rittergutsbesitzers Bredereck zum Preise von 165 000 M. gekauft. Es besteht die Absicht, dort eine Fabrik zu errichten, wie es hieß, sollte es sich um eine Stahlplattenfabrik handeln. Die auf dem Gute vorgenommenen Bohrungen nach Ton lassen aber darauf schließen, daß je nach Beschaffenheit des gefundenen Materials entweder eine Ziegelei oder eine Porzellanfabrik gegründet werden soll.

Bernau.

Die Stadtverordneten beschäftigten sich in ihrer letzten Sitzung mit der Landwirtschaftlichen Krankenkasse, wobei auch die Krankenhausfrage gestreift wurde. Hierzu teilt uns Herr Stadtverordneter Schmeichel mit, daß vor länger als Jahresfrist im städtischen Krankenhause bei einer höheren Belegzahl als jetzt der Krankenwärter und zwei Schwestern den inneren Dienst versahen, während die Frau allein die Küche besorgte. Der Magistrat habe es damals abgelehnt, Hilfskräfte zu bewilligen. Heute seien bei einer geringeren Belegzahl ein Krankenwärter, acht Schwestern, eine Köchin, drei Dienstmädchen sowie zwei Waschfrauen beschäftigt. Er sei also nicht „eines Besseren belehrt" worden, vielmehr müsse der Magistrat seine Anregungen für richtig gehalten haben, denn schon nach acht Tagen seien zwei Schwestern entlassen worden.

Spandau.

Nach Potsdamer Muster? Folgendes Inserat wird von der hiesigen Ortsgruppe der Vereinigung kommunaler Polizeibeamten Preußens, „Kameradschaft", in der „Spand. Ztg." veröffentlicht:

„Infolge des in letzter Zeit erfolgten Massenaustrittes, hervorgerufen durch die Widerwärtigkeiten, denen die Mitglieder der hiesigen Ortsgruppe infolge ihrer Zugehörigkeit zu der Vereinigung bisher ausgesetzt waren, sehen wir uns gezwungen, von der Ausübung dieses unseres staatsbürgerlichen Rechtes Abstand zu nehmen und erklären wir daher, um die Existenz der einzelnen Kameraden nicht zu gefährden, hiermit die Ortsgruppe für aufgelöst."

Nach dem Inserat zu urteilen, könnte man zu dem Schlusse kommen, als sei den Hütern der Ordnung „von oben herab", ähnlich wie den Potsdamer Feuerwehrleuten, die Zugehörigkeit zu dem Verein untersagt worden.

Die Jahresaufnahme der Partei- und Gewerkschaftsbibliothek, die sich in der „Vorwärts"-Ausgabestelle Breitestr. 64 (Laden) befindet, ist beendet und werden Bücher von Sonnabend, den 24. August, an wieder ausgegeben. Die Ausgabe erfolgt nur an Wochentagen von 8 bis 2 Uhr und von 4 bis 8 Uhr abends. Sonntags bleibt die Bibliothek geschlossen.

Ein bedauerlicher Unglücksfall, bei dem unsere Parteigenossin Frau Anna Büttner, Hamburger Str. 119, lebensgefährliche Verletzungen davontrug, ereignete sich bei einer Radfahrerpartie, die die Familie unternommen hatte. Im Grunewald, auf der Chaussee zwischen Schildhorn und Wannsee, kam plötzlich ein Automobil herangesaust, dem die Radfahrer nicht schnell genug ausweichen konnten. Die Verunglückte verlor die Gewalt über ihr Rad und stürzte so unglücklich, daß ihr das Blut aus Mund und Nase quoll. Der sofort herbeigerufene Arzt ordnete die Ueberführung in das hiesige Krankenhaus an, wo die Bedauernswerte am Dienstag früh den schweren inneren Verletzungen erlegen ist. Die Beerdigung kann infolge der Beschlagnahme der Leiche noch nicht stattfinden und werden wir im Inseratenteil noch Mitteilung davon machen.

Eingegangene Druckschriften.

Von der **„Neuen Zeit"** ist soeben das 47. Heft des 30. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Die Schlagwetter- und Kohlenstaubexplosionen auf den Zechen Osterfeld und Lothringen. Von G. Werner (Essen). — Das restaurierte Preußen. Von Franz Mehring. — Miliz und Abrüstung. Von Paul Lensch. — Roosevelts neuer Nationalismus und die radikale Bewegung in den Vereinigten Staaten. Von L. B. Boudin (New York). (Schluß.) — Die Erhebung der Parteibeiträge. Von Wilhelm Pieck. — Literarische Rundschau. — Feuilleton der „Neuen Zeit" Nr. 54: Kunst und Proletariat. Von H. Ströbel. Zur ästhetisch-literarischen Enquete. Von Lu Märten. Die „proletarische" Kunst? Von W. Zimmer. Kunst und Arbeiterschaft. Von Robert Grötzsch.

Die „Neue Zeit" erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Von der **„Gleichheit"**, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen, ist uns soeben Nr. 24 des 22. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Aufruf des Parteivorstandes zum Parteitag. — Menetekel. — Zur Aenderung des Organisationsstatuts der Partei. — Fortbildungsschulen für Arbeiterinnen. Von Luise Zietz. — Von der deutschen Kolonialpolitik. II. Von H. B. — Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder.

Die „Gleichheit" erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnement 2,60 M.

Vom **„Wahren Jacob"** ist uns soeben die 18. Nummer des 29. Jahrganges zugegangen.

Der Preis der textlich und bildlich reich ausgestatteten 16 Seiten starken Nummer ist 10 Pf. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag J. H. W. Dietz Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart sowie von allen Buchhandlungen und Kolporteuren zu beziehen.

Arbeitertouristenverein „Die Naturfreunde", Ortsgruppe Berlin. Sonntag, den 25. August: Wanderung von Fürstenwalde nach Ranen, Markgrafensteine, Scharmützelsee, Storkowersee, Storkow. Abfahrt nach Fürstenwalde I. am 24. August abends Alexanderplatz 7,50; Schlesischer Bahnhof 8,02; II. am 25. August früh Alexanderplatz 7,03; Schlesischer Bahnhof 7,15 (Fernzüge). Treffpunkt an den Markgrafensteinen. Gäste willkommen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, vorn vier Treppen — Hadrsuhl —, wochentäglich von 4½ bis 7½ Uhr abends, Sonnabends, von 4½ bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsquittung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

R. B. 1914. 1. Soweit bekannt: ja. 2. Kommt auf die näheren Umstände des Falles an. — **H. G. H. 86.** An die Behörde des Geburtsortes. Das zuständige Konsulat erfahren Sie bei der österreichisch-ungarischen Gesandtschaft. — **F. K. Karlshorst 200.** Ihre Angaben sind unvollständig. Die Berufungsfrist beträgt eine Woche. Gegen den Bescheid der Oberstaatsanwaltschaft kann Beschwerde beim Justizminister eingereicht werden. — **Helios 18.** 1. Die Auseinandersetzungsbescheinigung erteilt das Vormundschaftsgericht, das ist, soweit ersichtlich, das Amtsgericht Lichtenberg. 2. und 4. Ja. 3. Nein. — **Mödd.** Einen gesetzlichen Anspruch auf Ermäßigung des Kaufpreises haben Sie nicht. Ein schriftliches Garantieversprechen ist zweckmäßig. — **E. H. 100.** 1. und 2. Nein. 3. Das Testament kann auch in der Wohnung aufbewahrt werden. — **H. W. 33.** Nein. — **Kopernikus 29.** 1. Ja. 2. Jeder nach seiner Leistungsfähigkeit. 3. Nein. — **M. Sch.** Leider ja. — **H. J. 22.** 1. Vor Ablauf von zwei Jahren, vom Ausstellungsdatum gerechnet, die Karte umtauschen und im selben Zeitraum mindestens zwanzig Marken einer beliebigen Lohnklasse entwerten. 2. Nein. — **F. M. Friedenau.** Die Firma kann Zahlung und Abnahme fordern. — **O. K. 173.** 1. Ihre Auffassung ist richtig. Die Erklärung ist bei dem Regierungspräsidenten einzureichen. 2. Ja. — **R. K. 45.** 1. Taufschein. 2. und 3. Nicht das Standesamt, sondern das Pfarramt ist zur Ausstellung des Taufscheins berechtigt; wenden Sie sich an das letztere. — **Steuern 55 O. B.** Mindestens zehn Wochen ununterbrochen. Innerhalb Jahresfrist ist der Antrag zu stellen. Als Ausweis kann die Invalidenkarte dienen. — **Abonnent Buch 24.** 1. Das ist kein Widerspruch. Jeder der Erben hat Anspruch mit Vollendung des 29. Lebensjahres; die weitere Bestimmung kann nur dahin verstanden werden, daß in dieser Zeit die endgültige Rechnungslegung seitens des Testamentsvollstreckers erfolgen muß. 2. Nein. — **Sch. Sch. 40.** 1. Verjährungsfrist: 30 Jahre. 2. und 3. Ohne nähere Kenntnis des Sachverhalts nicht zu beurteilen. — **Hospital 24.** Anspruch auf Herausgabe des Schuldscheins besteht nicht. Dagegen können Sie, soweit ersichtlich, die Beerdigungskosten vom Hospital erstattet verlangen. — **G. W. 70.** Nein. Für den Fall der Invalidität wäre die Wartezeit erfüllt. — **H. M. 29.** Ja. — **M. 9.** Leider ja. Ihr Lohn ist beschlagnahmefähig. — **F. G. 77.** Nein. **P. G.** Buchhandlung Vorwärts, Lindenstr. 69. — **R. P. 100.** Zu einer Nachfrage am Ort fehlt uns die Zeit. — **Schwarz 11.** Von 11 bis 12½ und von 6 bis 7½ Uhr. — **M. F. 55.** Reklams Universalbibliothek in Leipzig. — **F. H.** Dir. — **Wette.** Offene Handelsgesellschaft. — **R. 23.** 2. Klasse 54,80 M.; etwa 24 Stunden. — **A. M. 14.** Brasilianische Gesandtschaft, Berlin W., Lützowstr. 33, von 2—4 Uhr. — **B. R. 33.** Jede Gummifabrik. Adressen im Adreßbuch, 2. Teil. — **J. S. 101.** Stiftungsdeputation des Magistrats, Poststraße 16. — **F. R. 30.** Nein. — **B. R. 1879.** Schriftliche Anfrage an das Einwohnermeldeamt in Leipzig. Genaue Angabe von Geburtsort und Datum. Rückporto und 50 Pf. Gebühren. — **G. H. 19.** Am 6., 10., 13., 17., 20., 24., 27. und 31. Juli. — **A. J. 5000.** Eine Klage ist aussichtslos.

Marktbericht von Berlin am 21. August 1912, nach Ermittelung des königl. Polizeipräsidiums. Markthallenpreise. (Kleinhandel) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—50,00. Speisebohnen, weiße, 30,00—50,00. Linsen 40,00—80,00. Kartoffeln (Kleinhdl.) 7,00—12,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,80—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,50—1,90. Schweinefleisch 1,60—2,40. Kalbfleisch 1,50—2,40. Hammelfleisch 1,70—2,40. Butter 2,40—3,00. 60 Stück Eier 3,60—6,00. 1 Kilogramm Karpfen 1,60—2,40. Aale 1,60—3,20. Zander 1,40—3,60. Hechte 1,60—3,00. Barsche 1,00—2,40. Schleie 1,60—3,20. Bleie 0,80—1,60. 60 Stück Krebse 3,00—40,00.

Witterungsübersicht vom 22. August 1912.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemünde	758	SW	7	halb bd.	12	Haparanda	764	O	2	wolkig	9
Hamburg	758	WSW	3	wolkig	12	Petersburg	762	O	2	Dunst	7
Berlin	760	SW	3	bedeckt	12	Scilly	768	SW	4	wolkig	13
Frankf. a. M.	763	SW	4	bedeckt	12	Aberdeen	758	WNW	5	wolkig	11
München	766	SW	5	bedeckt	13	Paris	764	WSW	2	bedeckt	14
Wien	766	WSW	3	halb bd.	14						

Wetterprognose für Freitag, den 23. August 1912.

Ziemlich kühl und windig, vorwiegend trübe, mit leichten Regenfällen und Gewitterneigung.

Berliner Wetterbureau.

Verantwortlicher Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.